

Stenographisches Protokoll.

34. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

V. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 4. Dezember 1946.

Inhalt.

1. Personalien.

Krankmeldungen (S. 824).

2. Bundesregierung.

Schriftliche Beantwortung der Anfrage 56/J (S. 824).

3. Ausschüsse.

Zuweisung der Anträge 53/A bis 55/A (S. 824).

4. Regierungsvorlagen.

- a) Drittes Rückstellungsgesetz (244 d. B.) — Ausschuß für Vermögenssicherung (S. 824);
- b) Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz vom 25. Juli 1946 über die Aufnahme von Anleihen in fremder Währung, B. G. Bl. Nr. 154/46, abgeändert wird (252 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 824);
- c) 1. Novelle zum Maßen- und Freischurfgebühren-gesetz (253 d. B.) — Ausschuß für Handel und Wiederaufbau (S. 824);
- d) Pflanzenzuchtgesetz (254 d. B.) — Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (S. 824);
- e) Vereins-Reorganisationsgesetznovelle 1946 (255 d. B.) — Verfassungsausschuß (S. 824);
- f) Bundesgesetz, womit das Arbeitslosenfürsorge-gesetz abgeändert wird (257 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 824);
- g) Bundesgesetz über die Wiederherstellung des österreichischen Testamentsrechtes (258 d. B.) — Justizausschuß (S. 824);
- h) Bundesgesetz über die weitere Aufhebung von Kriegsmaßnahmen auf dem Gebiete des Handels-rechts (259 d. B.) — Justizausschuß (S. 824);
- i) 2. Arbeitspflichtgesetznovelle (260 d. B.) — Aus-schuß für soziale Verwaltung (S. 824.);
- j) Erste Chemikalienbewirtschaftungsgesetznovelle (261 d. B.) — Ausschuß für Handel und Wiede-raufbau (S. 824);

5. Rechnungshof.

Bericht über den Bundesrechnungsabschluß 1947 (243 d. B.) — Zuweisung an den Rechnungshof-ausschuß (S. 824).

6. Verhandlung.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (225 d. B.): Bundesfinanz-gesetz für das Jahr 1947 (256 d. B.).

Generaldebatte:

Generalberichterstatter: Abgeordneter Müllner (S. 824);

Redner: Abgeordnete Koplenig (S. 829), Dr. Koref (S. 834), Ing. Schumy (S. 846), Kapsreiter (S. 856) und Hillegeist (S. 860).

Beschluß auf Eingehen in die Spezialdebatte (S. 867).

In der Sitzung

eingebraachte Anträge und Anfragen:

Anträge

der Abgeordneten Probst, Scharf, Proksch, Appel, Zechtl und Genossen auf ein Bundes-gesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen (Jugendschutzgesetz) (56/A);

der Abgeordneten Frieda Mikola, Altenburger, Fink und Genossen, betreffend die einheitliche Ausbildung für den Krankenpflegeberuf (57/A);

der Abgeordneten Dengler, Müllner, Hintern-dorfer, Hans, Altenburger, Frisch und Genossen, betreffend die Abänderung des Arbeiterkammergesetzes vom 20. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 95 (58/A).

Anfragen

der Abgeordneten Wedenig, Petschnik, Lagger, Walcher und Steiner an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, betreffend die Bestellung eines registrierungspflichtigen Na-tionalsozialisten in der Kärntner Landeskammer (59/J);

der Abgeordneten Aigner, Dr. Koref und Ge-nossen an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, betreffend die Einfuhr von Austern nach Oberösterreich (60/J);

der Abgeordneten Hinterleithner, Leopold Wolf und Genossen an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, betreffend Schädigung von Wohnungen durch Sprengungen und Leistung von Beiträgen zum Wiederaufbau (61/J);

der Abgeordneten Frühwirth, Hillegeist, Fer-dinanda Floßmann, Ing. Waldbrunner, Gschweidl und Genossen an den Bundes-kanzler, betreffend Wahrung der Vereins- und Versammlungsfreiheit (62/J);

der Abgeordneten Eibegger, Hackenberg und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend das aufreizende Verhalten des Be-zirkshauptmannes und des Gendarmerie-Ab-teilungskommandanten von Judenburg sowie die provozierende Schreibweise der „Murtaler Volkszeitung“ (63/J).

Eingelangt ist die Antwort

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Maleta und Genossen (37/A. B. zu 56/J).

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 15 Minuten.

Präsident **Kunschak** eröffnet die Sitzung und erklärt das stenographische Protokoll der öffentlichen Sitzung am 29. und 30. Oktober 1946 als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten **Dr. Tschurtschenthaler** und **Doktor Lach**.

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage Nr. 56 wurde den anfragenden Mitgliedern des Hauses übermittelt,

die Anträge 53/A bis 55/A wurden den beauftragten Ausschüssen zugewiesen.

Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesgesetz über die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen (Drittes Rückstellungsgesetz) (244 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz vom 25. Juli 1946 über die Aufnahme von Anleihen in fremder Währung, B. G. Bl. Nr. 154/46, abgeändert wird (252 d. B.);

Bundesgesetz zur Änderung und Ergänzung der Vorschriften über die Entrichtung von Maßen- und Freischurfgeldern (1. Novelle zum Maßen- und Freischurfgeldengesetz) (253 d. B.);

Bundesgesetz über den Schutz der österreichischen Pflanzenzucht (Pflanzenzuchtgesetz) (254 d. B.);

Bundesverfassungsgesetz, womit das Vereins-Reorganisationsgesetz vom 31. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 102, abgeändert und ergänzt wird (Vereins-Reorganisationsgesetz-novelle 1946) (255 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz vom 15. Mai 1946, B. G. Bl. Nr. 97, über vorläufige Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge (Arbeitslosenfürsorgegesetz), abgeändert wird (257 d. B.);

Bundesgesetz über die Wiederherstellung des österreichischen Testamentsrechtes (258 d. B.);

Bundesgesetz über die weitere Aufhebung von Kriegsmaßnahmen auf dem Gebiete des Handelsrechtes (259 d. B.);

Bundesverfassungsgesetz, womit das Arbeitspflichtgesetz vom 15. Februar 1946, B. G. Bl. Nr. 63, abgeändert wird (2. Arbeitspflichtgesetz-novelle) (260 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Chemikalienbewirtschaftungsgesetz vom 20. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 96, abgeändert wird (Erste Chemikalienbewirtschaftungsgesetz-novelle) (261 d. B.);

Ferner ist eingelangt der Bericht des Rechnungshofes an den Nationalrat über den Bundesrechnungsabschluß für das Jahr 1945 (243 d. B.).

Es werden zugewiesen:

243 d. B. dem Rechnungshofausschuß,

244 d. B. dem Ausschuß für Vermögenssicherung,

252 d. B. dem Finanz- und Budgetausschuß,

253 d. B. und 261 d. B. dem Ausschuß für Handel und Wiederaufbau,

254 d. B. dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft,

255 d. B. dem Verfassungsausschuß,

257 d. B. und 260 d. B. dem Ausschuß für soziale Verwaltung,

258 d. B. und 259 d. B. dem Justizausschuß.

Es wird in die Tagesordnung eingegeben: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (225 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1947 (256 d. B.).

Folgender vom Präsidenten im Einvernehmen mit den Parteien vorgelegter Vorschlag wird angenommen:

Die Generaldebatte wird in der Sitzung vom 4. Dezember abgeführt. Am 5. Dezember beginnt die Spezialdebatte. Diese wird in 14 Gruppen durchgeführt. Den Klubrednern wird gemäß § 29 C der Geschäftsordnung eine Redezeit von einer halben Stunde, anderen Rednern eine solche von 15 Minuten eingeräumt. Die Abstimmungen werden jeweils um die Mittagszeit stattfinden.

Generalberichterstatter **Müllner**: Hohes Haus! Zum zweiten Male im Jahre 1946 tritt das Hohe Haus zur Beratung eines Staatshaushaltsplanes zusammen. Für das Jahr 1946 wurde der Haushaltsplan im Mai dieses Jahres beschlossen. Damals wurde von den Rednern in der Generaldebatte der Wunsch und die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß das nächste Budget zeitgerecht eingebracht und beschlossen werden möge. Wir konnten damals noch nicht sagen, ob die Regierung imstande sein werde, am Ende dieses Jahres zeitgerecht das Budget 1947 einzubringen und für einen geordneten Staatshaushalt für das Jahr 1947 rechtzeitig Vorsorge zu treffen. Es ist ein beachtlicher Erfolg der Regierung, daß sie das Finanzgesetz 1947 zeitgerecht einbringen konnte. Es hat der Finanz- und Budgetausschuß in vierzehntägiger Beratung, vom 12. bis 27. November, den Staatshaushaltsplan einer eingehenden und gründlichen Untersuchung unterzogen.

34. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 4. Dezember 1946. 825

Ihnen, meine verehrten Damen und Herren, liegt ein ausführlicher Bericht über das Finanzgesetz im allgemeinen und über die Spezialkapitel im besonderen vor. Obwohl die Beratungen alle Kapitel auf das genaueste einer Überprüfung und Durchleuchtung unterzogen haben, wurden an dem Ziffernwerk nur unwesentliche Änderungen vorgenommen. Die endgültigen Zahlen der laufenden Gebarung und des außerordentlichen Aufwandes liegen Ihnen im Bericht vor. Im allgemeinen stellt die laufende Gebarung einen Budgetrahmen von fast 3 Milliarden mit einem Überschuß von 1.7 Millionen dar. Im außerordentlichen Aufwand und den Investitionen sind rund 500 Millionen vorgesehen, so daß sich ein Gesamtabgang von rund einer halben Milliarde ergibt.

Es ist mir gestattet, die Vorlage eines Staatshaushaltsplanes für das Jahr 1947 an sich schon als ein beruhigendes Zeichen für das kommende Jahr aufzuzeigen, weil es keine Selbstverständlichkeit ist, daß es in dieser Zeit der Not und Krise jeder Regierung möglich ist, einen geordneten Haushaltsplan rechtzeitig und in solcher Form vorzulegen. Haben wir doch Staaten im europäischen Raum, denen es bisher noch nicht möglich war, ein Staatsbudget zu erstellen. Mächtigere und größere Staaten, ja selbst Siegerstaaten müssen wiederholt ihre Voranschläge revidieren, Ergänzungen und Nachträge in den Volksvertretungskörperschaften einbringen.

Auf einen zweiten beachtlichen Erfolg, der uns manchmal ebenfalls als Selbstverständlichkeit erscheint, erlaube ich mir gleichfalls hinzuweisen. Es ist die Festlegung der Budgetansätze in unserer Schillingwährung. Auch diese Selbstverständlichkeit ist in vielen Staaten unseres schwer erschütterten Kontinents in einschneidendem Maße zu vermissen. Es ist aber auch notwendig, daß wir einen Vergleich mit der Lage unseres österreichischen Staates und mit der Beratung des ersten Staatshaushaltsplanes nach dem ersten Weltkrieg anstellen. Damals mußte der Generalberichterstatter Vergleiche mit ausländischen Währungen ziehen. Es konnte niemand sagen, ob die Ansätze des Budgets nicht während der Beratung schon unter den Händen zerfließen, und man mußte den Wert der einzelnen Budgetposten in Schweizer Franken als Vergleichswertmaßstab ausdrücken. Von all diesen Sorgen sind wir bei der Beratung des zweiten Budgets sowie bei der Beratung des ersten Budgets enthoben gewesen. Der Vergleich des nächstjährigen Budgets mit dem heurigen ist ebenfalls als eine positive Leistung aufzuzeigen. Wohl sind durch eine Erhöhung der Personallasten im allgemeinen und durch Preiserhöhungen bei den Sach-

ausgaben Erhöhungen eingetreten, doch konnte durch Ersparungen und Einschränkungen im allgemeinen diese nach aufwärts gerichtete Tendenz mit einem Betrag von 500 Millionen eingeschränkt werden, so daß wir den Budgetrahmen nur von 3 auf 3½ Milliarden samt dem außerordentlichen Aufwand erhöhen mußten. Das beweist aber auch, daß die Befürchtung, die Ansätze im diesjährigen Haushaltsplan wären nicht richtig oder seien nur aus der Luft gegriffen gewesen, nicht den Tatsachen entspricht, und die Befürchtung der Sprecher in der Generaldebatte kann in dieser Hinsicht als widerlegt gelten. Daß die Ziffern für das Jahr 1947 sich daher auf eine festere Grundlage stützen können als die heurigen Ansätze, kann jedenfalls als ermutigend und beruhigend bezeichnet werden. So darf ich zu Beginn meiner Ausführungen das Budget 1947 als einen Erfolg der Regierung und auch als einen Erfolg der Volksvertretung bezeichnen, die jederzeit bereit war, die Regierung in der Führung eines geordneten Haushaltes zu unterstützen, und auch dann zu unterstützen, wenn es schwer war, die Verantwortung für eine geordnete Staatswirtschaft zu tragen.

Der Staatshaushaltsplan 1947 sieht so wie der diesjährige eine geordnete Gebarung und einen außerordentlichen Aufwand mit den Investitionen vor. In der ordentlichen Gebarung sind alle regelmäßigen Ausgaben oder solche, die in kürzeren Zeitabständen wiederkehren, und sämtliche Einnahmen erfaßt. Im außerordentlichen Aufwand soll für den Wiederaufbau und für Übergangsmaßnahmen vorgesorgt werden, während unter den Investitionen reine Wertvermehrungen vorgesehen sind. Die laufende Gebarung sieht unter Berücksichtigung der nur unwesentlichen Abänderungsanträge nun endgültig folgende Ausgaben und Einnahmen vor:

Ausgaben	2.987,092.600 S
Einnahmen	2.988,866.100 S
Überschuß	1,773.500 S
Außerordentlicher Aufwand und Investitionen	488,902.700 S
Gesamtgebarungsabgang	487,129.200 S

Die einzelnen Beträge sind als Bruttobeträge eingesetzt, wobei höchstens der Abzug der Gewerbesteuer von 85 Millionen eine Ausnahme bildet. Wenn wir die Gesamteinnahmen und -ausgaben überblicken, müssen wir auf alle Fälle die Ein- und Ausgabenseite der reinen Hoheitsverwaltung ins Auge fassen, wobei wir zu der Feststellung gelangen, daß für die hoheitliche Staatsgebarung nur

1'8 Milliarden Schilling gebraucht werden. Daß in der laufenden Gebarung außerdem die Einnahmen und Ausgaben sämtlicher Monopole, insbesondere aber der Bundesbetriebe und der Eisenbahnen, hinzugerechnet werden, trübt das Bild des eigentlichen Staatshaushaltes. Es wird notwendig sein, in Zukunft jene Kapitel, die nicht direkt mit der Staatsgebarung zu tun haben, außerhalb des Staatshaushaltes zu stellen. In einer Zeit, wo sich der Staat anschickt, das Eigentum von Großunternehmungen zu übernehmen, also Großbetriebe zu verstaatlichen, erscheint es nicht zweckmäßig, wenn Betriebe des Staates ihre Gebarung in den Haushaltplan einbauen. Es ist insbesondere dann sehr bedrückend, wenn wir den finanziellen Abgang oder ein laufendes Defizit solcher Betriebe in den Staatshaushaltsplan einbauen. Aus denselben Gründen könnte auch einmal das Defizit von verstaatlichten Betrieben in den Staatshaushaltsplan eingebaut werden. Das darf und kann nie der Fall sein, und es wurde von den verschiedensten Seiten darauf hingewiesen, daß Staatsbetriebe immer kaufmännisch gesund geführt werden müssen. Dasselbe muß auch für die Eisenbahnen, Post und Bundesforste gelten. Es muß als sehr belastend bezeichnet werden, daß im Budget 1947 ein Defizit der Eisenbahn von 111 Millionen, weiters im außerordentlichen Aufwand ein Betrag von 160 Millionen und bei den Investitionen ein solcher von 50 Millionen aufscheint. Es wird auf die Dauer nicht möglich sein, daß durch das Staatsbudget über 320 Millionen für die Eisenbahnen bezahlt werden. Es wird weiters ebenfalls unmöglich sein, für Post und Telegraph fast 40 Millionen Defizit zu bezahlen, und es ist ebenso unmöglich, für die Bundesforste ein solches von 11 Millionen in einen Staatshaushalt einzubauen. Wir werden uns in Zukunft die Frage vorlegen müssen, in welcher Weise der Staatshaushalt durch solche notleidende Staatsbetriebe belastet werden kann. Die kaufmännische Konstruktion der Tabakregie ist in dieser Hinsicht als glücklich zu bezeichnen. Wir finden im Budget 1947 den Reingewinn mit 11 Millionen verzeichnet. Wir wissen schon, daß die Tabaksteuern einen ganz anderen Ertrag abwerfen, aber die 11 Millionen sind Reinerträge, wobei die Bilanzziiffern, also die Bruttoausgaben und -einnahmen eben nicht im Budget erscheinen, und es ist für den Finanzpolitiker erst in zweiter Linie von Interesse, wie groß das Geschäftsvolumen ist. Vorerst sind wir an dem eventuellen Reingewinn oder Verlust eines solchen Betriebes interessiert. Wenn wir also nur die Gebarungsergebnisse unserer Monopole und Staatsbetriebe im Budget eingebaut hätten, so wäre sofort der Rahmen des

Staatshaushaltsplanes um rund 1 Milliarde verringert.

Wie stehen einander nun in der Hoheitsverwaltung die Ausgaben und Einnahmen gegenüber? Es wurde schon vorweggenommen, daß die Hoheitsverwaltung aktiv abschließt. In ihr sind die eigentlichen Staatsaufgaben beinhaltet. Hier sehen wir in den einzelnen Kapiteln, wie der Staat für seine obrigkeitlichen Aufgaben sorgt, wie er Kultur, Kunst, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft unterstützt, wie er die sozialen Bedürfnisse und Anforderungen und all die übrigen obrigkeitlichen Aufgaben erfüllt. Bei der Betrachtung dieser Ausgaben ist es von Interesse, welche Kapitel die größten Ausgaben verursachen. Ein flüchtiger Überblick zeigt schon, daß es die Ausgabe für die soziale Betreuung des Volkes ist. Es ist wahrhaftig eine beachtliche Leistung dieses schwachen Staates, wenn er für diese Aufgaben einen Betrag von 533 Millionen vorsieht. Es wird also über eine halbe Milliarde für soziale Aufgaben sichergestellt, das sind 30 Prozent der Ausgaben in der Hoheitsverwaltung. Ich erlaube mir gerade auf diese Ziffer hinzuweisen, weil im Finanz- und Budgetausschuß ein Antrag auf Erhöhung dieser 533 Millionen um 277 Millionen abgelehnt wurde. Nicht vielleicht deswegen, weil wir nicht alle wünschen würden, daß die Renten und Leistungen in der Sozialversicherung erhöht werden sollen, sondern weil wir der Überzeugung sind, daß ein Staat und seine Wirtschaft nicht mehr erträgt, als ein Drittel seiner gesamten Ausgaben für soziale Aufgaben vorzusehen. Diese Volksvertretung steht in ihrer Mehrheit auf dem Standpunkt, daß die sozialen Aufgaben des Staates erfüllt, womöglich großzügig erfüllt werden. Sie muß aber auch den Mut besitzen zu sagen, daß wir wohl ein Sozialstaat sein wollen, aber auch unbedingt davor warnen müssen, ein Fürsorgestaat zu werden. Ein Vergleich mit anderen Ländern ist hier in jeder Hinsicht für unser schwaches Österreich als positiv zu bezeichnen. Starke, finanziell kräftige Länder haben einen bedeutend kleineren Prozentsatz für soziale Aufgaben vorgesehen. Das soll gegen diese Staaten kein Vorwurf sein, sondern soll nur begründen, daß gerade in diesem Punkte unser schwacher Staatshaushalt das Größtmögliche geleistet hat.

Auf der Einnahmenseite sind in der hoheitlichen Gebarung die Steuern und Abgaben von entscheidender Bedeutung. Die anderen Einnahmen, wie im Kapitel 5, Titel 1, Wiederaufbaubeiträge der Gemeinden, mit 17 Millionen, im Kapitel 12, Titel 3, Beiträge der Gemeinden zum Personalaufwand, mit 33'5 Millionen oder im Kapitel 6, Titel 1,

34. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V.G.P. — 4. Dezember 1946. 827

Pensionsbeiträge, mit 11 Millionen oder im Kapitel 9, Titel 3, Bundespolizei, mit 17 Millionen, sind als Durchlaufposten oder unwesentlich zu bezeichnen. Die Steuern und Abgaben ergeben einen Betrag von rund 17 Milliarden. Der prozentuelle Anteil der verschiedenen Abgabenarten ist hierbei sehr interessant im Vergleich zu dem ersten Budget der Nachkriegszeit des ersten Weltkrieges. Damals betrugen die direkten Steuern 34 Prozent, heute sind an direkten Steuern 42 Prozent vorgesehen. An indirekten Steuern waren damals 8 Prozent vorgesehen, bei diesem Budget sind es nur 5 Prozent, weil ich gerechterweise die Tabaksteuern nicht als reine Verbrauchssteuern bezeichnen kann, denn sie sind ja damals als Ertrag der Monopole aufgeschienen. Damals war der Monopolertrag mit 18 Prozent eingesetzt. An Tabaksteuern haben wir jetzt 32 Prozent. Dafür aber hatten damals die Zölle 25 Prozent der Einnahmen ergeben, während sie heute kaum 1 Prozent ergeben sollen. Das zeigt schon die innere Umstellung im Staatshaushaltsplan 1947. Wir können ruhig sagen, daß unsere Einnahmen auf drei Säulen ruhen. Das sind vor allem anderen die Einkommensteuer, die Tabaksteuer und die Umsatzsteuer. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß es uns ganz klar ist, daß insbesondere die hohen Steuersätze in der Einkommen- und Lohnsteuer sehr drückend empfunden werden und daß in anderen Ländern als erste Maßnahme gefordert und auch durchgeführt wurde, daß die übermäßigen Kriegssteuern nach Beendigung des Krieges aufgehoben werden. Es ist dabei zu bemerken, daß es sich hier um Siegerstaaten handelt, die vor allem anderen ihre großen Ausgaben für die Rüstung abbauen konnten und die eine geordnete Wirtschaft als Grundlage vorfinden. Wir aber haben eine zertrümmerte Wirtschaft, ein Staatsgefüge, das nicht einmal noch seine Unabhängigkeit in staatsfinanzieller Hinsicht gefunden hat, und ein Volk, das eines kräftigen Wiederaufbaues unbedingt bedarf. In dieser Hinsicht müssen wir daher das vorliegende Budget als Notbudget bezeichnen. Fundamentale Wünsche und Forderungen der Allgemeinheit konnten durch dasselbe nicht befriedigt werden. Wir selbst wissen, daß die zaghafte Schritte in den Fragen der Wiedergutmachung und des Wiederaufbaus nur bescheidene Anfänge, aber keine Lösung darstellen. Die Ansätze für unbedingt nötige Investitionen sind ebenso als sehr bescheiden zu bezeichnen. Wenn ich aber den Notstand des Staates und seiner Wirtschaft vollinhaltlich erfasse, dann sind die Leistungen, welche im außerordentlichen Aufwand für Wiederaufbau und Investitionen vorgesehen

sind, als ein mutiger Schritt nach vorwärts zu bezeichnen.

In der Frage der Besatzungskosten ist der Bundeshaushalt 1947 einen neuen Weg gegangen. Wir finden im Budget keine Vorsorge für diese Kosten. Es ist das leider nicht die Lösung der Frage der Besatzungskosten. Sie kann von uns allein nicht erledigt werden. Von den alliierten Mächten aber ist noch keine endgültige Erledigung erfolgt und auch die heutige Nachricht in der Presse, daß die Besatzungskosten 15 Prozent des Budgets 1947 nicht überschreiten sollen, kann als keine endgültige Entscheidung oder Lösung bezeichnet werden. Daß im Budget keine Vorsorge getroffen wurde, soll nur veranschaulichen, daß es nicht möglich ist, von der laufenden Gebarung irgendwelche Besatzungskosten zu zahlen. Würde man aber den Notschrei unseres Volkes nicht beachten, so müßte für diese Kosten kreditmäßig vorgesorgt werden.

In diesem Zusammenhang muß auf finanzpolitischem Gebiet auch auf einen weiteren Übelstand hingewiesen werden, der auf die Dauer untragbar erscheint. Es ist das die Weigerung zur Zahlung von gesetzlich vorgeschriebenen Steuern und Abgaben durch Betriebe, welche unter ausländischer Verwaltung stehen. In diesem Zusammenhang ist die Frage der Regelung des deutschen Eigentums in finanzpolitischem Sinne ebenso wichtig wie aus wirtschafts- und währungspolitischen Erwägungen. Wenn es Betriebe in unserem Lande geben sollte, die das Recht besitzen, die Leistung von Abgaben und Steuern nur deshalb zu verweigern, weil der Besitzer nicht der österreichische Staat oder sonst ein österreichischer Staatsbürger ist, so handelt es sich nicht um ausländische Betriebe, sondern — nennen wir das Kind beim rechten Namen — würde es sich im gegenständlichen Falle um exterritoriale Betriebe handeln, die man vielleicht in Kolonialländern zu schaffen sich berechtigt fühlen kann. Wir aber müssen schon aus finanzpolitischen Gründen diese Konstruktion ablehnen und werden immer dagegen auftreten, weil wir es unserem Volke, unserem Staate und insbesondere unserer Kulturstufe schuldig sind.

In Anbetracht des angespannten Verhältnisses unseres Staatshaushaltes müssen wir bei der Beratung über die Steuergesetzgebung mit äußerster Vorsicht zu Werke gehen. In diesem Zusammenhang soll aber auf einen weiteren Notstand hingewiesen werden. Bei Errechnung der Steuererträge kann sich dieses junge Staatsgebilde, das wieder zu seiner Selbständigkeit erwachsen soll, ja nur auf Erfahrungswerte oder wirkliche Ertrags-

ziffern stützen, denn ihm fehlen ja die nötigsten und primitivsten finanzpolitischen Unterlagen. Es ist uns heute doch der bevölkerungspolitische Aufbau unseres Landes vollkommen unklar. Wir wissen, daß viele Männer gefallen sind. Es ist uns aber ebenso klar, daß viele Frauen und Kinder durch den Bombenkrieg ihr Leben lassen mußten. Wir wissen außerdem, daß die Sterblichkeit gerade unter den Kindern, aber auch unter den alten Leuten im letzten Jahr insbesondere durch die Unterernährung geradezu verheerend gewirkt hat. Eine steuerliche Bestimmung, in der zwischen kinderreichen, kinderlosen oder ledigen Staatsbürgern unterschieden werden soll, kann finanzpolitisch gar nicht errechnet werden. Es wäre daher notwendig, durch eine umfassende Volkszählung und deren statistische Auswertung die nötige finanzpolitischen Unterlagen zu schaffen. Wenn daher heute das Finanzministerium trotzdem all die Schwierigkeiten meistert, so kann das nur dann sein, wenn es mit äußerster Vorsicht die Beträge des Staatsbudgets ansetzt. Wir können daher im allgemeinen sagen, daß die Einnahmeposten vorsichtig eingesetzt wurden, bei der Ausgabenseite könnte man das Gefühl haben, daß hier eine größere Vorsicht vielleicht notwendig gewesen wäre. Hier müssen wir auf die beunruhigende Entwicklung auf dem Gebiete der Preis- und Lohnbewegung hinweisen, und es ist wie ein roter Faden durch die Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses gegangen, daß die Volksvertretung in sachlichster und nüchternster Weise auf die Gefahr einer unkontrollierten Bewegung auf diesem Gebiete aufmerksam machte. Wir erwarten hierbei von der Regierung und von ihren behördlichen Stellen, daß sie hier mit starker Hand allen Auswüchsen entgegenzutreten. Unsere Opfer, die wir für die Aufrechterhaltung eines geordneten Staatshaushaltes bringen, wären umsonst gebracht und die letzten Dinge wären ärger, als die ersten schmerzlichen Maßnahmen.

Eine besondere Schwierigkeit stellte der Finanzausgleich zwischen Bund einerseits, und Ländern und Gemeinden andererseits dar. Durch die Personalerhöhungen sind nicht nur dem Bund sondern auch den Ländern und Gemeinden beachtliche Mehrkosten entstanden. Nach eingehenden Beratungen zwischen dem Finanzministerium, den Landesfinanzreferenten und dem Städtebund wurde durch den gemeinsamen Vorschlag aller drei Parteien eine Mehrleistung des Bundes an die Länder und Gemeinden von 25 Millionen in das Budget eingebaut. Auch diese Lösung ist sicherlich nur ein Provisorium und wird das kommende Gesetz nicht präjudizieren dürfen.

Es war allen Vertretern bei den Verhandlungen wie auch allen Mitgliedern des Finanzausschusses klar, daß die Frage Bund, Land, Gemeinde untrennbar zusammenhängt und eine Besserstellung des einen Teiles auf Kosten der anderen oder eine Schlechterstellung nur eines Teiles sich auf alle ungünstig auswirken würde. Es müssen nicht nur der Bund sondern auch die Länder und Gemeinden in der Lage sein, ihren Verpflichtungen nachzukommen und darüber hinaus eine geordnete Finanzwirtschaft zu erstellen. Es muß uns aber auch allen klar sein, daß jeder Teil die Pflicht übernehmen muß, ebenso sparsam zu wirtschaften wie der Bund selbst und wie jeder einzelne unter allen Teilen. Die gesunde Grundlage der Gemeinden, der Länder und des Bundes ist die Vorbedingung für eine Gesundung der Gemeinschaft. Wie nach jedem Kriege hat auch diese Nachkriegszeit die alte Krankheit mit sich gebracht: Personalüberschuß und die daher unabwendbare Forderung nach Personaleinschränkung. Ebenso die Überzahl an Pensionisten. Es ist uns aus der ersten Weltkriegsperiode dieser Übelstand schon bekannt, wir müssen aber aus den damaligen Verhältnissen die nötige Lehre ziehen. Eine unbedingt notwendige Regelung dieser Fragen ist um so besser, je eher sie durchgeführt wird. Es ist geradezu untragbar, wenn notleidende Betriebe um Zehntausende von Beschäftigten mehr haben als zu normalen Zeiten.

So sehen wir verschiedene Krankheiten in verschiedenen Zeitabständen wieder erscheinen. Der Vergleich mit der ersten Nachkriegszeit ist daher nur zu berechtigt. In vielen Fragen sind wir schlechter, in vielen besser daran. Wenn wir in der damaligen Budgetdebatte hörten und jetzt nachlesen können, daß sich damals Abgeordnete Ansprüche leisten konnten, welche das Verhalten von Vertretern ausländischer Siegerstaaten einer Kritik unterzogen, so müssen wir wohl heute darüber den Kopf schütteln. Damals waren wir ein besiegter Staat. Heute sind wir ein befreiter. In welchem Zeitpunkt wir mehr oder weniger frei waren, können wir an dem Vergleich der damaligen Debatten und der heutigen nur sinnvoll ermes sen.

In einem aber können wir einen unschätzbaren Vorteil und eine innere Gesundung erkennen. Wenn zur damaligen Zeit die Abgeordneten des Volkes nach der Erkenntnis des Notstandes der damaligen Zeit um Rettung und Abhilfe Ausblick hielten, so war es ein Gedanke, der damals zum Ausdruck kam, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der ersten Republik Österreich aufzugeben und den Anschluß an Deutschland zu propa-

gieren. Es ist erhebend, wenn wir heute nach so schweren, trübseligen und knechtvollen Jahren hören und sehen können, wie damalige Vertreter dieses Gedankens heute mit uns allen der Meinung sind, daß uns nur eines aus dieser heutigen Notzeit helfen könnte, und das ist nicht die Aufgabe der Selbständigkeit unseres Landes, sondern der einzige und alleinige Wunsch nach Freiheit und Unabhängigkeit unseres Volkes und seines geliebten Heimatlandes.

So möge dieser einigende Gedanke die Hohe Volksvertretung auch befähigen, wieder wie in der ersten Budgetdebatte sachlich und objektiv, aber auch gerecht und kritisch, aufbauend und zielgebend, einzutreten in die Debatte über den Bundeshaushalt 1947. In diesem Sinne bitte ich das Hohe Haus in die Generaldebatte einzugehen. (Lebhafter Beifall bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

*

Präsident Dr. Gorbach hat inzwischen den Vorsitz übernommen.

Es wird in die **Generaldebatte** eingegangen.

Abg. **Koplenig**: Hohes Haus! Seit der Regierungserklärung, der alle Parteien dieses Hauses ihre Zustimmung gaben, ist nun fast ein Jahr vergangen. In diesem Jahr wird uns nun zum zweitenmal die Gelegenheit geboten, zum Budgetvoranschlag Stellung zu nehmen. Das Budget 1947 sollte gewissermaßen widerspiegeln, welche Grundlagen für unsere Staatswirtschaft im Jahre 1946 geschaffen wurden, welche Fortschritte erzielt werden konnten und auf welchen Grundlagen wir weiterbauen können. Vor allem von diesem Standpunkte aus will meine Partei zu diesem Budgetvoranschlag Stellung nehmen. In der letzten Budgetdebatte im Mai 1946 hatte der Sprecher der Sozialistischen Partei an der Volkspartei Kritik geübt und erklärt, daß die größte Partei unserer Regierung in bezug auf die Fortschritte, die trotz aller schweren Hindernisse möglich waren, eine allzu zaghafte Stellung einnimmt. Was sich seither geändert hat, ist eigentlich nur, daß auch die Sozialistische Partei eine solche, gelinde gesagt, zaghafte Stellung bezogen hat, denn auch sie hat erst vor kurzem durch den Mund des Herrn Vizekanzlers erklärt, daß wir in Österreich eigentlich nur eine Schattenregierung hätten und man eigentlich nichts tun kann.

Bei der Budgetdebatte im Mai hat der Abgeordnete Dr. Koref verlangt: „Die Ernährung und Versorgung des Volkes muß trotz aller schweren Hindernisse besser gesichert werden. — Die Besorgnis der Volksvertretung auf diesem Gebiete ist, daß

die notwendige einheitliche Erfassung und gerechte Verteilung der Lebensmittel und lebenswichtigen Bedarfsmittel nicht sichergestellt ist. — Vom Landwirtschaftsminister verlangen wir, daß die planmäßige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durchgesetzt wird. — Die Planwirtschaft erscheint überhaupt meiner Partei als das Entscheidende in den heutigen Zeiten. Die Steigerung der Produktion und gerechte Verteilung der Roh- und Betriebsstoffe muß trotz aller Hindernisse, die von Vertretern der Privatwirtschaft gemacht werden, durchgesetzt werden. Freilich muß auch eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Sozialrenten die gesteigerten Lebenskosten der breiten Massen irgendwie ausgleichen. — Wir verlangen eine energische Inangriffnahme des Wiederaufbaues, besonders der Betriebsstätten und Wohnungen und wir verlangen zur Deckung der allgemeinen außerordentlichen Kosten stark ansteigende Vermögenssteuern, eine nach oben hin stark ansteigende Vermögensabgabe und überall eine gesicherte Preis- und Kalkulationskontrolle. — Die Zeit des Zögerns ist vorbei. Trotz aller Hindernisse, die uns noch auferlegt sind, müssen wir uns auch selbst mit stärkeren Entschlüssen und mit größerer Tatkraft zu helfen versuchen.“

Das war die Stellungnahme der Sozialistischen Partei im Mai dieses Jahres, und auch der Sprecher der Österreichischen Volkspartei, der Herr Abgeordnete Ludwig, forderte damals, „daß das Finanzministerium — es hat ja jetzt geraume Zeit vor sich — ehebaldigst und ohne Verzug an die notwendigen Finanzreformen herangehen muß. Finanzreformen, die naturgemäß recht weittragend sind, aber sie müssen unternommen werden.“

Die Frage ist wohl berechtigt, ob es damals wirklich die Meinung der beiden großen Parteien dieses Hauses war, daß durchgreifende Maßnahmen für den Wiederaufbau trotz der Besetzung, trotz der Einschränkung der Souveränität und des Fehlens eines Staatsvertrages möglich sind, oder ob diese Reden damals nur zum Fenster hinaus gesprochen wurden.

Sind seither Ereignisse eingetreten, die die Lage Österreichs grundlegend verändert haben, die die Durchführung der hier geforderten Maßnahmen unmöglich gemacht haben? Keineswegs. Inzwischen wurde, wie bekannt ist, das neue Kontrollabkommen geschaffen, und darüber sagte am 28. Juni der Herr Bundeskanzler wörtlich: „Das neue Kontrollabkommen bedeutet einen gewaltigen Schritt nach vorwärts auf dem Wege zur vollen Souveränität des österreichischen Staates.“ Das Parteiorgan des Herrn Bundes-

kanzlers bezeichnete den Abschluß des Kontrollabkommens als den „großen Erfolg Figls“.

Der Herr Vizekanzler und der Herr Innenminister werteten das neue Kontrollabkommen öffentlich ebenfalls als einen bedeutenden Fortschritt.

Es hätte also ohne Zweifel die Möglichkeit bestanden, vieles von dem zu verwirklichen, was in der vorigen Budgetdebatte gefordert wurde. Aber das ist nicht geschehen. Und wenn das nicht geschehen ist, so liegt die entscheidende Ursache dafür nirgends anders als in der Politik der beiden großen Regierungsparteien. Es ist heute unbestreitbar, daß sich die wirtschaftliche Lage der Werktätigen in Österreich seit Mai dieses Jahres nicht verbessert, sondern in mancher Beziehung wesentlich verschlechtert hat. Obwohl mehr Güter erzeugt werden, wird die allgemeine Lage immer schlechter, und darüber herrscht heute in breiten Massen die größte Enttäuschung. Der Reallohn ist wesentlich gesunken, die Preise steigen und die Löhne kommen nicht nach. Das Fehlen der Planwirtschaft macht sich heute noch stärker bemerkbar als im Mai. Die Ernährungslage ist noch unsicherer geworden, als sie damals gewesen ist. Das allgemeine Wirtschaftschao wächst. (Zwischenrufe bei der Österreichischen Volkspartei.)

Und wie steht es mit dem Wiederaufbau? Es genügt, einen Blick auf Wien zu werfen, um zu sehen, daß, während Wohnhäuser ohne Dächer dastehen, während Wohnhäuser nicht repariert werden können, weil es am nötigen Baumaterial fehlt, gleichzeitig Massen von Baumaterial für Portale, Kaffeehäuser, Unterhaltungsstätten und so weiter aufgewendet werden.

Wenn ich von Wirtschaftschao gesprochen habe, so handelt es sich bei dem gegenwärtigen Zustand unserer Wirtschaft nicht nur um ein spontan entstandenes Chaos, sondern um einen Wirrwarr, der durchaus im Interesse jener Kreise liegt, die Abgeordneter K o r e f im Mai als die Vertreter der Privatwirtschaft bezeichnet hat. Wie kann man aber eine Wirtschaftsplanung und eine wirkliche Verstaatlichung erwarten, wenn die notwendigen Arbeiten dazu in der Hand eines Mannes liegen, von dem bekannt ist, daß er ein grundsätzlicher Gegner der Verstaatlichung ist. Und wenn der Herr Bundeskanzler selbst, dessen Partei der Herr Minister K r a u l a n d angehört, sich öffentlich über den Gedanken lustig macht, daß man Vier- oder Fünfjahrespläne aufstellen könnte, so haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß Österreich zu den wenigen Ländern gehört, die heute noch

keinen Wirtschaftsplan haben, keinen Plan, den das Volk kennt und der als Richtschnur für unseren Wiederaufbau dienen könnte.

Aber etwas anderes können wir in der österreichischen Wirtschaft verzeichnen: Wir können feststellen, daß sich die Positionen des Großkapitals in Österreich zum Unterschied von allen anderen Ländern stark gefestigt haben, und der politische Exponent kapitalistischer Interessen, der Herr Ingenieur R a a b, vereinigt in seiner Person nicht nur die politische Leitung der stärksten Fraktion dieses Hauses sondern auch die Leitung des Wirtschaftsbundes der Österreichischen Volkspartei und eine diktatorische Stellung in den Handels- und Gewerbekammern. (Zwischenrufe.)

Wir sehen an der Methodik, mit der die Wirtschaftskreise der Österreichischen Volkspartei die Schlüsselstellungen der Wirtschaft für sich ausbauen und die Planung unserer Wirtschaft verhindern, ein wohldurchdachtes, aber äußerst gefährliches System, das zu nichts anderem führen kann als zur Hemmung des Wiederaufbaues der österreichischen Wirtschaft. Wir sind keine Gegner der Privatinitiative, wenn sie eine staatlich gelenkte Wirtschaft sinngemäß ergänzt. Aber wir sind Gegner eines Systems der Diskreditierung des Gedankens der staatlichen Wirtschaftsplanung, wie es jetzt angewendet wird, um die Position des Großkapitals weiter zu stärken. Was gegenwärtig vor sich geht, ist, daß hinter dem „Schleier“ einer scheinbaren Planlosigkeit an der Wiederherstellung der Privilegien bestimmter Schichten gearbeitet wird. Das ist der sogenannte Wiederaufbau, der sich in Österreich vollzieht. Und damit erklärt sich auch unsere Außenpolitik, damit erklärt sich auch, daß der Herr Finanzminister trotz der dringlichen Forderung des Abgeordneten L u d w i g in der vorherigen Budgetdebatte nichts tut, um eine Abschöpfung der Kriegsgewinne, eine wirkliche Vermögensabgabe durchzuführen. Es ist eine bedrohliche Erscheinung, daß die Arbeiterklasse und ihre Vertretungen von der Entscheidung über wirtschaftliche Lebensfragen des Volkes faktisch ausgeschlossen sind, daß die Wirtschaft zu einem Monopolgebiete des reaktionären Flügels der Österreichischen Volkspartei geworden ist, der sogar die Demokraten in der Österreichischen Volkspartei auszuschalten sucht. (Widerspruch bei der Österreichischen Volkspartei.)

Es ist nicht richtig, wie es in Kreisen der Sozialistischen Partei behauptet wird, daß Österreichs Regierung zur vollkommenen Machtlosigkeit verurteilt ist. Die Arbeiter-

schaft Österreichs wünscht einen planmäßigen Wiederaufbau des Landes und sie hat die Erklärungen, die in diesem Sinne vor einem Jahr vom Bundeskanzler und im Mai von Vertretern der Sozialistischen Partei abgegeben worden sind, ernst genommen. Sie hat eben, weil sie auf eine Verstärkung der Stellung der Arbeiterklasse in der Wirtschaft des gesamten Landes hinzielt, bei den Eisenbahnerwahlen, Betriebsrätewahlen in den Großbetrieben fast ausschließlich Sozialisten und Kommunisten ihr Vertrauen gegeben und die Vertreter der Österreichischen Volkspartei nicht wieder in ihre Personalvertretungen und Betriebsräte gewählt. Es liegen auch Beweise vor, daß über die Arbeiterklasse hinaus breite Schichten der Bauern, des Handwerks und der Kleinkaufleute, die schwer unter der verfehlten Wirtschaftspolitik leiden, das größte Interesse haben, daß die Wirtschaft nicht wieder in die Hand einer kleinen unkontrollierbaren Clique kommt. (Ruf: Siehe Rehberger Schuhfabrik!)

Man darf die Stimme der Arbeiter nicht überhören und muß die Konsequenzen aus ihren Meinungsäußerungen ziehen. Die Arbeiterschaft hat allen Grund, mit der Praxis der Regierungspolitik unzufrieden zu sein, und allen Grund, sich über die Untätigkeit des Parlamentes zu beschweren. Es ist doch kein Zufall, daß wir heute noch immer das Nazisteuerrecht haben, das gerade die Arbeiter und Angestellten so schwer belastet. Es ist auch kein Zufall, daß weder ein modernes Betriebsrätegesetz noch ein Kollektivvertragsgesetz von der Regierung eingebracht und vom Parlament verabschiedet wird. Auch hier werden die konkreten Versprechungen des Regierungsprogrammes des Bundeskanzlers nicht durchgeführt. Seit der Befreiung Österreichs sind 18 Monate verflossen. Wenn wir die Leistungen auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung mit denen der ersten Republik in den ersten 18 Monaten ihres Bestandes vergleichen, dann zeigt sich, daß damals unvergleichlich mehr geleistet wurde. Dabei muß noch in Betracht gezogen werden, daß, abgesehen vom Arbeiterurlaubsgesetz und vom Invalideneinstellungsgesetz, fast alle anderen sozialen Gesetze schon von der Provisorischen Regierung beschlossen worden sind.

Wenn wir aber die Entwicklung in anderen Ländern betrachten, dann können wir sehen, daß dort im Gegensatz zu der Entwicklung bei uns im letzten Jahre viel größere Fortschritte erreicht wurden, als nach 1918. Gerade diese fortschrittlichen Sozialreformen sind in anderen Ländern ein mächtiger Hebel des Wiederaufbaues, weil sie den Arbeitenden die Überzeugung geben, daß ihre Opfer

und Leistungen auch entsprechend gewertet werden. Das ist das Geheimnis, warum es in vielen Ländern besser und rascher vorwärts geht als bei uns.

Man kann nicht einmal behaupten, daß der Alliierte Rat am schleppenden Gang der sozialen Gesetzgebung schuld ist, denn diese Gesetze sind ja nicht einmal dem Nationalrat vorgelegt worden. Aber die reaktionäre Clique, die unsere Wirtschaft in der Hand hat, ist eben am Wiederaufbau ebensowenig interessiert wie an einer wirklichen Sozialpolitik.

Aus der Frage der Verstaatlichung hat man bei uns eine jener berühmten optischen Maßnahmen gemacht und so diese Frage, den Prüfstein jeden Fortschrittes, zum Gegenstand eines rein außenpolitischen Manövers gemacht. Das haben wir schon vor Monaten gesagt, und die Tatsachen haben unseren Standpunkt bestätigt. Jetzt ist die Verstaatlichungsfrage in einer Sackgasse, und auch das Budget deutet keinen Ausweg an. Selbst in den wenigen Betrieben, die verstaatlicht sind, hat sich nichts geändert, und das im § 1, Abs. (2), des Verstaatlichungsgesetzes vorgesehene Entschädigungsgesetz ist nicht einmal eingebracht worden. Ein anderer Hebel des Fortschrittes, die Bodenreform, der andere Länder so viel zu verdanken haben, wird nicht nur nicht in Angriff genommen, sondern der Fachminister bestreitet überhaupt ihre Notwendigkeit.

Mit der Demokratisierung des Staatsapparats stehen wir nach wie vor in den Anfängen und mit größten Bedenken sehen die Arbeiter, daß dank der fieberhaften Tätigkeit des Herrn Staatssekretärs Graf immer mehr solcher Kräfte in die Polizei kommen, die für die Arbeiter alles andere sind als eine Garantie für die demokratische Handhabung der Gesetze. Gleichzeitig hören wir bedenkliche Äußerungen über die Notwendigkeit, mit dem „Schutt der Befreiung“ aufzuräumen. Wir hören wieder dieselben Ausdrücke und Argumente, mit denen nach 1918 die Ersetzung der demokratischen Errenschaften der Arbeiterschaft durch das Schober-System durchgeführt wurde. Die Arbeiter haben ein sehr feines Gefühl und Gehör für solche Dinge und spüren, daß trotz der sozialistischen Leitung des Innenministeriums dort ein Kurs herrscht, der durchaus nicht im Interesse des demokratischen Fortschrittes liegt. Obwohl wir täglich Beweise haben und bekommen, daß die Reinigung von Staat und Wirtschaft von den Überresten des Nazitums durchaus nicht abgeschlossen ist, sucht man uns immer wieder einzureden, es gäbe überhaupt kein Nazi-

problem mehr in Österreich und der Faschismus hätte in Österreich nie Unterstützung gefunden. Ein Mitglied der Regierung spricht sogar mit drohenden Worten von der Notwendigkeit des Kampfes gegen einen „Linksfaschismus“. Wie ist es wirklich? 500.000 registrierte Nazi, von denen viele bloße Mitläufer sein mögen, aber unter denen sicher nicht wenige wirkliche Faschisten sind; 600.000 sogenannte DP's, von denen gut die Hälfte waschechte Faschisten sind; völlig ungenügende Säuberung an den Hochschulen, in den Ämtern und Wirtschaftsstellen. Und da kommt ein Mitglied der österreichischen Regierung und spricht davon, die Gefahr sei der Linksfaschismus und der Linksfaschismus sei es, gegen den man kämpfen muß. Wir Kommunisten und die Arbeiter, wir kennen diese Schlagworte. In früheren Zeiten hat man es anders genannt. Manche hielten es für notwendig, sich eine demokratische Tarnkappe aufzusetzen.

Aber schon damals hat man von der Niederwerfung des Marxismus gesprochen und so weiter. Wer die Lage so schildert, der will nichts anderes, als sich schützend vor die Faschisten stellen.

Wir glauben, es ist an der Zeit, daß die österreichischen Demokraten eindeutig ihre Ablehnung der antidemokratischen Bestrebungen zum Ausdruck bringen, für die der Herr Staatssekretär Graf heute im ganzen Land hausieren geht. Neuerdings hat sich ihm auch der Herr Außenminister angeschlossen, der seine besondere Aufgabe darin zu sehen scheint, seine mangelnden Erfolge auf seinem Arbeitsgebiet durch Angriffe auf die Kommunisten zu verborgen.

Wir sprechen es offen aus: Es gibt in Österreich Kräfte, die die demokratische Ordnung und den Wiederaufbau bedrohen. (Widerspruch bei der Österreichischen Volkspartei.) Das sind jene Kräfte, die sich der Erneuerung Österreichs widersetzen. Sie sitzen in der Wirtschaft und im Staatsapparat, und sie glauben, daß ihre Zugehörigkeit zur Österreichischen Volkspartei eine ausreichende demokratische Legitimation sei, um sich mit antidemokratischen Umtrieben zu befassen.

Diese Kräfte, deren Redner heute, wie Staatssekretär Graf, von Dorf zu Dorf ziehen mit dem alten Kampfruf: „Der Feind steht links!“, appellieren an nichts anderes als an die Überlieferungen der Zeit des grünen Faschismus, der Heimwehrzeit, an die Überlieferungen einer Zeit der furchtbarsten Uneinigkeit Österreichs.

Der Heimwehrafaschismus war weder österreichischer noch demokratischer als der Nazifaschismus. Er war nur schwächer, aber

darum nicht weniger Faschismus. Beide waren nichts anderes als der Ausdruck der großkapitalistischen Reaktion.

Die Reaktionäre, die heute wieder mit Heimweherschlagworten krebzen gehen, glauben wohl selbst nicht daran, daß sie siegen können. Aber im Kampf gegen diese Reaktionäre muß die österreichische Demokratie die Erfahrungen des ganzen Volkes in die Waagschale werfen, die es aus der Vergangenheit geschöpft hat.

Hohes Haus! Das Budget, das wir heute behandeln, ist in seinen Grundzügen ein Abklatsch des Budgets des laufenden Jahres und der klare Ausdruck dessen, daß sich in diesen Monaten nichts Grundlegendes in Österreich geändert hat. Alle Parteien in diesem Hause geben heute zu: So geht es nicht weiter! Die Politik, die nichts anderes weiß, als zu sagen, „wir können nichts machen“, und ihre einzige Aufgabe im Appellen ans Ausland sieht, die keinerlei Ergebnisse zeitigen, diese Politik kann auf die Dauer nicht fortgesetzt werden.

Es gibt heute nur einen Ausweg aus der Lage: eine neue Befragung des Volkes (Zwischenrufe und Heiterkeit), um durch Neuwahlen die Kräfte der Reaktion zurückzudrängen und dem Fortschritt den Weg zu bahnen. (Zwischenrufe bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.)

Die tiefe Unzufriedenheit mit den Umtrieben der Reaktion reicht weit bis in die Reihen der Volkspartei hinein. Es ist darum kein Zufall, daß gerade Herr Staatssekretär Graf in der Öffentlichkeit von der Möglichkeit der Gründung einer „vierten Partei“ gesprochen hat. Er und seine Gesinnungsgenossen wissen, daß ernstzunehmende Kräfte vorhanden sind, die mit der gegenwärtigen Politik unzufrieden sind. Die Reaktionäre klammern sich verzweifelt an Positionen, von denen sie wissen, daß sie sie aufgeben müssen, wenn dem Volk Gelegenheit gegeben wird, sein Urteil zu sprechen.

Heute geht es darum, zu verhindern, daß die reaktionären Elemente noch mehr Schaden anrichten, als sie bisher schon gemacht haben, denn so lange die Reaktion die leitenden Positionen in ihren Händen hält, solange wird es in Österreich nicht vorwärts gehen. Österreich kann nur auf demokratischem Wege gesunden (Zustimmung), und dazu ist es notwendig, die reaktionären Kräfte, die diese Entwicklung hindern, auszuschalten (Ruf bei der Österreichischen Volkspartei: Der rote Diktator!), denn nur dadurch kann ein wirklicher Zusammen-

schluß aller demokratischen Kräfte ermöglicht werden.

Darum sagen wir — und wir wissen, daß dies nicht nur die Meinung der Kommunisten im österreichischen Volk ist: Es gibt keinen anderen Weg als Neuwahlen! Wir glauben nicht, daß Neuwahlen ein Allheilmittel sind, aber wir wissen, daß das Volk die Fortsetzung des gegenwärtigen Zustandes des Fortwurstelns von Tag zu Tag teurer bezahlen muß. Es geht darum, der österreichischen Demokratie neue Kraft und neuen Schwung zu geben. Das fühlen heute auch schon viele tausende Männer und Frauen in der Sozialistischen Partei und auch außerhalb jeder Partei. Es gibt Kräfte — die stehen heute vielfach unzufrieden im Hintergrund — die mit unserer Kritik, mit unseren Forderungen übereinstimmen. Sie erblicken in Neuwahlen die Möglichkeit, daß die aktiven Demokraten, die jetzt in den Hintergrund gedrängt sind, hervortreten.

Heute sehen wir in Österreich einerseits die Zusammenballung der wirtschaftlichen Machtmittel in den Händen einiger weniger Politiker und andererseits ein Bestreben, den Staatsapparat mit Leuten aufzufüllen, in denen sich der alte autoritäre Geist der Zeit von 1934, der Heimwehgeist, verkörpert.

Eben durch diesen Prozeß spitzen sich die Gegensätze zu. Obwohl heute Österreich die Einheit zum Aufbau braucht, wachsen Mißtrauen und die Unruhe und die Verwirrung in allen Fragen! (Zwischenrufe.)

Wir haben der Forderung im Regierungsprogramm des Bundeskanzlers zugestimmt, daß Österreich nicht das Österreich von 1934 oder 1938, sondern, wie er sagte, ein revolutionäres, ein soziales Österreich sein soll. Aber dazu brauchen wir eine andere Politik als die, die heute betrieben wird, und dazu bedarf es auch neuer Menschen, bedarf es der Mitarbeit aller demokratischen Kräfte.

Niemand kann uns Kommunisten vorwerfen, daß wir nicht in den schwersten Zeiten unsere ganze Kraft und unseren ganzen Willen in den Dienst des österreichischen Wiederaufbaus gestellt haben. Die Blutopfer, die unsere Partei für Österreich gebracht hat, berechtigen uns, über Österreichs Zukunft nicht nach der Mandatszahl sondern nach unserem Gewissen und nach unserer Überzeugung zu sprechen.

Wir suchen einen Ausweg aus dem Zauberkreis, in dem sich die österreichische Politik seit Monaten befindet. Wir suchen und fordern die Ausnützung aller Möglichkeiten zum Wiederaufbau unseres Landes, auch unter den gegenwärtigen schweren Bedingungen der Besatzung. Und da in der gegenwärtigen

Konstellation das, was unserer Meinung nach in Österreichs Interesse liegt, nicht erreicht werden kann, kämpfen wir um eine Änderung.

Gegen den Vorschlag, Neuwahlen durchzuführen, wenden sich vor allem die Wirtschaftskreise der Österreichischen Volkspartei, die begreiflicherweise alles Interesse daran haben, daß an dem gegenwärtigen Zustand nichts geändert wird. Aber auch aus Kreisen der Sozialistischen Partei kommen Stimmen gegen Neuwahlen. Es wird gesagt, man sollte nicht noch einmal unter Bajonetten wählen, man solle die Heimkehrer abwarten, und schließlich, man solle die Regierung bei ihrem Werk nicht stören. Aber wer hat die Regierung bis heute gestört, an die Stelle der Nazisteuergesetzgebung eine österreichische Gesetzgebung zu stellen? Wer hat verhindert, daß ein Betriebsrätegesetz, daß ein Kollektivvertragsgesetz angenommen wird? Vielleicht die ausländische Besatzung? Wer hindert die Demokratisierung des Staatsapparates, die Wiedergutmachungen an die Opfer der Naziherrenschaft?

Die Arbeiter und Angestellten können von der gegenwärtigen Konstellation keine rasche und zufriedenstellende Erfüllung ihrer berechtigten sozialen Forderungen erwarten. Es ist ebenso unbestreitbar, daß wir im vergangenen Jahre auch im Kampf um die Souveränität Österreichs nicht vorwärts gekommen sind. Man sagt, die Konflikte zwischen den Großmächten seien daran schuld. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß eine österreichische Regierung, das heißt, eine Regierung, die österreichische, und nur österreichische Politik betreibt, hier vieles hätte erreichen können. (Zwischenrufe.) Aber was haben die führenden Männer der Österreichischen Volkspartei getan? Herzlich wenig, um nicht zu sagen: nichts, wenn man nicht die Reden, Appelle und Erklärungen als Taten ansehen will.

Der Kampf um die Souveränität Österreichs ist ein Kampf um Österreichs Unabhängigkeit. Die Kräfte des Kapitals — ihre Vertreter sitzen in den Reihen der Österreichischen Volkspartei (Widerspruch bei der Österreichischen Volkspartei) —, die sich nach dem Zusammenbruch des Faschismus inmitten einer vorwärtstürmenden Welt nicht stark genug fühlen, sich aus eigenen Kräften an der Macht zu halten, wollen sich diese Macht als Diener des ausländischen Großkapitals sichern. Sie sind bereit, dafür Österreichs Wirtschaft dem ausländischen Kapital auszuliefern, weil sie hoffen, sie könnten damit ihre politische Herrschaft behaupten.

Aber eine solche Auslieferung Österreichs an das ausländische Großkapital würde aus Österreich keinen unabhängigen Staat machen, sondern eine Art Kolonie des ausländischen Finanzkapitals. Daß aber eine solche Politik betrieben wird, das ist das Geheimnis, warum wir im Kampf um die Souveränität Österreichs in diesem letzten Jahre um keinen Schritt vorwärts gekommen sind.

Die Schlußfolgerung ist klar: Wer wirklich für Österreichs Souveränität kämpft, der muß für Neuwahlen eintreten, um Österreich durch ein neues Parlament eine neue Regierung zu geben, die nicht nur durch Worte, sondern durch Taten für die Souveränität Österreichs kämpft und sie auch erreichen wird.

Abg. Dr. Koref: Hohes Haus! Im Mai dieses Jahres haben wir das Bundesbudget für das Kalenderjahr 1946 ordnungsgemäß verabschiedet. Nunmehr hat der Herr Finanzminister das Finanzgesetz für das Jahr 1947 auf den Tisch des Hauses gelegt. Es wurde in zweiwöchiger gründlicher Arbeit im Finanz- und Budgetausschuß einer entsprechenden Perlustrierung und kritischen Überprüfung unterzogen.

Es ist eine beachtenswerte Tatsache, daß es dem Herrn Finanzminister gelungen ist, das Budget rechtzeitig vorzulegen, so daß es noch in diesem Jahre verabschiedet werden kann. In den breitesten Kreisen der Bevölkerung besteht gegenwärtig eine sichtlich gesteigerte Neigung zur Kritik an den staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen bei uns zu Lande.

Wir wären schlechte Demokraten, wenn wir nicht auf dem Standpunkt stünden, daß Kritik gesund und an sich berechtigt ist. (Zustimmung.) Wir dürfen aber das billige Verlangen stellen, daß die Kritik gerecht und einigermaßen wohlwollend sei. Es wäre daher mein persönlicher Wunsch, daß die breite Öffentlichkeit Gelegenheit hätte, den Budgetberatungen beizuwohnen, zu sehen und zu hören, mit welchen unendlich großen Schwierigkeiten unser Staat gegenwärtig zu kämpfen hat. Ein Vergleich mit den Jahren 1918/1919, der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, ist nahelegend.

Vor ganz kurzer Zeit ist eine lesenswerte Abhandlung von Dr. Robetschek erschienen, die den Titel trägt: „Die Wirtschaftssubstanz Österreichs.“ In dieser Broschüre heißt es in der Einleitung an einer Stelle, die auf die Verhältnisse nach dem ersten Weltkrieg Bezug nimmt, wörtlich (liest): „In den Städten zwang der Hunger Invalide, Blinde und Arbeitslose zur Bettelei und auf dem Lande tauschten die bessersituierten Städter ihre Sachwerte in Lebensmittel um. Das all-

gemeine Tauschmittel Geld war zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Der Bauer gab für dieses keine Produkte ab, der Geschäftsmann hielt seine Waren zurück, und in den Banken türmten sich die Banknoten zu wertlosen Bergen. Es gab praktisch keine Wirtschaft, es gab keine Autorität. Der Staatsapparat war gebunden, zum mindesten aber zu schwach, um Ordnung in die hungrigen Massen zu bringen. Es kam zur Inflation und damit zu einem Tiefpunkt, einer wirtschaftlichen Depression, die den Siegern und Besiegten die Lösung schwierigster Probleme anheimstellte.“

Ich glaube, sagen zu dürfen, daß das eine wirklich treffende Schilderung der damaligen Verhältnisse ist. Sie werden fragen, warum ich diese Schilderung gegeben habe. Es besteht sicher eine weitgehende Ähnlichkeit zwischen den Verhältnissen der Jetztzeit und der ersten Jahre nach dem ersten Weltkrieg. Mit allem Nachdruck muß aber festgestellt werden, daß die Schwierigkeiten, vor denen die Verantwortlichen in diesem Staate und in erster Linie die gesetzgebenden Körperschaften stehen, heute unendlich viel größer sind, als sie damals waren. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Der Luftkrieg hat im ersten Weltkrieg eine ganz untergeordnete Rolle gespielt. Heute liegen beträchtliche Teile der größeren Städte unserer Heimat in Schutt und Asche. Damals gab es keine Zoneneinteilung. Die erste Republik stellte ein einheitliches Gebilde dar. Damals gab es keine Besetzung unseres Landes. Es gab keine Besatzungskosten. Diesmal, Hohes Haus, haben wir den sogenannten „totalen Krieg“ zu liquidieren. Die ganze Welt, nicht bloß unsere engere Heimat, ist aus den Fugen. Der Hunger geht durch die ganze Welt, nicht bloß durch unser eigenes Land. Und dennoch darf bei einer einigermaßen gerechten Kritik die Feststellung gemacht werden, daß wir in mancher Hinsicht die Situation gemeistert haben. Die Grundmauern unseres Staates stehen fest. Die Zusammenarbeit der demokratischen Parteien hat in vieler Hinsicht in schwierigster Zeit gute Früchte gezeigt. Trotz aller Nöte müssen wir also verlangen, daß sich die Bevölkerung ein nüchternes Urteil bewahre.

Wenn man eine Inventarisierung des österreichischen Volksvermögens in den Monaten April oder Mai 1945 vorgenommen hätte, dann, glaube ich, würde sogar der verbissenste Kritiker gegenüber diesen Tatsachen schweigen müssen.

Nunmehr liegt der Staatshaushaltsplan 1947 vor uns, und wir haben das Recht und die Pflicht, ihn einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. In einem im Jahre 1927 erschie-

nenen Buch: „Das österreichische Budget und Budgetrecht“ sagt sein Verfasser, Dr. Neidl: In der Art der Zusammensetzung der Ausgaben und Einnahmen gibt der Voranschlag ein getreues Bild der Verwaltung, zeigt er das kulturelle und sozialpolitische Niveau des Staates auf. Ich möchte diesem Versuch einer Formulierung hinzufügen: Der Haushaltplan ist auch ein Spiegelbild der Wirtschaft im Staate und ist im weitgehenden Ausmaße die Vorwegnahme der offenen und latenten Klassendynamik im Staat. Ich verwende mit Absicht dieses vielleicht von mir geprägte Fremdwort, um einen großen Teil dieses Hohen Hauses nicht zu erschrecken. Denn dem allerdings etwas einfacheren und geläufigeren Wort Klassenkampf haftet für manche von Ihnen der Ludergeruch der Revolution an.

Das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1947 ist wieder nach den Grundsätzen hergestellt, die für das Haushaltswesen bis zum Jahre 1938 in Geltung standen. Es ist nicht bloß termingerecht vorgelegt worden, sondern man darf die Feststellung machen, daß unser Haushaltsplan sorgfältig ausgearbeitet ist. Es ist ein nicht zu unterschätzendes Moment der Ordnung und Sauberkeit im Staate, das um so höher zu bewerten ist, als die Schwierigkeiten und Hemmnisse auf allen Linien ganz gewaltig sind. Der Augenblick, da die gesetzgebende Körperschaft den Staatshaushalt kritisch zu sichten und zu prüfen hat, verpflichtet nach alter parlamentarischer Tradition dazu, eine allgemeine politische und wirtschaftliche Umschau zu halten.

Ich habe schon eingangs erwähnt, daß wir uns unzweifelhaft in einer schlimmen, schwierigen, ja mitunter verzweifelten Lage befinden. Jede Beschönigung wäre sinnlos. Ich glaube vielmehr, daß wir uns eine realpolitische Einstellung zur Pflicht machen müssen. Der Hunger geht im besonderen durch die Städte unserer Heimat. Tausende von Familien sehen mit banger Sorge dem Winter entgegen. Wir leiden unter einer drückenden Kohlennot. Eine Trockenheit, die seit dreiviertel Jahren herrscht, lähmt unsere Wasserkraftwerke. Diese Lähmung und diese Trockenheit ist verhängnisvoll sowohl für unsere Landwirtschaft wie auch für die Stromversorgung. In weiterer Konsequenz ist eine Stockung in der Produktion eingetreten. Die Inlandsversorgung, nach der das Volk lechzt, das durch den fünfeinhalbjährigen Krieg ohnehin restlos ausgeblutet und ausgepowert ist, ist auf das schwerste gefährdet. Unser Export, der die Devisen zur Bezahlung der Einfuhr bringen soll, ist dezimiert und daher auch der so notwendige Import zu einem guten Teil unmöglich gemacht. Die Zonenein-

teilung besteht nach eineinhalb Jahren noch immer mit allen ihren verheerenden Folgen. Der Herr Abgeordnete Koplenig wird nicht leugnen können, daß sowohl die Regierung als auch das Parlament alles versucht, alle Wege unternommen, wiederholt Appelle an die breiteste Weltöffentlichkeit gerichtet haben, um diesen, unsere Wirtschaft würgenden und lähmenden Zustand zu beseitigen. Die Zoneneinteilung besteht, sie verstopft die Adern, in denen das Verkehrs- und Geschäftsleben pulsieren soll. Die Besatzungstruppen stellen eine schwere psychologische Belastung des Volkes dar, die Besatzungskosten die höchste materielle und währungspolitische Bedrohung unserer Wirtschaft und unserer Existenz überhaupt.

Es ist mir nicht bekannt, welche Versuche die Kommunistische Partei unternommen hat, um alle diese gegebenen Schwierigkeiten zu beseitigen. Hunderttausende mit heißer Sehnsucht erwartete Kriegsgefangene sind trotz der ernstesten Bemühungen unserer Regierung noch nicht heimgekehrt und hunderttausende fremdländische, in ihrem Schicksal gewiß tief zu bedauernde, aus der Bahn geschleuderte Menschen erhöhen die katastrophale Raumnot in Stadt und Land. Das breite Österreich ist schwer enttäuscht, seelisch tief verwundet und droht, in seelische Apathie zu verfallen, den Glauben an seine Zukunft zu verlieren.

Dies, Hohes Haus, ist ungefähr die augenblickliche Photokopie unseres armseligen Daseins. Ich frage allen Ernstes: Wollen die alliierten Mächte dies? Die alliierten Mächte, denen wir für den ersten Akt ihres Befreiungswerkes, für die ruhmreiche militärische Befreiung, mit heißem Herzen dankbar sind? Es kann nicht sein, daß sie diesen Zustand wollen. Daher rufen wir auch diesmal wieder mit dem Mute der Verzweiflung in die Welt hinaus: Laßt endlich auch — es ist ein Gebot der Stunde — den unbedingt notwendigen zweiten Akt Eures Befreiungswerkes folgen und gebt uns die Unabhängigkeit! (Lebhafter Beifall.)

Wir Volksvertreter, die wir fast alle im Kampf um die Demokratie und für die Freiheit schwere persönliche Opfer gebracht haben, wissen, was not tut. Die Demokratie steht vor der schwersten Belastungsprobe, und die Weltmächte, die an ihrem Bestand interessiert sind, werden gut daran tun, Österreich, das in der Moskauer Deklaration vom Jahre 1943 als das erste Opfer der faschistischen Aggression bezeichnet wurde, endlich durch einen Staatsvertrag die verdiente, wirkliche Freiheit zu geben. (Erneuter Beifall.) Derzeit ist es nur das Schemen eines freien Staates, Regierung und Parlament sind

nur Attrappen freier demokratischer Einrichtungen. (Rufe: Sehr richtig!) Wir empfinden diesen Zustand als im höchsten Grade unwürdig. In Dutzenden von Publikationen, die in allen Weltsprachen erschienen sind, wird zugegeben, daß nach dem ersten Weltkrieg von den Siegermächten schwere Fehler und Versäumnisse begangen wurden.

Wir würden uns nicht bloß vor unserem eigenen Volke, sondern auch vor der Geschichte einer schweren Unterlassung schuldig machen, wenn wir nicht in freier Mannesrede die Dinge richtig beleuchten und unsere Nöte offen aussprechen würden. (Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Hohes Haus! Ich darf sagen, daß gerade die Sozialistische Partei Österreichs in unentwegtem Kampf für die Freiheit dieses Landes eingetreten ist, daß sie zum unentwegten Dolmetsch dieser Freiheitssehnsucht und des Freiheitsbedürfnisses des österreichischen Volkes geworden ist und daß sie nicht erlahmt, mutig und überzeugend an die Weisheit und Menschlichkeit der Völker zu appellieren, die der Welt ein neues Antlitz geben und vor allem die Lebensmöglichkeit und Ruhe sichern wollen. Hat doch der König von England selbst in seiner letzten Thronrede Österreich ausdrücklich erwähnt und den Wunsch ausgesprochen, der zweifellos der Wunsch der regierenden Labour Party ist, daß Österreich möglichst bald den Staatsvertrag erhalten und von den Besatzungstruppen befreit werden möge.

Die vertrauliche Sitzung des Parlaments — sie war seit 1918 die erste — mußte wohl der Welt deutlich sagen, daß die Not Österreichs zum Himmel schreit. In dieser Lage, in dieser materiellen und seelischen Verfassung steht das Parlament vor der wichtigen Beratung seines Budgets, jener Beratung, die den Grundpfeiler eines gesunden Parlamentarismus darstellt.

Daher drängt es mich, Hohes Haus, die positiven Merkmale des Budgets in den Vordergrund zu rücken. Das österreichische Volk hat ein moralisches Anrecht auf ein wenig seelische Entlastung. Dem Finanzminister war, soweit man sich jetzt schon ein Urteil erlauben kann, das Kunststück gelungen, den Haushalt für 1946 unter den denkbar labilsten Voraussetzungen in Ordnung zu halten. Nach menschlicher Voraussicht wird auch das Budget für 1947, wenigstens nach den Ansätzen des Finanzministeriums, ausgeglichen sein. Aus dieser Tatsache leuchtet ein Hoffnungsschimmer für die Zukunft. Das Budget der zweiten Republik, das man seit ihrem Bestande, wie schon eingangs erwähnt, zum zweitenmal vorliegt, ist wieder zum gesun-

den, traditionellen österreichischen Prinzip zurückgekehrt, die ordentliche oder laufende und die außerordentliche Gebarung auseinanderzuhalten.

Die laufende Gebarung weist auf der Ausgaben- und Einnahmenseite je rund 3 Milliarden auf und ist als ausgeglichen anzusehen, ja, genau betrachtet, ist sogar ein Überschuß von 1.773.500 S ausgewiesen. Gegenüber dem Jahre 1946 sind die Ausgaben und Einnahmen um nahezu eine halbe Milliarde höher veranschlagt. Der Optimismus, der aus unserem Finanzminister spricht, darf mit Genugtuung aufgenommen und mit Zuversicht bedankt werden. Der Anteil des Personalaufwandes am Gesamtaufwand konnte von 48 Prozent des Vorjahres auf 44 Prozent gesenkt werden. Eine gewiß erfreuliche und begrüßenswerte Tatsache. Damit ist einer dringenden sachlichen Notwendigkeit und zugleich einer Forderung des Alliierten Rates Rechnung getragen. Allerdings scheint der hohe Alliierte Rat nach einer letzten Enunziation mit dieser Senkung noch nicht zufrieden zu sein.

Ich möchte mir erlauben, hiezu folgendes zu sagen: Wir haben noch eine Reihe kriegsbedingter Ämter und Einrichtungen, wie Ernährungsämter, Wirtschaftsämter und dergleichen, die im Hinblick auf die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse noch nicht aufgelöst werden können, aber im Laufe der naturgegebenen Entwicklung hoffentlich bald überflüssig werden, so daß auch der mit ihnen verbundene Personalaufwand schrumpfen und schließlich im großen aufhören wird. Die Beibehaltung der Bezahlung der Volks- und Hauptschullehrerschaft sowie der Beamten der mittelbaren Bundesverwaltung durch den Bund ist im Interesse der Einheitlichkeit nach jeder Richtung hin zu begrüßen, verschiebt jedoch das etatmäßige Bild so stark, daß Vergleiche mit der Zeit vor 1938, so wünschenswert und interessant sie auch wären, nur mit äußerster Vorsicht und mit entsprechenden Vorbehalten angestellt werden können. So erklärt es sich ja auch, daß die Gesamtzahl der Bediensteten gegenüber 1946 wohl um rund 44.000 zurückgegangen, gegenüber 1938 aber noch immer um etwa 81.000 höher ist. Das ist ein Beweis für die Beamtenhypertrophie, die uns das Dritte Reich hinterlassen hat. Diese Beamtenhypertrophie hatte in der Nazizeit ungeahnte Ausmaße angenommen. Es war eine Konsequenz der Überheblichkeit nazistischer Ideologie, die das Edelvolk für das Schwert und die Feder auserwählt wissen wollte und die gewaltsam aus allen Ländern Europas herbeigeschleppten Angehörigen fremder Völker infolge ihrer kurz und einfach supponierten Minderwertigkeit zu erbarmungswürdigem Sklavendasein und men-

34. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G.P. — 4. Dezember 1946. 837

schenunwürdiger Sklavenarbeit erniedrigte. Jedem Deutschen einen Schreibtisch oder eine waffengespickte, ordengeschmückte Uniform und jedem Nichtdeutschen die Hungerpeitsche und Arbeitsfront: darin bestand die Staatskunst des Dritten Reiches, darin lag das Ziel des „Herrschers aller Preußen“.

Wie auf allen Gebieten haben wir nun auch diese Folgen zu tragen. Ein nach sozialen Gesichtspunkten vorzunehmender Personalabbau wird unvermeidlich sein. Allerdings wird Hand in Hand damit auch ein Abbau der Vielschreiberei und der Fragebogenwirtschaft verknüpft sein müssen (Zustimmung) und ebenso eine Vereinfachung unserer Verwaltung.

Eine wertvolle Ergänzung des Bundesfinanzgesetzes stellt der gleichzeitig vorgelegte Dienstpostenplan dar, der als ein besonders wichtiges Instrument für die Stabilisierung des Personalstandes in der gesamten Verwaltung dient. Aus der Zahl der in die höchste Dienstklasse eingereihten Posten sieht man übrigens eine beachtenswerte Tendenz zur Sparsamkeit. Die Gesamtzahl der ausgewiesenen Dienstposten beträgt rund 91.000, die Zahl der öffentlich-rechtlichen Bediensteten rund 72.000, so daß etwa 20.000 Vertragsbedienstete übrigbleiben; das heißt, die beiden Kategorien stehen zueinander im Verhältnis 7:2. Allerdings sind für vorübergehenden Bedarf zusätzlich noch 10.700 Dienstposten vorgesehen, die dann vermutlich im Laufe des nächsten Jahres oder der nächsten Jahre eingezogen werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, daß den Abgeordneten des Hohen Hauses auch schon die Regierungsvorlage des Bundesgesetzes über das Dienstverhältnis und die Ruhe- und Versorgungsgewinne der Bundesbeamten, also das Gehaltsgesetz, zugegangen ist, das zusammen mit dem Beamten-Überleitungsgesetz vom August 1945, welches das alte österreichische Dienstrecht wiederherstellte, einen überaus wichtigen gesetzgeberischen Abschluß darstellen wird.

Hohes Haus! Der Alliierte Rat hat aus Anlaß der Überprüfung des Voranschlages für 1946 eine „drakonische Kürzung“ unseres Pensionsetats verlangt. Er hat nun neuerdings die österreichische Regierung auf die hohen Aufwendungen für die Pensionen aufmerksam gemacht. (Zwischenrufe bei den Sozialisten.) Obwohl wir trotz des bestehenden Kontrollabkommens das Interesse des hohen Alliierten Rates zu würdigen wissen, muß ich namens meiner Partei nachdrücklichst erklären, daß jede mechanische, von rein fiskalistischen Gesichtspunkten ausgehende Lösung dieses gewiß schwierigen Problems nicht nur

ein großes Unrecht bedeuten würde (lebhaft Zustimmung bei den Sozialisten), sondern für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung geradezu verheerende Wirkungen haben müßte. (Erneute lebhaft Zustimmung bei den Parteigenossen.) Das Wesen des österreichischen Pensionsrechtes — ich lege den Hauptton auf das Grundwort „Recht“ — zu begreifen, mag einem Ausländer nicht ganz leicht fallen. Es handelt sich hier um einen wohlverworbenen Anspruch, der nur bei Untreue gegenüber dem Staat verlorengehen kann. Im übrigen, Hohes Haus, ist der Pensionsetat im Bundesvoranschlag ohnehin beträchtlich gesenkt. Er betrug im Jahre 1938 222 Millionen Schilling, im Jahre 1946 250 Millionen Schilling, und für das Jahr 1947 sind nur 198 Millionen Schilling vorgesehen, eine Senkung, die angesichts der allgemeinen Preisentwicklung nicht bloß absolut, sondern auch relativ entsprechend bewertet werden muß. Die Staatseisenbahnen, deren Aufwand ins Budget eingebaut ist, weisen derzeit 94.000 Angestellte gegenüber 55.000 im Jahre 1937 auf. Hier steht die Verwaltung ebenfalls vor einer besonders schwierigen Aufgabe, und der Alliierte Rat hat sich dahingehend geäußert, daß „dem Defizitausgleich der österreichischen Staatseisenbahnen nicht genügend Beachtung“ gewidmet worden sei. Minister Uebeleis hat schon erklärt, daß die Zahl bis Ende 1947 auf 78.000 reduziert sein und der Abbau vor allem jene treffen müsse, die erst nach dem 13. März 1938 in den Bahndienst gekommen sind.

Meine Partei, Hohes Haus, ist sich der überaus großen Verantwortung gegenüber Volk, Staat und Wirtschaft voll bewußt, aber wir sollen und müssen, vom Kontrollabkommen abgesehen, jetzt schon dem Alliierten Rat und der Weltöffentlichkeit sagen, daß wir hier nicht rein fiskalistische sondern vor allem auch maßgebliche staatspolitische Erwägungen anstellen müssen. Zum bestehenden Rentnerelend, das zu lindern unser Sozialminister alle Anstrengungen macht, auch noch ein Pensionistenelend und die Not der dem Abbau verfallenden öffentlichen Angestellten hinzuzufügen, die die Privatwirtschaft unmöglich aufnehmen und verdauen kann, das können wir uns nicht leisten. Hier darf nicht, wie gesagt, mechanisch nach dürren militärischen Befehlen, sondern kann nur äußerst behutsam und wohlüberlegt vorgegangen werden, denn schließlich sind wir gerade den Besatzungsmächten gegenüber auch in Hinblick für Ruhe und Ordnung und inneren Frieden verantwortlich.

In diesem Zusammenhang ergibt sich die Notwendigkeit, auch vom Naziproblem zu sprechen. Ich mache als vom Volke gewählter

Abgeordneter von einem in der ganzen demokratischen Welt hoch geachteten elementaren Grundrecht der Demokratie Gebrauch und erkläre hier mit dem Freimut, der gerade in den mächtigsten Staaten der Welt besonders gewertet wird: Das österreichische Staatsinteresse erfordert gebieterisch eine endliche Bereinigung dieses Problems. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Die drei demokratischen Parteien Österreichs haben nach monatelangen Beratungen, nach reiflichen Überlegungen und Abwägungen im Sommer dieses Jahres einstimmig ein Gesetz beschlossen, um den notwendigen, psychologisch, staatspolitisch und materiell notwendigen Schlußstrich zu ziehen. Wir, die Kenner dieses Landes, leidenschaftliche Vorkämpfer und Bekenner der Demokratie, vielfach selbst Opfer und Märtyrer des Faschismus, zum großen Teil erfahrene Politiker und unerschrockene Pioniere am mühsamen Wiederaufbau unserer Heimat, erfüllt von vorbehaltloser Dankbarkeit gegenüber unseren militärischen Befreibern und Helfern in der Not, wir sind der Meinung, daß wir unter den gegebenen Umständen unser Bestes getan und das Richtige beschlossen haben. Die Schuldigen sollen büßen, die Drahtzieher und aktiven Vaterlandsverräter sollen mit der ganzen Härte des Gesetzes bestraft werden. Die vielen tausenden Mitläufer, die der Terroratmosphäre und dem Drucke der Vorgesetzten, der nie dagewesenen Propagandamaschinerie oder aber der Unerfahrenheit der Jugend zum Opfer gefallen sind, die auch keine Verbrechen auf sich geladen haben — und vielfach gilt dies zum mindesten für die vielen Tausenden, die, nachdem in ihnen die Erkenntnis aufgegangen war, was der Nationalsozialismus eigentlich bedeutet, zurück wollten, aber nicht mehr zurück konnten —, diese alle können nicht dauernd ausgestoßen bleiben. Sie können nicht dauernd samt ihren Familien, nachdem ihre letzten Mittel vertan und ihre Ressourcen erschöpft sind, dem wirtschaftlichen Notstand, der politischen Heimatlosigkeit und der seelischen Verzweiflung überlassen werden. Pensionistenelend, Rentnerelend, Elend unter den arbeitslosen Angestellten und ein Heer von unzufriedenen Mitbürgern politischer Herkunft werden unserem Staate auf die Dauer nicht bekömmlich und nicht nützlich sein.

Am heutigen Tage, da uns die Generaldebatte über das Budget die Gelegenheit und die Verpflichtung zu allgemeiner Umschau gibt, erheben wir auch im Namen der Menschlichkeit, die die Alliierten hochhalten und deren Pflege sie uns wieder möglich gemacht haben, unsere Stimme. Wir wollen und dürfen nicht Gleiches

mit Gleichem vergelten. Nur mit diesem Grundsatz werden wir in der Lage sein, den Nazigeist zu überwinden, und das ist das Entscheidende. Es ist eine Lehre der Geschichte, daß man mit Polizeimethoden allein einen Staat weder aufbauen noch halten kann. Eine halbe Million ehemaliger, bloß formell belasteter Mitglieder oder Anhänger der ehemaligen NSDAP und ihrer Angehörigen, die seelisch begreiflicherweise mit ihnen fühlen, warten auf ihre Eingliederung in die große demokratische Staatsgemeinschaft. Wir versprechen dem hohen Alliierten Rat, daß wir, wenn wir auf der einen Seite Milde walten lassen wollen, auf der anderen Seite mit rücksichtsloser Schärfe und schonungsloser Härte vorgehen werden, wenn es Rückfallerscheinungen in antidemokratischen Ungeist und faschistische Betätigung geben sollte. (Beifall.)

Hohes Haus! Nachdem ich Heerschau gehalten habe über die großen Scharen der von materieller und wirtschaftlicher Deposition bedrohten Staatsbürger, die einer gesunden und fortschrittlichen Entwicklung gefährlich werden könnten, kehre ich zum Staatshaushalt zurück.

Schon der Herr Berichterstatter hat das Budget als ein Notbudget bezeichnet. Wir leben in einer labilen, unsicheren Zeit. Über die aus der Preis- und Lohnentwicklung sich ergebenden sozialpolitischen Folgerungen und Forderungen meiner Partei wird von zuständiger Stelle noch gesprochen werden. Doch darf gesagt werden, daß unter den Ausgaben der Sachaufwand der sozialen Verwaltung auffällt, der mit einer halben Milliarde fast ein Drittel des gesamten Sachaufwandes ausmacht, gegenüber 1946 eine Erhöhung um fast 100 Millionen Schilling aufweist und der sprechendste Beweis dafür ist, daß der heutige Staat nicht mehr ein Instrument gegen die Arbeiterklasse, sondern, im richtigen Lichte betrachtet, der klassische Ausdruck für die Machtverhältnisse im Staate ist. Bei klarer Einsicht muß sich so das Interesse des arbeitenden Menschen für den Staat mehren. Er kämpft, wie unser Bundespräsident in seiner wirklichkeitsnahen jüngsten theoretischen Publikation schreibt, nicht mehr gegen den Staat, sondern um den Staat — eine geistige Wendung um volle 180 Grad!

Wenn daher der bekannte Nationalökonom Goldscheid im „Handbuch der Finanzwissenschaft“ schreibt, daß das Budget gleichsam das aller verbrämenden Ideologie entkleidete Gerippe des Staates darstellt, dann hat er meines Erachtens nicht recht. Ich möchte vielmehr behaupten, das Budget ist die Resultierende der im Staate mit einander ringenden ideologischen Kraftkomponenten.

Den für die Verwaltung und Entwicklung der Gebietskörperschaften, nämlich der Länder und Gemeinden, so entscheidend wichtigen Finanzausgleich honoriert der Voranschlag mit einer ungenügenden Summe. Im Budgetausschuß war es den vereinten Anstrengungen der drei Parteien möglich, dem Herrn Finanzminister Zugeständnisse — in des Wortes wörtlichster Bedeutung — abzurufen, Zugeständnisse, die allerdings nach unserer Überzeugung lediglich ein Provisorium darstellen können.

Die Länder und Gemeinden sind, was ihre Einnahmen anbelangt, auf Bettelgänge beim Bund angewiesen. Das ist nicht nur ein unwürdiger sondern auch ein unmöglicher Zustand! Es darf nicht wieder so wie in der ersten Republik werden, daß der Finanzausgleich zu einer besten Zeit und beste Kräfte verzehrenden Streitangelegenheit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden werde! Das wäre zutiefst zu bedauern. Der Bund als verfassungsrechtlich stärkster Faktor im Staate darf unter keinen Umständen aus einer beengten fiskalischen Einstellung heraus die Länder und Gemeinden benachteiligen und sie sozusagen zu einem proletarischen Dasein verurteilen.

Das von der Bundesregierung vorgelegte Finanzausgleichs-Übergangsgesetz war unannehmbar und ist daher in einem Unterausschuß in der Versenkung begraben worden. Aus streng sachlichen Gründen haben sich deshalb — ich glaube wohl, sagen zu dürfen, zum erstenmal in der Geschichte unserer Republik — vor mehr als Monatsfrist die Vertreter der Länder, und zwar die Landesfinanzreferenten und die Vertreter des Städtebundes, in Salzburg zusammengefunden und sich auf bestimmte Grundsätze des Finanzausgleiches geeinigt. Der Herr Finanzminister wird diese neue VF — verzeihen Sie mir diesen Scherz — diese Versicherungsfront beachten und den mächtigen zweistimmigen, aber durchaus harmonischen Chor hören müssen.

Nationalrat und Bundesrat stehen hier vor einer wichtigen Aufgabe. Länder und Gemeinden müssen unbedingt in ihren Einnahmen weitgehend autonom werden. Das ist ein Gebot vernünftiger Demokratie und wird das Verantwortungsbewußtsein dieser Körperschaften nur steigern. Gnadengaben aber sind ihrer unwürdig!

Hohes Haus! Wir rechnen damit, daß vom 1. Jänner 1948 angefangen diese berechtigten Wünsche und Forderungen bereits Gesetzeskraft erlangt haben werden. Für das Jahr 1946 und 1947 wird das Finanzministerium eine zwischenweilige Lösung finden müssen. Die Ausgaben der Länder und der Gemein-

den für die Behebung von Kriegs- und Bombenschäden, für die gewaltig vermehrten Fürsorgeleistungen sowie für die aus der Entwicklung sich ergebenden Lohn- und Gehaltssteigerungen wird der Bund tragen müssen. Länder und Gemeinden sind dazu nicht imstande. Ein ausgeglichener Staatshaushalt ist gewiß ein großer Segen für das Volk und die Wirtschaft, aber auch die Länder und Gemeinden müssen leben und die nacktesten Bedürfnisse der Bevölkerung und der Verwaltung bestreiten können. Sonst müßten wir angesichts eines ausgeglichenen Staatshaushaltes aber zugrundegegerichteter Länder- und Gemeindenhaushalte sagen: Operation gelungen, Patient gestorben.

Die verheerenden Wirkungen des sogenannten totalen Krieges bedingen gewaltige Anstrengungen zur Wiederinstandsetzung der Land- und Forstwirtschaft. Unserer Eisenbahn sowie dem Post- und Telegraphenwesen erwachsen gewaltige neue Aufgaben. Diese Aufgaben spiegeln sich im außerordentlichen, zum Teil auch im laufenden Haushalt wieder. Auf diesem Gebiet ist im vorgelegten Staatshaushalt erfreulicherweise eine Art Finanzplan wahrzunehmen, der die Absichten, insbesondere des Verkehrsressorts auf einem eine Reihe von Budgetperioden umfassenden Zeitraum erkennen läßt. Es wäre im höchsten Maße wünschenswert, wenn auch die übrigen wirtschaftlichen Ressorts mit einer großzügigen gesamtösterreichischen Planung vor die Öffentlichkeit treten würden.

In dieser Hinsicht kann man sich des Eindrucks leider nicht erwehren, daß verhängnisvolle Säumnisgefahr besteht und bange Sorge nicht unberechtigt ist. Ich will ehrlicherweise zugeben, daß die Schwierigkeiten, die die längste Zeit einer solchen Planung entgegenstanden, außerordentlich groß gewesen sind. Die Zoneneinteilung sowie die Atomisierung des kleinen Österreich hat sich ganz besonders folgeschwer erwiesen. Aber nunmehr fehlt es vielfach doch auch an der notwendigen Einsicht und Übersicht.

Unsere Forderungen, die Forderungen der Sozialistischen Partei Österreichs, die wiederholt eindringlich bekanntgegeben wurden, sowie die Wünsche und Forderungen des Gewerkschaftsbundes, die in programmatischer Fassung angemeldet wurden, werden überhaupt nicht oder nach langem Zögern und daher vielfach verspätet erfüllt. Hier geht es um ganz große und entscheidende Dinge. Wir fordern auch heute wieder von den zuständigen Ministerien die große, alle wichtigen Fragen beinhaltende und einbeziehende Wirtschaftsplanung für das gesamte Bundesgebiet. (Beifall bei den Sozialisten.)

Die Export- und Importprobleme, die Fragen der Handelsverträge und die schicksalhaften Entscheidungen hinsichtlich der Währungspolitik verpflichten den Herrn Finanzminister, sich mitbestimmend einzuschalten und von seiner Zuständigkeit nichts preiszugeben. Die Abschaltung des österreichischen Zahlungsmittelumlaufes von der Reichsmark unseligen Angedenkens, also die erste Etappe der Verselbständigung und Sicherung unserer Währung, darf als gelungen angesehen werden. Die durch die Blockierung gleichfalls beabsichtigte Anpassung des Umlaufes an das Gelderfordernis der Wirtschaft konnte leider nur ein Teilerfolg sein, weil der neuralgische Punkt des gesamten österreichischen Wirtschaftslebens, die Besatzungskosten, eine definitive Währungsoperation bisher ausgeschlossen haben.

Jedenfalls muß die Entwicklung auf den beiden Sektoren Währung sowie Preis- und Lohngestaltung mit der größten Aufmerksamkeit, Behutsamkeit und sozialem Gewissen beobachtet und verfolgt werden. Die Arbeiter und die Angestellten Österreichs werden die Kraftanstrengungen meiner Partei in schwerster Zeit zu würdigen wissen, die darauf gerichtet waren, gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund den zur Sicherung der Existenz notwendigen Lohnausgleich und die erforderlichen Steuermaßnahmen herbeizuführen. Doch erfordert diese Frage, wie schon angedeutet, gewissenhafteste Erwägung nach verschiedenen Seiten.

Unser Notenumlauf ist gegenüber 1937 auf das Fünffache gestiegen. Er betrug im Jahre 1937 rund 900 Millionen Schilling, 1945 rund 5000 Millionen Schilling. Der Güterumlauf hat jedoch kaum 40 Prozent der Vorkriegszeit erreicht. Hier werden entschiedene und entscheidende Maßnahmen notwendig werden.

Wenn Herr Minister Dr. Krauland in seiner Leobener Rede es als ein gutes Zeichen deutete, daß der Index der Schwarzhandelspreise innerhalb eines Jahres von 100 auf 22 zurückgegangen sei, so dürfte nach meiner Meinung diese Tatsache eher auf die nunmehr in weitesten Kreisen der Bevölkerung eingetretene Geldknappheit als etwa auf eine bessere Normalversorgung zurückzuführen sein. (Beifall bei den Parteigenossen.) Die Mitteilung des Herrn Finanzministers, daß wir begründete Aussicht haben, wenigstens einen Teil des uns vom Naziregime geraubten Goldschatzes wieder zurückzubekommen, nehmen wir gern und dankbar zur Kenntnis. Im Jahre 1937 war unser gesamter Notenumlauf zu 31,1 Prozent valutarisch gedeckt. Das Deckungsverhältnis war im Jahre 1945 auf 0,1 Prozent gesunken, das heißt also, volle 31 Prozent sind

dem Dritten Reich zum Opfer gefallen, übriggeblieben sind die 0,1 Prozent. 1938 belief sich unser Goldschatz auf rund 243 Millionen Schilling, 1946 auf 45.000. Es ist ein erfreulicher Fortschritt und hoffentlich ein Symptom der Zuversicht, daß die österreichische Nationalbank nunmehr wieder regelmäßige Wochenansweise veröffentlicht. Der Staatshaushalt und die aufgezeigten Maßnahmen wollen in der Bevölkerung um Vertrauen in eine kommende stabilisierte österreichische Währung werben. Wir dürfen nie vergessen, daß wir mit dem traurigen Erbe, das uns der Nationalsozialismus hinterlassen hat, auch eine bereits stark inflationierte Markwährung übernommen haben, wie denn überhaupt die österreichische Bevölkerung nicht so vergeblich und ungerecht sein soll, ungerecht all denen gegenüber, die mit tiefem Verantwortungsbewußtsein darangegangen sind, das mit wenigen Strichen von mir heute schon skizzierte Katastrophenerbe von unvorstellbaren Ausmaßen zu liquidieren.

Zu dieser traurigsten Erbmasse, die je einem Volke hinterlassen wurde, gehören logischerweise schließlich auch die schon erwähnten Besatzungskosten, die bis jetzt die Summe von 3,6 Milliarden Schilling erreicht haben, wobei die Kosten für die letzten drei Monate des laufenden Kalenderjahres noch nicht einmal inbegriffen sind. Sie machen also weit mehr als die Hälfte des uns bekannten Notenumlaufes und um eine halbe Milliarde mehr als das gesamte Jahresbudget 1947 aus.

Hohes Haus! Die heutigen Tagesblätter registrieren die erfreuliche Nachricht, die wir dankbaren Herzens quittieren, daß der Alliierte Rat die Herabsetzung der Besatzungskosten für das Jahr 1947 auf 15 Prozent des Staatshaushaltes festgesetzt hat. Wir freuen uns, daß seit langer Zeit endlich wieder einmal eine, wenigstens relativ gesehen, erfreuliche Nachricht zu verzeichnen ist. (Ruf: Ja, in der Zeitung steht es!)

Wenn ich von den Besatzungskosten hier gesprochen habe, so möchte ich nur noch hinzufügen, daß in Wirklichkeit die Gesamtbelastung der Wirtschaft aus dem Titel Besatzung noch wesentlich höher ist. Die Besatzungskosten stellen eine Reparationslast dar, unter der die österreichische Wirtschaft bei noch längerem Anhalten zusammenbrechen muß. Das österreichische Volk, das für seine Befreiung durch die Armeen der Alliierten, wie ich heute schon festgelegt und erklärt habe, gewiß dankbar ist und dankbar bleiben wird, hofft zuversichtlich, daß die Siegermächte eingedenk des gegebenen Versprechens, Österreich als befreites Land zu behandeln, über die nunmehr gewährten

34. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 4. Dezember 1946. 841

Begünstigungen hinausgehen und uns schließlich von dieser drückenden Last völlig befreien werden, und dies in absehbarer Zeit. (Zustimmung.)

Der Herr Finanzminister hat einmal das Wort „untragbar“ gewählt. Wir Sozialisten glauben der Zustimmung des ganzen Hauses sicher zu sein, wenn wir auch bei dieser Gelegenheit wieder einen von banger Sorge um unsere Heimat und unser Volk getragenen und diktierten Appell an die Siegermächte richten, uns endgültig von dieser auf die Dauer unser letztes Volksvermögen, unsere Substanz aufzehrenden Last endgültig zu befreien.

Ich komme nun noch in Kürze auf die Einnahmenseite des Budgets zu sprechen. Der Haushalt rechnet mit den Erträgen eines langsam wieder anlaufenden Wirtschaftslebens und es bestand Berechtigung und begründeter Anlaß zu dieser Annahme. So war die Wiener Messe ein voller Erfolg und mit ihrer gewaltigen Besucherzahl — sie betrug bekanntlich über eine Million — nicht bloß ein Zeichen für den Warenhunger unserer Bevölkerung, sondern bestimmt auch ein Beweis der steigenden Produktivität. Auch die im Frühjahr veranstaltete Linzer Industrie- und Gewerbeausstellung war ein prächtiger Erfolg. Zeugnisse für den starken österreichischen Behauptungswillen sind also wirklich vorhanden. Die Rückschläge, die die Herbstkrise mit sich brachte, kommen im vorliegenden Budget natürlich nicht zum Ausdruck, so daß gewisse, sehr wesentlich in die Waagschale fallende Ziffern mit einiger Vorsicht aufzunehmen sein werden. Bis dahin aber, Hohes Haus, gab es sicherlich recht erfreuliche Symptome.

So ist der Ertrag der Umsatzsteuer, die als das leichtest abzulesende und zugleich verlässlichste Wirtschaftsbarometer anzusehen ist, von 11 Millionen Schilling im Monat Jänner auf 19 Millionen Schilling im Monat September gestiegen. Die Umsatzsteuer, die im Jahre 1938 mit fast 300 Millionen Schilling, im Jahre 1946 mit 200 Millionen Schilling veranschlagt war, stellt abermals eine tragende Säule unter den Einnahmen des Staatshaushaltes dar, und zwar sind für das Jahr 1947 265 Millionen Schilling vorgesehen, das heißt, das Finanzministerium nimmt eine Steigerung des Umsatzes um ein volles Drittel an. Tatsächlich, Hohes Haus, ist die Zahl der Beschäftigten im Steigen begriffen. Der Export zeigt Momente verheißungsvoller Ausweitung, wenngleich in der Spezialdebatte dem Handelsministerium in dieser Hinsicht von berufener Seite schwerste Bedenken werden entgegengehalten werden, wie es denn überhaupt Sache der Spezial-

debatte sein wird, in diese Dinge noch näher und gründlicher hineinzuleuchten.

An Zolleinnahmen waren im Jahre 1938 161 Millionen Schilling vorgesehen, im Jahre 1946 10 Millionen Schilling, also ein Sechzehntel dieses Betrages, und für das Jahr 1947 20 Millionen Schilling, also ein Achtel des genannten Betrages. Die Begründung für diesen niedrigen Ansatz ist jedoch nicht allein in der geringen voraussichtlichen Einfuhrmenge zu suchen, sondern vor allem auch in der Tatsache, daß unser Import aus Gründen der Preiskalkulation und der Währungsverhältnisse keine Zollbelastung tragen kann.

Unsere derzeitigen Wirtschaftsverhältnisse erhalten auch eine ganz charakteristische Beleuchtung, wenn man die Ertragsansätze für verschiedene Steuern vergleicht. So war zum Beispiel die Zuckersteuer für das Jahr 1938 mit 54 Millionen Schilling veranschlagt, für das Jahr 1946 mit 6 Millionen und für 1947 mit 5 Millionen. Für die zuckerbedürftige Bevölkerung ein trauriges Omen.

Ein umgekehrtes Bild geben die Tabaksteuern, soweit hier ein Vergleich möglich ist. Im Jahre 1938 bestand bekanntlich noch das Tabakmonopol, das mit einem Überschuß von 177 Millionen Schilling veranschlagt war. Trotz des gewaltig reduzierten Verbrauchs infolge der dezimierten Erzeugung war die Tabaksteuer im Jahre 1946 mit 523 Millionen Schilling berechnet und ist für das Jahr 1947 mit 579 Millionen Schilling vorgesehen. Das heißt, fast ein Fünftel der gesamten Einnahmen des Bundes stammt aus dem Tabakkonsum. Der Gesamtertrag der Einkommensteuer mit 540 Millionen Schilling gegenüber 470 Millionen Schilling im Vorjahr läßt auf die Erwartung eines erhöhten Beschäftigungsgrades und einer daraus resultierenden Steigung des Arbeitseinkommens schließen. Wenn die wesensgleichen Steuern im Jahre 1937 mit nur 182 Millionen Schilling veranschlagt waren, so kann man daraus deutlich die ganz gewaltig gestiegene Mehrbelastung der Bevölkerung erkennen. Abschließend will ich erwähnen, daß die Besatzungskosten aus wohlwogenen Gründen nicht aus der laufenden Gebarung getragen werden, sondern im Kreditwege bestritten werden sollen.

Der außerordentliche Aufwand weist abgerundet 489 Millionen Schilling auf. Er ist erstens für die Deckung von Maßnahmen bestimmt, die mit der Liquidierung unmittelbarer Kriegsfolgen zusammenhängen, wie zum Beispiel der Ausländerbetreuung, der Heimkehrerfürsorge, des Familienunterhaltes, das heißt des Unterhaltes jener bedauernswerten Familien, deren Erhalter noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sind.

Die Aufwendungen des außerordentlichen Haushaltsplanes erstrecken sich zweitens auf die über das ordentliche Budget hinausreichenden Erfordernisse für wertvermehrende Investitionen, und zwar für die Wiederaufbauarbeiten an Bundesgebäuden, Straßen und Brücken, Wasserbauten, Wasserkraftanlagen, Schulen und vor allem auch an Bahn- und Postanlagen sowie für die dringend gebotene Ergänzung deren Verkehrs- und Betriebsmittel.

Die Geldmittel für die außerordentliche Gebahrung sollen durch Kreditoperationen aufgebracht werden. Hinsichtlich der in Washington derzeit geführten Verhandlungen wegen eines 50-Millionen-Dollar-Kredits scheint der Herr Finanzminister, wie aus einer Äußerung im Finanz- und Budgetausschuß hervorgeht, einigermaßen optimistisch zu sein. Hohes Haus! Das ganze österreichische Volk muß sich darüber im Klaren sein, daß die Kosten eines Krieges bezahlt werden müssen, noch vielmehr aber die Kosten eines verlorenen Krieges. Hiefür sind nicht diejenigen verantwortlich, die sich unter selbstverständlichem Verzicht auf Popularität heiß bemühen, die Wege und Lösungen hiefür zu finden, sondern diejenigen, die den Krieg in verbrecherischer Weise vom Zaune gebrochen haben und die systematische Kriegsausweitung über alle Kontinente mit entsprechendem Tamtam noch als besonderes Verdienst und als besonderen Erfolg hingestellt haben.

Nach diesem naturbedingt nüchtern geratenen Hineinschauen in den Bundesvoranschlag für das Jahr 1947, dessen Teilhefte für eine streng sachliche und detaillierte Begutachtung bedauerlicherweise größtenteils verspätet eingelangt sind, möchte ich mir noch einige Bemerkungen gestatten. Der Herr Bundeskanzler hat vor einigen Wochen der Bevölkerung die gewiß sehr erfreuliche Mitteilung gemacht, daß es nunmehr endlich möglich geworden sei, sein seinerzeit gegebenes Versprechen einzulösen und ab sofort die 1550 Kalorienmenge zu bewilligen. Damit ist wenigstens der furchtbare Zustand beseitigt, daß ausgerechnet die Bevölkerung des befreiten Österreichs auf die niedrigste Ernährungsbasis gesetzt war.

Der Ernährungsminister Dr. Frenzel, der wohl auf die Verteilung, nicht aber auf die Aufbringung der Lebensmittel bestimmenden und entscheidenden Einfluß hat, erklärte allerdings etwas einschränkend, daß diese Erhöhung nur eine „zitternde Freude“ sei. Wir teilen die bange Sorge mit ihm, solange nicht eine innige Zusammenarbeit zwischen den Landwirtschafts- und Ernährungsministerien geschaffen ist und ein

genauer Ernährungsplan die realen Grundlagen für die Erfüllbarkeit dieses Versprechens nachweist.

Hohes Haus! Wir haben aus den letzten Monaten eines gelernt: Enttäuschungen sind viel schlimmer und folgenschwerer als das Durchstehen von noch so großen Schwierigkeiten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.) Wir wissen auch, daß das Ernährungsministerium mit großen Widerständen zu kämpfen hat, und daß solche Widerstände vorhanden sind, zeigt die Verwarnung, die das Ernährungsdirektorium an die Adresse des Landeshauptmannes von Niederösterreich gerichtet hat. Die Regierung muß sich entgegen allen Widerständen ernstlich aufraffen und alle, wenn es nötig ist, auch die härtesten Maßnahmen treffen, um die Lieferpflicht durchzusetzen und ihre Erfüllung zu kontrollieren und zu erzwingen. (Neuerliche Zustimmung bei den Sozialisten.)

Nach dem ersten Weltkrieg wurde oft die Frage nach der Lebensfähigkeit Österreichs aufgeworfen. Die Völkerbundexperten Layton und Rist haben sie, wie auch viele einheimische Fachleute, eindeutig bejaht. Warum sollte auch unser Österreich nicht lebensfähig sein, wenn ein Land wie die Schweiz zu den blühendsten Gemeinwesen geworden ist? Gewiß wird mit allen Mitteln getrachtet werden müssen, eine Produktionssteigerung in der Landwirtschaft und in der Industrie herbeizuführen. Augenblicklich verursacht uns die Kohlennot beklemmende Schwierigkeiten. Die Stromabschaltungen und die in ihrem Gefolge einherlaufenden starken Einschränkungen in der Lebenshaltung stellen eine empfindliche faktische und seelische Belastung unseres Volkes dar, wie denn überhaupt nach meinem Gefühl die Regierung viel mehr sachliche Aufklärung über ihre durch die Umstände erzwungenen Maßnahmen geben müßte.

Wenn ich Sie an die ungeheuerlichen Propagandamethoden und Propagandaanwüchse des Dritten Reiches erinnere, so tue ich das nur deshalb, um Ihnen und der Regierung zu sagen, daß man einer Propaganda und Volksaufklärung in einem gesunden Ausmaß gerade in einer so schwierigen Zeit nicht völlig entraten kann. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Gerüchtemacher und politische Spekulanten aller Art haben ein verhältnismäßig leichtes Spiel. Ich kann den Wiener Zentralstellen den Vorwurf nicht ersparen, daß sie durch ihre publizistisch in keiner Weise vorbereiteten, über Nacht ausgegebenen und verfügten Maßnahmen nicht nur übermäßige Aufregung hervorrufen, sondern auch viel seelisches und politisches Unheil damit anrichten. Ich bin ohne weiteres in der

34. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 4. Dezember 1946. 843

Lage, hierfür sehr drastische Beispiele zu erbringen.

Auf diese Weise wird ein überspitzter Föderalismus gezüchtet. Die Zentralstellen kennen vielfach die wahren Verhältnisse nicht, weil sie in den letzten Monaten nicht Gelegenheit hatten, die Verhältnisse in den übrigen Bundesländern zu überprüfen und zu studieren; unrichtige Zahlen werden veröffentlicht, von falschen Voraussetzungen wird ausgegangen: hier muß im Interesse des Staatsganzen viel hinzugelernt werden. Durch die angedeuteten Fehler und Sünden wird viel mehr Schaden gestiftet, als durch noch so viele 950-Jahr-Feiern Nützliches und Ersprießliches geleistet werden kann. (Beifall bei den Sozialisten.) Wir wissen, daß die Landwirtschaft durch den Krieg schwere Schäden erlitten hat, daß sie mit ganz großen Schwierigkeiten kämpft; anderseits darf nicht geleugnet werden, daß die führende Regierungspartei sich scheut, das Kind beim rechten Namen zu nennen. Wenn es Bezirke gibt, wo nicht einmal die vorgeschriebene Menge von eineinhalb Liter Milch pro Kuh geliefert wird, dann greift man sich angesichts der großen Not, die in den Städten herrscht, wirklich an den Kopf.

Dr. Tautscher, ein der Österreichischen Volkspartei nahestehender Gelehrter und Volkswirtschaftler, weist in seiner jüngst erschienenen Schrift „Ist Österreich lebensfähig?“ Leistungen der Landwirtschaft vor dem Kriege nach, die, alle gegebenen Mängel und Schwierigkeiten eingerechnet, auch in der Jetztzeit ein ganz anderes Bild ergeben müßten. Wir weisen, Hohes Haus, auf den Ernst der Lage hin. So ähnlich ist es auch auf anderen Gebieten.

In allen Ländern Europas schreitet die Sozialisierung rüstig und erfolgreich vorwärts. Wir sind über das vom Parlament beschlossene Gesetz noch kaum hinausgekommen; hier liegt irgendwie eine Passivität vor, die noch aufzuzeigen sein wird. Ein wohl überaus ernst zu nehmender Parteifreund des Herrn Ministers Dr. Krauland, der erfreulicherweise wieder heimgekehrte Professor Dr. Dobretsberger hat in seinem sehr beachtenswerten, ja aufsehenerregenden und Wegeweisenden Vortrag erklärt: Wir sollten uns abgewöhnen, die Frage der Verstaatlichung zu einer Weltanschauungsfrage zu machen (Beifall bei den Parteigenossen), die Verstaatlichung sei von keiner Konfession abhängig. Rektor Dobretsberger wendet sich auch ganz eindeutig gegen die Idee der Vergenossenschaft der Betriebe, anscheinend eine Lieblingsidee des Herrn Ministers Dr. Krauland. Er sagt wörtlich: Ich glaube nicht, daß die Idee der Vergenossenschaft

ein tragfähiger Pfeiler an der Neugestaltung der Wirtschaftsordnung ist.

Ich glaube nun, daß es bei dieser politischen Generalschau auch angezeigt ist, ganz kurz noch unsere Außenpolitik zu berühren. Unser Außenminister agiert seit Monaten als *Commis voyageur*, als Reisender (Zwischenrufe), aber ob seine Reiseerfolge in einem direkten Verhältnis zu den Reisespesen stehen, das vermag ich derzeit nicht zu sagen. Jedenfalls, Hohes Haus, stand im Falle meines Parteifreundes Waldbrunner, dem jegliche Mittel zur Führung seiner Amtspflichten in Moskau hartnäckig und dauernd verweigert wurden, die Devisenfrage viel stärker im Vordergrund als bei den zahlreichen Auslandsreisen des Herrn Ministers Dr. Gruber. (Zustimmung bei den Parteigenossen. — Abgeordneter Ing. Raab: Aber Ihre Parteigenossen fahren mehr ins Ausland als wir!) Aber mit gutem Erfolg, Herr Minister Raab! Unsere Partei hat für Österreich im Ausland dadurch bereits sehr gute Erfolge erzielt! (Beifall bei den Sozialisten. — Rufe bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei: Das muß erst festgestellt werden! — Wo list ein positiver Erfolg?)

Präsident Böhm, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen und mahnt zur Ruhe.

Abg. Dr. Koref (fortsetzend): Ob der ausschließlich nach dem Westen gerichtete Reisedrang unseres Außenministers mit den wahren Interessen unseres Volkes und unserer Wirtschaft kongruent geht, das ist mehr als fraglich. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Das Zustandekommen einer für Österreich günstigen internationalen Lage erscheint uns Sozialisten als eine besonders vordringliche Notwendigkeit. Wir stehen nach wie vor auf dem schon so oft bekundeten Standpunkt, daß wir uns nach keiner Seite hin binden dürfen und mit peinlichster Gewissenhaftigkeit unsere Unabhängigkeit, nachdem wir sie erlangt haben werden, und unsere völlige Neutralität wahren müssen. (Beifall.) Konstruktive Außenpolitik, Hohes Haus, darf an diesem, im Prinzip anscheinend unbestrittenen Axiom nicht vorübergehen. Die Sozialistische Partei Österreichs, die zweitstärkste Partei in diesem Hause, würde unter keinen Umständen eine anders orientierte Außenpolitik unterstützen.

Hohes Haus! Wer in jener vertraulichen Sitzung, die vor wenigen Wochen hier stattfand, die einzelnen Berichte der Minister unbefangen auf sich wirken ließ, mußte zu dem Ergebnis kommen, daß hier wahrhaftig, angesichts der Situation, in der sich das Volk und seine Regierung befinden, nur ein

besonnenes Zusammenarbeiten der drei demokratischen Parteien allmählich den Weg ins Freie weisen und finden kann.

So bleibt also nur noch übrig, die Frage gewissenhaft zu prüfen, ob dieser Weg auch wirklich überall gesucht und gegangen wird. Wir von der Sozialistischen Partei haben diesen ehrlichen Willen, wir bringen den von uns einmal erkannten Notwendigkeiten der Konzentration große Opfer und haben dafür mannigfache Beweise geliefert. (Abg. Ing. Raab: Sie sind natürlich die Brawsten!)

Die Bevölkerung Österreichs versteht unsere Lage, sie würdigt unsere Haltung und gibt uns ständig sich mehrende Beweise ihres Vertrauens. (Beifall bei den Sozialisten.) Die Österreichische Volkspartei wird bei ernster Gewissenserforschung, die ihr ja nicht schwer fallen wird (Heiterkeit. — Zwischenrufe bei der Österreichischen Volkspartei) — wir wissen ja, daß nicht alles so ganz echt ist bei Ihnen (schallende Heiterkeit) — sie wird zugeben müssen, daß sie den egozentrischen Interessen der Landwirtschaft zu stark Gehör schenkt, vielleicht aus parteipolitischen Gründen Gehör schenken muß. Darin liegt vielleicht eine große Schwierigkeit. Die Interessen besonders der städtischen Bevölkerung kommen dadurch vielfach zu kurz; denn schließlich ist es nun einmal so, daß die Österreichische Volkspartei die stärkste Partei im Hause ist und über die Mehrheit verfügt — bis auf weiteres!

Uns kann man die Beobachtung striktester Loyalität nicht absprechen. Der Österreichischen Volkspartei kann ich, da ich hier die Erfahrungen unseres ganzen Klubs wiedergebe, den Vorwurf nicht ersparen, daß dies in manchen Landesverwaltungen und Gemeindestuben leider nicht immer der Fall ist. (Zwischenrufe.) Insbesondere mancher selbstherrliche volksparteiliche Dorfpascha muß zum Anlernen verhalten, muß erst zum Demokraten erzogen werden. Das Autoritäre steckt manchem noch stark in seinen festsitzen oder morschen Knochen. (Heiterkeit.)

Die Kommunistische Partei, der es als Milderungsgrund angerechnet werden kann, daß sie als demokratische Partei sehr jungen Datums ist (Heiterkeit), macht sich die Sache zu leicht und zu bequem. Herr Kollege Koplenig hat heute hier gesprochen und den beiden anderen Parteien des Hauses den Vorwurf gemacht, daß sie Reden zum Fenster hinaus hielten. Ich glaube wohl, daß die Kommunistische Partei klassische Beispiele für derartige Reden — nicht zu sprechen von den Zeitungsartikeln — tagtäglich zum Besten gibt. (Zustimmung.)

Der Herr Abgeordnete Koplenig hat insbesondere auch, was die Nazifrage anbe-

langt, wieder einen sehr energischen Ton angeschlagen und den anderen Parteien Vorwürfe gemacht. Hohes Haus! Eine Registrierung der kommunistischen Nazi oder der nazistischen Kommunisten wäre außerordentlich eindrucksvoll und lehrreich. (Große Heiterkeit und stürmischer Beifall. — Abgeordneter Koplenig: Nennen Sie uns Namen!). Es finden sich sogar Redakteure, Sekretäre und sonstige Funktionäre darunter. (Zustimmung. — Abg. Koplenig: Nennen Sie uns Namen! — Zwischenrufe.)

Die Kommunistische Partei übt an allem und jedem hemmungslose Kritik und fühlt sich durch die Mitarbeit in der Regierung und trotz besserer Einsicht in die Verhältnisse in keiner Weise gebunden. Ein Musterbeispiel dafür war die jüngste Erklärung der kommunistischen Abgeordneten vom 6. November 1946. In ihr wird in unverhüllter und daher, gottlob, sehr durchsichtiger Weise die Schuld an all dem aus der verzweiferten Kriegs- und Nachkriegssituation erwachsenen Elend unverfroren den beiden großen Parteien zugeschrieben. Ja, sogar an der ungenügenden Stromversorgung ist nicht der Ressortminister Dr. Altmann schuld — weil er einer der Ihrigen ist, ist er fehler- und makellos —, sondern alle anderen Minister sind daran schuld, auch wenn sie damit gar nichts zu tun haben, eben nur aus dem einfachen Grund, weil sie keine Kommunisten sind.

Hohes Haus! Die Sorge um die Demokratie verpflichtet uns unter allen Umständen zur Wahrheit. Wir sind ehrlich genug, es auszusprechen, daß natürlich auch der kommunistische Minister Dr. Altmann die Dinge, die nun einmal stärker sind als wir alle zusammengenommen, bei bestem Willen zunächst noch nicht meistern kann.

Ja, auch die tiefbeklagenswerte Tatsache, daß unsere Kriegsgefangenen noch immer nicht aus Rußland zurückkehren, eine Tatsache, die so viel Bitternis und Kummer in Tausende von Familien bringt, wird den beiden großen Parteien ins Schuldbuch geschrieben. (Abg. Koplenig: Der Skandal mit dem Moskauer Gesandten!)

All dies geschieht, nachdem dieselbe Partei einige Tage vorher ohne jeden Vorbehalt in der vertraulichen Sitzung für den gemeinsamen Resolutionsantrag gestimmt hat. Hohes Haus! Da kann man nur sagen: sapienti sat! Dem denkenden und wissenden Menschen genügt dies! Das ganze Verhalten ist auf die Nichtdenkenden und Nichtwissenden hier angelegt. Leider gibt es in einer solchen Zeit der Not doch immer wieder Menschen, die auf eine plumpe, politische Bauernfängerei hereinfallen. Daß das große Heer der Werk-

34. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 4. Dezember 1946. 845

tätigen in diesem Staate in Stadt und Land treu und in einem wachsendem Maße zur Sozialistischen Partei Österreichs steht, das beweisen alle Wahlen der letzten Monate.

Wir Sozialisten lassen uns nicht irremachen! Solange unsere Vertreter in der Regierung sitzen, tragen wir vor dem Volke die Verantwortung mit. Wenn wir unsere Stimme erheben, von Verantwortungsbewußtsein getragene Anträge stellen und überstimmt werden, so dünkt uns dies, auch wenn wir es um der Sache willen tief bedauern, als eine Konsequenz der Demokratie, von der wir, und hoffentlich auch die überwältigende Mehrheit des Volkes, nachdem die Menschheit durch eine so harte Schule gegangen ist, die Überzeugung haben, daß sie die einzig richtige Form menschlichen Zusammenlebens ist. Sollten die Dinge zu einem Zeitpunkt aber so weit treiben, daß wir die Verantwortung für die Handlungen der Regierung und die Entwicklung im Staate nicht mehr tragen könnten, dann würden wir unsere Minister aus der Regierung zurückziehen und dafür sorgen, daß das Volk in freien Wahlen befragt werde, wem es sein Vertrauen schenkt. Wir glauben aus der Erfahrung der letzten Jahrzehnte die Lehre ziehen zu sollen, daß man mit Wahlen kein leichtfertiges Spiel treiben dürfe. Insbesondere sollte uns die Geschichte der deutschen Demokratie vor 1933 den Beweis dafür erbracht haben.

Wenn die Kommunistische Partei unlängst und auch heute wieder die Forderung nach Neuwahlen gestellt hat, so ist ihr seitens meiner Partei schon die Antwort zuteil geworden: Wir werden Wahlen veranstalten, wenn es die Verfassung verlangt oder eine wirkliche Notwendigkeit besteht, jedenfalls aber nicht in einem Zeitpunkt, da wir noch nicht Herren unseres Landes sind, da es Gebiete gibt, in denen die freie Rede kontrolliert und Redekonzepte zur Zensur vorgelegt werden müssen (Rufer: Hört! Hört!) oder wo die Immunität der Abgeordneten nicht gilt. (Beifall bei den Sozialisten und der Österreichischen Volkspartei.) Wir glauben vielmehr, Hohes Haus, daß in der Stunde tiefster Not und höchster Gefahr trotz ehrlicher und offener Kritik nach wie vor die Losung berechtigt und richtig ist: Alle Mann an Bord! Das Volk wird nur diese Losung begreifen und würdigen. Wir bekennen uns daher trotz aller Vorbehalte zum jetzigen System der Konzentration mit dem Wahrheitsfanatismus und dem Mute echter Demokraten.

In der letzten Zeit sind übrigens Bestrebungen wahrzunehmen, die die Gründung einer weiteren, einer vierten demokratischen Partei zum Ziele haben. Der Herr Staats-

sekretär Graf ist auf dem oberösterreichischen Parteitag der Österreichischen Volkspartei mit Nachdruck gegen eine solche beabsichtigte Neugründung aufgetreten. Er versuchte sogar, sie von vornherein als getarnte Nazipartei hinzustellen, bevor noch die Gründer, die Proponenten und das Pogramm einer solchen Partei bekannt sind. Wir halten es für ein Grundrecht der Demokratie, auf Grund freier Willensäußerung Gesinnungsgemeinschaften und Vereinigungen zuzulassen, natürlich soweit sie auf dem Boden der Verfassung stehen. Das versteht sich von selbst. Die bloße unbewiesene Behauptung politischer Konkurrenten, daß es sich um Staatsfeinde handeln dürfte, kann in keinem Rechtsstaat für eine Verweigerung ausreichend sein. Es scheint sich hier um einen Versuch zu handeln, Menschen zu sammeln, die in ihrem wirtschaftlichen Denken zwar konservativ, in ihrer geistigen Haltung jedoch fortschrittlich gesinnt sind.

Es darf keine konzessionierte Demokratie geben. Es gibt kein Pacht- und Erbrecht im politischen Leben und es wäre auf die Dauer unerträglich, Menschen, die ehrlichen Willens sind, um ihre verbrieften Rechte zu bringen. Staatsfeinde und Neofaschisten werden rücksichtslos mit allen Mitteln bekämpft werden müssen. Es scheint uns aber völlig dem Geist der Demokratie zu widersprechen, Menschen, die guten Willens sind, dauernd aus dem politischen Leben fernzuhalten. Wir Sozialisten scheuen und fürchten jedenfalls einen fairen Kampf in der politischen Arena mit fairen Gegnern nicht und werden den Geboten und dem Geist der Demokratie jederzeit Rechnung tragen.

Aus diesem Geist stimmen wir auch für das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1947. Wir haben, allen Schwierigkeiten und Nöten zum Trotz, Vertrauen in die Zukunft. Es wäre ja auch verfehlt und sachlich unrichtig, wollten wir nicht zugeben, daß wir auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens schon fühlbare Erleichterungen und Fortschritte erzielt haben. Wir brauchen daher den Willen zum Leben und die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht aufgeben, ja wir dürfen sie nicht aufgeben.

Gehen Sie heute, meine Herren und Damen, um nur ein einziges Beispiel herauszugreifen, abends durch die Straßen von Wien und vergleichen Sie aus der Erinnerung das Wien vom Dezember 1945, wo Sie durch dunkle Straßen gegangen sind und nach sechs oder sieben Uhr abends keinem Menschen mehr begegnet und wo Sie über Trümmerhaufen gestolpert sind, wo es noch keinen Verkehr gab, mit dem Wien von heute, und jeder, der guten Willens ist, wird zugeben müssen, daß der Unterschied

ein ganz gewaltiger ist. Daraus und aus vielen anderen positiven Erscheinungen und Wahrnehmungen möge das österreichische Volk die Kraft schöpfen, alles Böse durchzustehen, und seinen Glauben an eine bessere Zukunft nicht verlieren.

Wir Vertreter dieses schwergeprüften Volkes wollen mit gutem Beispiel vorangehen und dem Staate geben, was er braucht, damit dieses Volk leben und seine Wirtschaft gedeihen kann. Unserer Generation, die durch zwei Weltkriege gegangen ist, fällt die schwerste Aufgabe zu, die — seit überhaupt die Geschichte der Menschheit aufgezeichnet wird — jemals einer Generation vom Schicksal auferlegt worden ist. Wir wollen uns — Alte und Junge — mit voller Hingabe dieser Aufgabe widmen, damit aus den Ruinen, die uns der Nationalsozialismus hinterlassen hat, wieder neues Leben erblühen möge. (Lebhafter, langanhaltender Beifall bei den Sozialisten.)

*

Abg. Ing. Schumy: Hohes Haus! Eines der wichtigsten demokratischen Rechte ist das Selbstbestimmungsrecht und im Rahmen dieses das Budgetrecht, dem es obliegt, die finanzielle Ordnung im Haushalt zu gewährleisten und die Erfüllung der großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben mit dem Leistungsvermögen der Wirtschaft in Einklang zu bringen. Trotz des kurzen Bestandes der zweiten österreichischen Republik ist der Nationalrat zum zweitenmal in der Lage gewesen, einen ordentlichen Voranschlag zu beraten und zu verabschieden. Damit ist ein überzeugender Beweis für die Ordnungsliebe eines Volkes, für seine Fähigkeit erbracht, sein Schicksal nach eigenem Ermessen zu gestalten. Von einer ziffernmäßigen Behandlung des Finanzplanes nehme ich mit Rücksicht auf dessen gründliche Behandlung aller Positionen im Finanzausschuß Abstand. Ich kann das umso eher tun, als meine Vorredner bereits in ausreichender Weise zu den einzelnen Kapiteln Stellung genommen haben.

Hingegen muß ich darauf verweisen, daß dieser Voranschlag noch keineswegs auf festen und langfristig verlässlichen Grundlagen beruht. Solange die Währung — wie schon heute richtig betont wurde — nicht auf eine Relation gebracht ist, die zum natürlichen Preisniveau und zu den Auslandswerten in einem richtigen und dauernden Verhältnis steht, kann man verlässlich nicht budgetieren, und solange die Dauer der Besetzung Österreichs und der endgültige Umfang der Besatzungskosten nicht be-

kannt ist, kann man auf weitere Frist keine finanziellen Pläne aufstellen. Es ist allerdings ein erfreulicher Fortschritt, wenn der Alliierte Rat in seiner gestrigen Sitzung — wie die Blätter melden — eine Begrenzung der Besatzungskosten für das nächste Jahr in Aussicht genommen hat, und ist dieses Moment gerade im Zusammenhang mit unserer Budgetierung richtig und angenehm zu werten.

Schließlich ist auch zu berücksichtigen, daß für einen gesunden Haushalt auch die notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sein müssen. Bevor in Österreich der freie Personenverkehr und der freie Warenaustausch nicht gewährleistet ist, bevor der Auslandsverkehr nicht wieder funktioniert, bevor wir nicht über alle in Österreichs Erde ruhenden Schätze und über alle der österreichischen Arbeit und Schaffenskraft entstammenden Vermögenswerte und Produktionsmittel frei verfügen können und solange eine unzureichende Bedarfsdeckung die Produktivität der Arbeit hemmt, solange kann man von einem hieb- und stichfesten Finanzplan wohl kaum sprechen. (Zustimmung.)

Diese Feststellung führt mich zu der Frage der Freiheit Österreichs, die hier in diesem Hause, in der Presse und in der Öffentlichkeit so tausendfältig und tausendfach erörtert wurde, aber immer wieder Gegenstand der Diskussion sein wird und sein muß, solange das Wort von der Befreiung Österreichs nicht zur uneingeschränkten Tatsache geworden ist.

Die Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943, die uns die Errichtung eines freien und demokratischen österreichischen Staates zugesichert hat, und die Zusicherungen von maßgebender Seite, daß Österreich nicht als erobertes sondern als befreites Land behandelt wird, haben in uns allen große Hoffnungen erweckt und ebenso große Zuversicht hervorgerufen. Die Österreicher sehen sich aber in ihren Erwartungen begreiflicherweise enttäuscht, und der ursprünglichen Hoffungsfreudigkeit ist eine gewisse Niedergeschlagenheit, um nicht zu sagen Enttäuschung gefolgt. Es hat keinen Sinn, dem Hohen Haus Tatsachen zu verschleiern und die Stimmung rosiger darzustellen, als sie in Wirklichkeit ist. Wenn jemand berufen ist, die Wahrheit zu sagen, dann sind es in erster Linie die Volksvertreter, die darauf bauen, daß man die Freiheit ihres Wortes im Sinne wahrer Demokratie respektiert. Mag die Kritik hier in diesem Hause oft unangenehm wirken, mag es auch ab und zu gefährlich scheinen, ein freies Wort zu sprechen, hier im Nationalrat ist der Boden, wo man frei sprechen kann,

um die bestehenden Zustände im Geiste der Sachlichkeit und der Wahrheit darzustellen.

Wir wissen es zu schätzen, daß wir von schwerer Bedrückung befreit worden sind und daß durch die Besatzungsmächte sowohl die Integrität unserer Grenzen als auch der verhältnismäßig ruhige Verlauf der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände gewährleistet wird. Ebenso soll rückhaltslos anerkannt werden, daß das Kontrollabkommen vom 28. Juli, das die Rechte der österreichischen Regierung wesentlich erweitert, der besten Absicht der Kontrollmächte entsprungen ist. Aber solange dieses Abkommen weder im Sinne der Bestimmungen noch im Geiste der Intentionen der Alliierten restlos verwirklicht ist, solange darf man sich nicht wundern, wenn die Österreicher das Gefühl der Beengtheit, das Empfinden der Unfreiheit nicht ganz los werden.

Zwei Fragen beherrschen das Denken der österreichischen Bevölkerung: Warum sind wir noch nicht frei, und wie lange wird der jetzige Zustand wohl noch weiter dauern? Die Befreiung ist noch nicht abgeschlossen, weil der in Aussicht genommene Staatsvertrag noch nicht gebilligt ist. Von allen Seiten hören wir, daß Österreich frei wird und ungeteilt bleibt, wie es eben die Moskauer Deklaration verspricht und welchem Zweck der Vertrag dienen soll. Aber sobald die Erörterung der österreichischen Frage angeregt wird, tritt sogleich die „Vakuumbremse“ in Funktion. Jeder Versuch, die Diskussion über Österreich einzuleiten, findet ein kühles, aber uns ans Herz greifendes Nein als Antwort. Die Tatsache, daß der Staatsvertrag noch immer nicht erörtert werden konnte, beantwortet die erste Frage, die ich gestellt habe.

Die zweite Frage nach der voraussichtlichen Dauer des jetzigen Zustandes aber läßt sich dahin beantworten, daß vorher alle auf dem Gebiete der internationalen Politik liegenden Streitfragen bereinigt sein müssen. Österreich wird frei werden — das steht ohne Zweifel fest —, aber erst wenn es gelungen sein wird, die Fragen in der großen weiten Welt zu bereinigen. Hier stehen die großen Fragen des Pazifik, des Nahen Ostens vor uns, es erheben sich die großen Fragen der politischen und wirtschaftlichen Kraftproben, und solange diese Gegensätze nicht bereinigt sind, ist an eine Behandlung der österreichischen Frage wohl kaum zu denken.

Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht auch andere Umstände geeignet sind, hemmend zu wirken. Österreich hat eine geographisch sehr wichtige Position inne: Hier befindet sich, ich möchte sagen, die Drehscheibe des mitteleu-

ropäischen Verkehrs, von der aus das Schicksal Europas zum Teil beeinflusst wird. Dazu kommt, daß Österreich reich ist an Naturschätzen, an industriellen Produktionsstätten und an sonstigen Werten. Das alles im Zusammenhang mit den politischen Einstellungen unserer beiden Nachbarn im Norden und im Süden macht Österreich zum interessanten Objekt der europäischen Politik.

Und noch ein weiteres kommt hinzu: An der Aufrechterhaltung der Besetzung Österreichs scheinen doch nicht alle Kreise in Österreich ganz uninteressiert zu sein. Hiefür spricht ein Aufsatz in dem im Graz erscheinenden Organ der Kommunistischen Partei, genannt „Die Wahrheit“, die ganz unverblümt meint, daß die Besetzung so lange dauern werde, solange Österreich sich einer Änderung seiner außenpolitischen Einstellung widersetzt. (Rufe: Hört! Hört!) Mit anderen Worten, der gegenwärtige Zustand werde erst dann geändert werden, wenn unsere Regierung sich einseitig nach Osten orientiert. Für diesen Hinweis muß man dem genannten Organ dankbar sein, weil man daraus ersieht, welche Tendenzen verfolgt werden. Aber wir geben uns der bestimmten Zuversicht hin, daß die österreichische Regierung sich von ihrer absolut richtigen Politik, einer Politik der offenen, loyalen und freundschaftlichen Einstellung gegenüber allen Befreiungsmächten nicht wird abbringen lassen. Jede einseitige Einstellung wäre geeignet, uns den größten Gefahren auszusetzen. Darum sagen wir unserer Regierung: Ausharren, die Außenpolitik nur auf die österreichischen Interessen und auf keine anderen einstellen, mit allen Großmächten und Nachbarn beste Beziehungen unterhalten und unsere Wirtschaft rasch aufbauen, damit wir uns unser Brot selbst verdienen und unabhängig werden! Aber dazu bedürfen wir der Freiheit, auf die wir schon sehnsüchtig warten. (Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei und den Sozialisten.)

So wichtig aber auch die Außenpolitik für einen Staat sein mag, so entscheidend ist für sein Gedeihen die Gestaltung seiner Innenpolitik. Nicht der berechtigte Ruf nach Freiheit und Selbstbestimmung ist letzten Endes für die Beurteilung eines Volkes ausschlaggebend, sondern einzig und allein die Fähigkeit, das Selbstbestimmungsrecht auch praktisch zu verwirklichen. Österreich hat den Beweis für diese Fähigkeit schon einmal erbracht. Wer die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft von 1919 bis 1933 aufmerksam verfolgt hat, wird zugeben müssen, daß damals angesichts der tausendfachen Hemmungen eine große und bedeutungsvolle Tat gesetzt wurde.

Und doch weist die politische Entwicklung jener Zeit eine bedauerliche Bruchstelle auf, die in ihren Auswirkungen bis in die neueste Zeit herüberreicht. Ich meine damit den Zusammenbruch der Demokratie in Österreich. Dieses von jedem aufrechten Demokraten bedauerte Ereignis lag im Vorfeld einer sich im Norden und im Süden Österreichs anbahnenden und von keiner Großmacht ernstlich behinderten faschistischen Entwicklung und es kann daher mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß Österreich, auf sich allein gestellt, sich des Faschismus kaum erwehrt hätte. Aber es muß auch in aller Offenheit gesagt werden, daß der Untergang der Demokratie bei uns zu einem Großteil auch auf die Mängel, Schwächen und Auswüchse unseres demokratischen Lebens zurückzuführen war. Vor allem wurde der Fehler gemacht, daß der Parteigedanke über dem Staatsgedanken, daß das Parteiinteresse über das Volksinteresse gestellt worden ist. Anstatt daß sich die beiden großen Parteien zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen hätten, in ähnlicher Weise, wie es ja jetzt erfolgt ist, um dem lähmenden Gleichgewichtsverhältnis ein Ende zu bereiten, glaubte man der Sache besser dadurch dienen zu können, daß die weltanschaulichen, sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gegensätze in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen gestellt worden sind.

Nicht das Staatsinteresse stand im Vordergrund und auch nicht das Prestige des demokratischen Gedankens, sondern das partemäßige Interesse. Die Folge dieser Kämpfe war, daß die Wähler, von Verdrossenheit und Parteidümmigkeit erfaßt, sich abseits stellten oder aber sogar faschistischen Ideologien unterliegen mußten. So war es den autoritären Elementen ein Leichtes, die Herrschaft an sich zu reißen. Dies konnte umso leichter gelingen, als viele Kreise trotz ihrer demokratischen Einstellung im autoritären Regime immerhin eine gewisse Möglichkeit sahen, den bereits am Horizont sichtbaren Nazismus in letzter Stunde noch abzuwehren zu können. Ich erinnere dabei an die Wahlergebnisse einer sehr bewegten Zeit, in Innsbruck, Niederösterreich und Wien, wo es sich zeigte, daß der Nazismus mit Hilfe der demokratischen Rechte begonnen hatte, seine Macht sogar in den parlamentarischen Körpern und Vertretungskörpern zu entwickeln.

Ich will nicht alte schmerzhaftes Erinnerungen wachrufen, aber ich erachte es als meine Pflicht, vor einer ähnlichen Entwicklung rechtzeitig zu warnen. Wir müssen die Fehler und Mängel der Demokratie rechtzeitig erkennen und meistern. Wir müssen zunächst begreifen, daß die Freiheit dort ihre Grenzen hat,

wo das allgemeine Interesse im Frage kommt, daß sie dort aufzuhören hat, wo Gesetz, Recht, Ordnung und Sitte dies verlangen. Vor allem aber, Hohes Haus, ist es notwendig, daß die Freiheitsrechte der Demokratie dann richtig gehandhabt werden, wenn die Gefahr besteht, daß die demokratischen Grundlagen des Staatswesens bedroht und durch Unterhöhlung zum Einsturz gebracht werden könnten. Das Freiheitsideal ist sehr schön und erhehend. Aber lassen wir uns durch eine falsche, eine nicht richtig aufgefaßte Freiheitsideologie ja nicht dazu verleiten, die Totengräber des Staates und der Demokratie je wieder hochkommen zu lassen.

Wir müssen ferner begreifen, daß auch das Parteiinteresse nicht das Primat in einem demokratischen Staat haben kann, denn über dem Parteiinteresse steht das Interesse des Staates. Ein gesunder Parteiegoismus ist ebenso notwendig für die Triebhaftigkeit des öffentlichen Lebens wie eine hohe ideale und geistige Zielsetzung, verbunden mit einer gesunden Dynamik, aber jeder Radikalismus rächt sich letzten Endes und die Leidtragenden sind dabei immer die Demokratie und der Staat.

Demokratie bedeutet nicht Kompromißlosigkeit, sondern Verständigung und Ausgleich. Demokratische Lösungen scheinen nicht immer zu befriedigen, dafür sind sie von Dauer und lebenswahr. Damit müssen sich die Extremisten auf dem Gebiete der Parteipolitik abfinden, daß der demokratische Fortschritt an das Kompromiß gebunden ist, daß alles, was außerhalb dieser Linie liegt, Gewalt bedeutet und daß diese für die Demokratie immer, jedenfalls aber für die Dauer, unerträglich ist.

Endlich müssen wir begreifen, Hohes Haus, daß die Partei mehr sein muß als die Organisation der Wähler, um das Selbstbestimmungsrecht zur Geltung zu bringen und das Parteiprogramm zu verwirklichen. Der Partei obliegt auch die ebenso vornehme wie wichtige Aufgabe, auf die Staatsbürger einen ständigen erzieherischen Einfluß auszuüben. Dieser Einfluß darf sich nicht darauf beschränken, die Wähler mit dem eigenen Parteiprogramm, mit taktischen Fragen und mit modernen Werbemethoden vertraut zu machen, sie muß auch dafür besorgt sein, daß die Menschen zu wirklichen und tätigen Demokraten im praktischen und im öffentlichen Leben erzogen werden.

Die Leidenschaften zu erwecken ist einfach und billig, kämpferisch Ideen zu predigen ist keine Kunst, aber ungleich verantwortungsbewußter ist es, die Menschen mit den sittlichen Pflichten des Staatsbürgers vertraut zu machen. Die Demokratie braucht

Menschen, deren Denken im sittlichen Pflichtbewußtsein verankert ist und die fähig sind, menschlich und parteimäßig gesehen, selbständig zu denken und zu handeln. Achtung vor der ehrlichen Meinung Andersgesinnter ist ebenso notwendig wie die Vermeidung aller Kampfformen, die geeignet sind, das Zusammenwirken der Menschen unerträglich zu machen und das politische Leben zu vergiften.

Die Österreichische Volkspartei hat mit den beiden anderen demokratischen Parteien eine Arbeitsgemeinschaft geschaffen, um die schwere Zeit durch gemeinsame Arbeit und Verantwortung zu meistern. Meine Partei hat der Staatsidee stets die größten Opfer gebracht und sie ist gewillt, diesen Weg auch in Zukunft zu gehen. Die ihr von den Wählern auferlegte, mit Hintansetzung der eigenen Interessen verbundene und nicht immer anerkannte Verantwortung lehnt sie auch für die Zukunft nicht ab, aber sie muß erwarten, daß die anderen Parteien sich von gleichen Gesichtspunkten leiten lassen.

Dabei sei insbesondere der Kommunistischen Partei gesagt, daß eine Partei nicht gleichzeitig Regierungspartei und Opposition sein kann. (Beifall.) In der Regierung mitzubestimmen und ein wichtiges Ressort zu verwalten, draußen aber gegen alle Maßnahmen dieser Regierung zu agitieren, das ist als ein Vorgang zu bezeichnen, der sich mit unseren Begriffen von Demokratie nicht vereinbaren läßt. (Erneuter Beifall.)

Ebenso müssen wir der Kommunistischen Partei deutlich sagen, daß es angesichts der heutigen Situation in Österreich unverständlich ist, wenn sie in der Presse und in Versammlungen alle Mittel der Propaganda und der demagogischen Entstellung aufbietet, um die Menschen aufzuputchen und zu radikalisieren — alles nur, um zur Macht zu gelangen, um in Österreich das Heft in die Hand zu bekommen. Aber gemach, Österreich ist auf die Dauer gesehen für kommunistische Bestrebungen kein geeigneter Boden. Gegenwärtig mag es ja da und dort gelingen, scheinbare Fortschritte zu erzielen, angesichts der Not der Bevölkerung und dank gewisser parteipolitischer Flankendeckung, aber auf die Dauer wird nur der reussieren, der dem Volke nicht Steine gibt, sondern der ihm Brot reicht. (Starker Beifall.) Nur der wird bestehen, der nicht immer schöne demokratische Reden hält und demokratische Empfehlungen gibt, sondern nur der, der mit diesen demokratischen Begriffen auch die praktischen Grundsätze zu verwirklichen weiß. Die Österreichische Volkspartei hat auf dem Gebiete der Versorgung positive Arbeit geleistet und das Volk würdigt diese Arbeit. Aber für

fruchtlose und verhetzende Arbeit hat der Österreicher auf die Dauer wirklich nichts übrig.

Wenn von Neuwahlen gesprochen wird, über welches Kapitel sich der Herr Vorredner ausgebreitet hat, dann bin ich der Meinung, daß ein solches Verlangen wohl erst in Frage kommen kann, wenn Österreich den Staatsvertrag besitzt, wenn die fremden Truppen weg sind und das Volk Gelegenheit finden soll, in freier Würdigung die Arbeit der Parteien während der Besetzungsperiode zu überblicken und zu ermessen. Jetzt Neuwahlen zu machen, wäre unverantwortlich. In großer Not ruft man das Volk nicht auf. Die Zeit für Neuwahlen kommt ohne Zweifel, aber sicherlich nicht dann, wenn sie von den Kommunisten verlangt wird, sondern, wie der Herr Kanzler bereits vor einigen Tagen darzulegen Gelegenheit hatte, wenn Österreich frei ist, wenn es nicht unter psychologischem Druck steht und wenn die ausgesprochene Mehrheit des Volkes in Österreich es wünscht.

Eine wichtige innerpolitische Angelegenheit ist die Entnazifizierung. Die Befreiungsmächte streben die restlose Ausmerzung des Faschismus in jeglicher Form und die absolute Sicherung der demokratischen Staats- und Regierungsform an. Das österreichische Volk bekennt sich restlos zu diesem Grundgedanken. Auch wir wollen die Ausrottung des Nazismus mit Stumpf und Stiel, und das Parlament hat nicht gezögert, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu diesen Säuberungsarbeiten zu schaffen. In der Bevölkerung herrscht absolute Übereinstimmung in der Richtung, daß das neue Gesetz eine brauchbare Handhabe für die Säuberung bietet, um die Reinigung rasch zu Ende führen zu können. Sind wir einmal so weit, daß keinerlei Gefahr mehr droht, dann ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Zubilligung des österreichischen Staatsvertrages gegeben.

Nun sind aber fast sechs Monate vergangen, seit die Gesetzesvorlage über die Entnazifizierung von den Alliierten beraten wird. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Vorlage dort nun bald verabschiedet wird. Das österreichische Parlament hat jedenfalls seine Schuldigkeit getan und wird für eine etwa eintretende Verzögerung der Reinigung keinesfalls verantwortlich gemacht werden dürfen. Eine baldige Behandlung der Nazifrage nach dem neuen Gesetz wäre auch deshalb notwendig, weil endlich klar gesagt werden muß, wer verantwortlich ist und wer nicht. Auch muß deutlich werden, in welche Sühnegruppe der einzelne zu reihen ist.

Nach dieser Klarstellung muß aber mit den fortgesetzten Unterstellungen und Verdächtigungen Schluß gemacht werden! Es geht nicht

an, daß Menschen fortgesetzt ungerechtfertigt als Nazi und Faschisten angeprangert und denunziert werden, nur damit der Denunziant seine Rachegefühle befriedigen kann oder aber, was umso schlimmer ist, damit der Angeber, der vielleicht sogar selbst einmal Pg. war, sich persönlich bereichern kann.

Ich brauche nicht auf die vielen Beispiele einer solchen ungerechtfertigten Rachepolitik und Bereicherung hinzuweisen. Ich möchte nur meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß es in der letzten Zeit besser geworden ist. Aber je rascher das Nationalsozialistengesetz in die Tat umgesetzt wird, desto eher wird es gelingen, alle diese Mißstände zum völligen Verschwinden zu bringen.

Eine sehr wichtige innenpolitische Frage ist die Demokratisierung der Verwaltung. Ich scheue mich nicht, auch dieser Frage näherzutreten. Damit müssen wir uns vertraut machen, daß auch die Verwaltung dem Volke nähergebracht werden muß. Alle Ehre den österreichischen Beamten und der alten korrekten österreichischen Verwaltung, aber die Zeit fordert gebieterisch, daß der starke Pulsschlag der neuen Zeit auch in der öffentlichen Verwaltung im Sinne einer Zurückdrängung der bürokratischen Auswüchse spürbar wird. Die in Aussicht genommene Kommission für die Verwaltungsreform ist daher zu begrüßen. Hoffen wir, daß es ihr in nicht all zu ferner Zeit gelingt, Vorschläge zu erstatten, die mit der Verjüngung der Verwaltung und der lebensnahen Mitwirkung weiter Kreise der Bevölkerung in wichtigen Instanzen die Verwaltung verbilligen, gleichzeitig aber auch dafür Sorge tragen, daß die Verwaltung den Grundsätzen gerecht wird, die wir immer wieder vertreten haben, den Grundsätzen der Objektivität, der Korrektheit, der strengen Gesetzmäßigkeit und der Exeditivität.

Einige wirtschaftliche Fragen darf ich hier auch noch besprechen. Zunächst einige Worte zur Frage der Verstaatlichung. Die Verstaatlichungsaktion ist in Österreich grundsätzlich und dem Umfang nach vorläufig so weit gelöst, daß man von einer wirklich beachtenswerten Aktion sprechen kann.

Es ist nicht wahr, daß es sich um eine quantität negligeeable handelt, wenn man berücksichtigt, welche Zahl von Industriebetrieben von der Verstaatlichung erfaßt wurden und daß die Schlüsselindustrien eigentlich zur Gänze unter die Verstaatlichung fallen. Solange bezüglich der Freimachung der verstaatlichten Betriebe keine Fortschritte erzielt sind und hinsichtlich der Führung der übernommenen Betriebe keine Erfahrungen vorliegen, wird meines Erachtens an eine wesentliche Aus-

dehnung der Verstaatlichungsaktion über den derzeitigen Rahmen hinaus kaum gedacht werden können. Lediglich in bezug auf die Vergenossenschaftlichung von Industrien dürften noch beachtenswerte Vorschläge zur Diskussion gestellt werden. Ich hatte schon im Finanzausschuß Gelegenheit zu erklären, daß insbesondere die Landwirtschaft einer solchen Aktion sympathisch gegenübersteht.

Eine zu weitgehende Ausdehnung der Staatsbetriebe wird mit Recht auf Bedenken stoßen, weil tiefgehende Eingriffe in die Sphäre der Wirtschaft keine Übereilung vertragen. Vor allem soll Zeit gewonnen werden, um nicht nur unsere Erfahrungen mit der Staatswirtschaft zu sammeln, sondern auch um zu sehen, welche Fortschritte in jenen Ländern erzielt werden, die sich zu einer umfassenden Verstaatlichung entschlossen haben. Wir sind meines Ermessens zu arm, um ungewisse Experimente im jetzigen Zeitpunkt wagen zu dürfen.

Der freie Wettbewerb zwischen der staatlichen und der privaten Produktionsmethode soll zeigen, wer mehr leistet. Entscheidend ist letzten Endes immer die bessere Leistung. Ist auf Grund des gesunden Wettbewerbes viel produziert worden, dann gibt es auch mehr zu verteilen. Ein tragbarer Ausgleich ist immer zu finden, wenn genügend Ware vorhanden ist. Es ist besser, man sichert auf der Grundlage der freien Konkurrenz eine große Produktivität und beteiligt die Arbeiter mit höheren Reallöhnen, als daß ein minderleistungsfähiger Staatsbetrieb zu Staatszuschüssen oder Lohnkürzungen zwingt.

Der Staat soll zuerst beweisen, daß er fähig ist, unter gleichen Bedingungen mit der freien Unternehmerinitiative zu konkurrieren. Abgesehen davon ist immer wieder zu sagen, daß selbst sozialistische Schriftsteller vor der staatlichen Führung von Industriebetrieben gewarnt haben, da die Bürokratisierung zur Produktionsverteuerung neigt und schließlich auch eine weitgehende Vernichtung des Staatsapparates befürchtet werden muß.

Es war durchaus kein ungeschickter Gedanke, den Versuch zu unternehmen, die Arbeiter und Angestellten im Wege der Werksgenossenschaften am Betriebe und an dessen Ertrage zu beteiligen. Die Meinungen zu diesem Punkt mögen geteilt sein, aber es ist notwendig, daß man auch die positiven Leistungen einer solchen Vergenossenschaftung aufzeigt. Ich will mich nicht näher mit diesem Gegenstand beschäftigen, aber feststellen, daß die Verstaatlichung für den Arbeiter nicht unter allen Umständen einen Fortschritt bedeuten muß. Ein Fortschritt für den Arbeiter ist gegeben, wenn er bes-

sere Existenzbedingungen und einen höheren Reallohn erreicht. Ob es aber der private Unternehmer ist oder der vom Staate eingesetzte Verwaltungsrat, bleibt für den Lohnarbeiter ziemlich gleichgültig, denn er hat immer durch den Betriebsrat und die Gewerkschaft den entsprechenden Einfluß auf die Gestaltung seiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Die Werksgenossenschaft will dem Arbeiter einen größeren Anteil an dem Ertrage des Unternehmens sichern. Auf diese Art soll der Verelendung und Ausbeutung Einhalt geboten werden. Etwaige Gegengründe, die man zweifelsohne finden kann, werden mit dem Hinweis beantwortet werden müssen, daß ja auch die sogenannte Vergesellschaftung, wie sie Dr. Bauer in seiner Broschüre über den Weg zum Sozialismus aufzeigt, nichts anderes bedeutet, als die Anteilnahme der im Betriebe schaffenden Arbeiter und Angestellten an dem Ertrage des Unternehmens.

Ich frage mich, worin besteht denn der Unterschied? In einem Fall ist durch die Werksgenossenschaft die Beteiligung am Betrieb und auch das Eigentum geregelt. Im Wege der Vergesellschaftung wird zwar eine etwas andere Form vorgeschlagen, aber dem Wesen nach kommt es immer auf dasselbe hinaus. Wenn also an dieser Art der Werksgenossenschaft Kritik geübt wird, dann richtet sich die gleiche Kritik auch gegen die von Dr. Bauer seinerzeit vorgeschlagene Vergesellschaftung der Unternehmungen.

Mit der Verstaatlichung hängt die Planung innig zusammen, weil öffentliche Unternehmungen nur auf der Grundlage der Planung gestaltet und betrieben können. Die Privatwirtschaft hat in der abgelaufenen Zeit keineswegs planlos gewirtschaftet. Sehen wir uns nur um. War es Planlosigkeit, wenn Industrien räumlich, technisch und organisatorisch neu erstanden sind, wenn Industrien neu errichtet worden sind, wo es die Verkehrsverhältnisse, wo es die Rohstoffvorkommen erheischt haben. War es Planlosigkeit, daß die verschiedenen Produktionen im Hinblick auf die notwendige Bedarfsdeckung, auf die notwendigen Forderungen des Exportes zustande gekommen sind? Keineswegs. Oder war es Planlosigkeit, wenn die steirische Industrie im Anschluß an den Erzberg sich sowohl dem Mürztal entlang als auch dem oberen Murtal entlang entwickelt hat, also in organischer Anlehnung an die Rohstoffgewinnung sich entwickeln konnte, die durchaus Planmäßigkeit und vorausschauende Zielstrebigkeit verrät? Es ist also nicht ganz genau so, daß die Privatwirtschaft unter allen Umständen planlos ist. Aber eines muß ich zugeben: der Einwand, daß die Privatwirtschaft

gegen den Rhythmus von Krise und Konjunktur weniger fest ist als etwa die geplante und gelenkte Wirtschaft, dürfte zutreffen. Diesen Einwand will ich gelten lassen, möchte aber ausdrücklich feststellen, daß auch die Privatwirtschaft die Fähigkeit aufweist, sich gegen solche Schwankungen in der Konjunktur zur Wehr zu setzen.

Wenn wir trotzdem die Notwendigkeit einer Planung anerkennen, so deshalb, weil der Sektor der Staatsbetriebe nunmehr an Bedeutung gewonnen hat und weil eben in die Planung der Schlüsselindustrie vielfach auch die Gestaltung der Privatindustrie einbezogen werden muß. Dies wird geschehen. Dabei wird als selbstverständlich angenommen, daß bei allen Planungsmaßnahmen die Vertreter der Privatwirtschaft zur entscheidenden Mitwirkung heranzuziehen sind und daß weniger auf Anordnungen, Weisungen und Gewalt Wert gelegt wird, wie auf einvernehmliches Planen und Lenken. Die Vorarbeiten für die Planung sind im Zug. Es ist nicht richtig, daß der Ressortminister für die Planungsfrage kein Verständnis besitze oder gar ein Gegner der Planung sei, wie hier in der Debatte ausgeführt worden ist. Im Gegenteil, er ist es, der wiederholt bei Diskussionen für den Planungsgedanken eine Lanze eingelegt hat und trachtete, durch kritische Behandlung dieses Gegenstandes zu klarer Erkenntnis zu kommen, damit Fehlschläge vermieden werden können. Er ist nicht ein Planungswirtschaftler aus Liebhaberei für die Sache, weil heute vielfach ein spielerischer Drang dazu besteht, diesem Schlagwort nachzugeben, sondern er ist ein Mann, der aus gewissenhafter Überlegung bemüht ist, hier einen Fortschritt herbeizuführen.

Jedenfalls muß aber eines noch festgestellt werden: Wenn geplant wird — das unterstreiche ich nochmals — sollte man immer im Einvernehmen mit der Privatwirtschaft vorgehen. Nur auf diese Art und Weise ist eine restlose Mitwirkung der Inhaber der Privatwirtschaft gewährleistet und nur auf diese Weise wird der Grundgedanke der Freiheit der Planung gewahrt werden können, jener Grundgedanke, der durch die Demokratie gewährleistet ist und von dem wir annehmen, daß er nicht allein in politischen sondern auch in wirtschaftlichen Sachen Anwendung zu finden hat.

Es sei mir noch gestattet, kurz zu einigen wichtigen Problemen der Versorgungswirtschaft und der Landwirtschaft Stellung zu nehmen. Wenn die Landwirtschaft die Aufgabe hat, die heimische Versorgung durchzuführen, dann ist am Gedeihen der Landwirtschaft und an der Produktionsförderung aus der heimischen Scholle jeder einzelne im

höchsten Maße interessiert. Die österreichische Statistik weist einen ständigen Rückgang der am flachen Lande wohnenden Bevölkerung und damit einen Rückgang der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen auf. Im Mittel sind heute noch rund ein Drittel der Menschen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Wenngleich die Struktur optisch durch die Bundeshauptstadt stark beeinflusst wird, so ist doch der Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung als bedenklich zu bezeichnen. Wenn Industrie, Handel, wenn das Heer der Angestellten und Beamten im bisherigen Ausmaße zunehmen und die Landbevölkerung im gleichen Ausmaße zurückgeht, sind nicht allein soziale und funktionelle Störungen im Staate zu gewärtigen, sondern es droht eine schwere Beeinträchtigung der Versorgung der Stadt- und der Industriebevölkerung.

Wer soll den vielen Menschen das Brot schaffen, wenn alle das flache Land verlassen und der Scholle untreu werden? Man wird darauf antworten: Na ja, natürlich die Industrie, der Handel, der Fremdenverkehr, die Bankenwirtschaft, die Devisenwirtschaft, und so weiter. Darauf habe ich nur zu antworten, daß wir bei der Ordnung unserer Bedarfsdeckung immer darauf Rücksicht nehmen müssen, daß wir auch in die Lage versetzt werden, in Zeiten großer Ereignisse durchzuhalten. Was soll in der Versorgung geschehen, wenn aus irgendwelchen Ursachen heraus der Verkehr mit dem Auslande erschwert oder unterbunden ist? Was soll geschehen, wenn die Versorgung aus dem Auslande unterbunden erscheint? Wir dürfen nicht wieder Gefahr laufen, daß wir vor die Wahl gestellt werden, in der Welt um Almosen zu betteln oder zu verhungern — eine Situation, die wir ja gerade jetzt nach dem zweiten Weltkrieg über uns haben ergehen lassen müssen. Was uns not tut, ist die Ausdehnung unserer Ackerkultur, damit eine größere kalorienmäßige Produktion erzielt wird. Ich sage ausdrücklich kalorienmäßige Produktion. Was wir weiter nötig haben, ist die Intensivierung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung. In Bezug auf die Ausdehnung des Getreidebaues und des Hackfruchtbaues sind uns im letzten Krieg die Schweiz und England mit gutem Beispiel vorgegangen.

Um zunächst bei England zu verweilen, und zwar handelt es sich um England und Wales, so gelang die Ausdehnung des Ackerlandes dort in vollem Ausmaße. Im Jahre 1939 gab es dort 1,629.000 Hektar Ackerland, im Jahre 1943 3,091.000 Hektar. Selbst im Jahre 1946 wurden noch 2,691.000 Hektar unter dem Pflug gehalten. Der Weizenbau

wurde trotz der Ungunst des Klimas mehr als verdoppelt. Die Kartoffelanbaufläche stieg von 184.000 Hektar im Jahre 1939 auf 409.000 Hektar im Jahre 1946 und selbst der Zuckerrübenanbau ging in der gleichen Zeit von 142.000 auf 172.000 Hektar hinauf.

In der Schweiz betraute man Professor Wahlen mit der Vermehrung der Ackerfläche und mit der Produktionssteigerung. Die konsequente und zielbewußte Durchführung der Aktion Wahlen führte zu einer Steigerung der gesamten kalorischen Inlandsproduktion von 2070 Millionen Kalorien in den Jahren 1934/36 auf 3248 Millionen im Jahre 1944. Die tierische Erzeugung ging infolge ihrer geringen kalorischen Ergiebigkeit von 1619 Millionen Kalorien auf 1251 Millionen zurück, während die pflanzliche Produktionsleistung von 929 Millionen Kalorien auf 1927 Millionen anstieg. Die Ausdehnung des offenen Ackerlandes, wie man sich in der Schweiz auszudrücken pflegt, stieg von 209.000 Hektar auf 365.000 Hektar im Jahre 1941/42. Bei 500.000 Hektar hätte die Schweiz sogar die Selbstversorgung erreicht, aber dazu lag keine Nötigung vor und auch betriebs- und volkswirtschaftliche Bedenken konnten gegen eine solche Anspannung des Ackerbaues geltend gemacht werden. Immerhin will man in der Schweiz — und das ist bezeichnend — bei einer Ackerfläche von 300.000 Hektar stehen bleiben, um so eine breitere eigene Versorgungsbasis aufrechtzuerhalten. Man beabsichtigt, dafür die Rinderhaltung und Schweinehaltung entsprechend einzuschränken.

Was die Schweiz auf dem Gebiete der Ausdehnung des Ackerbaues erreicht hat und welche ausreichende Mittel sie dabei anwendete — ich erinnere nur an den Arbeitseinsatz, an das industrielle Anbauwerk und die großzügige Silowirtschaft —, verdient unsere besondere Beachtung.

Auch wir werden uns dazu entschließen müssen, in dieser Richtung systematisch vorzugehen und uns nicht nur auf die generelle Anordnung einer Vermehrung des Getreidebaues zu beschränken. Wenn also hier die geforderte Planung einer geänderten und erweiterten landwirtschaftlichen Produktion ins Auge gefaßt wird, so wird es sich in der Hauptsache vor allem darum handeln, zu erwägen, ob und in welchem Ausmaße das Ackerland erweitert werden kann, welche Früchte gemäß der Bodenbeschaffenheit, dem Klima, dort zu bauen sind, welche kalorischen Mehreffekte zur Sicherung der heimischen Ernährung erzielt werden sollen, und natürlich in weiterer Folge, in welchem Maße dann die Viehzucht und auch andere Zweige der Landwirtschaft einzuschränken wären.

Wie steht es nun in Österreich mit der Anbaufläche? Die Statistischen Monatshefte sagen uns, daß in Österreich der Umfang des Ackerlandes vom Jahre 1937 bis zum Jahre 1946 von 1.976.000 Hektar auf 1.627.000 Hektar, also um 18 Prozent gesunken sind, während die Wiesenfläche um 14 Prozent von 928.000 Hektar auf 1.058.000 gestiegen ist. Ferner sagt uns die Statistik, daß die Weidefläche im gleichen Zeitraum um 9 Prozent zugenommen hat. Wir finden also das Phänomen vor, daß die Grünlandwirtschaft an Ausdehnung gewonnen, die Ackerfläche aber an Ausdehnung verloren hat. Dabei ist noch nicht die große Anzahl von Fällen berücksichtigt, wo Kulturgrundstücke überhaupt der Landwirtschaft entzogen worden sind, weil sie für Flugplätze, Lager, Eisenbahnen, Straßen und so weiter herangezogen worden sind. Die Weizenanbaufläche ging in Österreich um 20 Prozent, die Roggenanbaufläche sogar um 36 Prozent zurück. Soll man sich angesichts solcher Tatsachen wundern, wenn die Eigenversorgung auf Schwierigkeiten stößt? Also Steigerung der pflanzlichen Eigenproduktion muß unsere Lösung sein. Je mehr wir uns aus der eigenen Erzeugung die Bedarfsdeckung sichern, desto weniger brauchen wir von außen zuführen und desto gesicherter und kontinuierlicher kann die Versorgung im Inland gestaltet werden. Daß eine solche Maßnahme von einer Reihe von Aktionen begleitet sein muß, ist selbstverständlich. Ich verweise dabei auf die notwendige Technisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft, auf die intensivste Düngung, auf die Förderung der Fabrikation von künstlichen Düngemitteln, auf die Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten und Schädlinge, auf die Züchtung hochwertigen Saatgutes und so weiter.

Man wird vielleicht fragen, warum ich nicht die sogenannte Bodenreform als Mittel für eine erleichterte Inlandsversorgung erwähne. Darauf kann ich sagen, daß die Bodenreform, die man bei uns eigentlich richtigerweise als Siedlungswesen bezeichnen müßte, wohl ein Mittel darstellt, um die Bevölkerungsdichte am Lande zu steigern, um der Leutenot zu begegnen, die Intensität der Bodenbewirtschaftung und Viehwirtschaft zu steigern, und um noch weiterzugehen, kann man auch sagen, daß durch die Besitzaufteilung, durch die Bodenreform die sozialen Spannungen gemildert werden könnten; aber gerade in der Frage der besseren Versorgung der Städte und Industriearbeiter sowie der Stadtbevölkerung und der Arbeiter in den Fabriken hilft uns keine wie immer geartete Bodenreform weiter. Im Gegenteil, je mehr aufgeteilt wird und die durchschnittliche

Besitzgröße heruntergesetzt wird, desto geringer wird jener Anteil aus den Erträgen der Landwirtschaft ausfallen, der über die Selbstversorgerquote der Konsumbefriedigung zugeführt werden kann. Je mehr Kleinbesitz, desto geringer die Marktbeschickung und desto größer ist der Selbstverbrauch in der Landwirtschaft pro Flächeneinheit. Das müssen wir uns vor Augen halten, denn heute handelt es sich in erster Linie um das Problem der Versorgung unserer Städte und Industrieorte. Wohin kommen wir — trotz der guten Wirkung der Bodenreform nach einer anderen Richtung hin —, wenn das Leistungsvermögen der Landwirtschaft in anderer Hinsicht beeinträchtigt wird, wenn im Wege einer Besitzverkleinerung der Eigenverbrauch auf dem Lande gesteigert, der Überschuß für den Markt aber herabgesetzt wird? Man möge doch angesichts der heutigen schwierigen Lage auf diese Tatsache Rücksicht nehmen. Wenn schon die absolut objektiven Ansichten unserer Agrarpolitiker nichts gelten, dann möge man doch einmal in jene Länder hinüberschauen, die es versucht haben, auf dem Wege der Bodenreform und der Besitzverteilung zu einem Fortschritt zu kommen — aber nicht von der Eisenbahn aus, wie kürzlich kritisch bemerkt worden ist —, sie mögen hingehen und nachsehen, zu welchen Ergebnissen die Bodenreform geführt hat, und sie werden sehen, daß es unsinnig und nicht zu verantworten ist, wenn in der jetzigen schwierigen Zeit solche Experimente gemacht werden, in einer Zeit, wo man schauen muß, daß die Versorgung der heimischen Bevölkerung gebessert wird.

Wenn wir nunmehr in Zusammenhang mit dieser Frage noch einem anderen Punkt unsere Aufmerksamkeit schenken wollen, ist es zunächst einmal die Frage der Ablieferung. Wir stehen restlos auf dem Standpunkt, daß es Aufgabe der Landwirtschaft ist, alle jene Erzeugnisse, die sie für die Versorgung des eigenen Personals und der eigenen Wirtschaft nicht benötigt, die auch für Saatgut zwecke nicht erforderlich sind, dem Konsum zuzuführen.

Es wäre ungerecht und hart, wenn eine andere Ansicht vertreten werden würde. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß das jetzige Ablieferungssystem mit dem Grundsatz einer einfachen, billigen und wirksamen Aufbringung nicht recht zu vereinbaren ist. Ich verweise darauf, daß eines der Grundelemente unserer Wirtschaft die Freiheit im Wirtschaftsbetrieb ist. Wenn die Aufbringung darauf basiert, daß fortgesetzte Kontrollen stattfinden, daß die Räume durchsucht werden, daß die Menschen mit Strafen bedroht

werden, dann prophezeie ich Ihnen, daß ein solches System auf die Dauer kaum geeignet sein wird, die Produktionsfreudigkeit und Lieferfreudigkeit zu heben. Wir müssen es daraufhin abstellen, daß der Bauer gerne liefert, daß er aber auch trachtet, möglichst viel abzuliefern. Das werden wir nur erreichen, wenn wir ihm die Selbstversorgung der Wirtschaft überlassen, sie nicht zu sehr beeinträchtigen, und wenn wir im übrigen das ganze Ablieferungswesen auf das Prinzip der Kontingentierung abstellen. (Beifall.)

Es war ein unglückseliges Beginnen, daß man zunächst einmal die Selbstversorgung unserer Bauernschaft eingeschränkt hat. Bei den Kollektivverträgen wird ohneweiters festgelegt, daß der Bauer dem landwirtschaftlichen Arbeiter pro Versorgungsperiode 20 kg Mehl zu geben hat. Für den Bauer und sein sonstiges Gesinde waren ursprünglich 13 kg Brotgetreide vorgesehen. Diese 13 kg Getreide sind nun auf 11 kg herabgesetzt worden. (Ruf: Von den Alliierten!) Wenn Sie eine verhältnismäßig hohe Ausmahlung kalkulieren, dann kommen Sie immer noch auf weniger als 10 kg Mehl.

Ich frage Sie, mit welcher Berechtigung wird in der Landwirtschaft eine solche Differenzierung herbeigeführt und mit welchen Aussichten auf Erfolg glaubt man, mit solchen Methoden die Lieferfreudigkeit heben zu können? (Ruf: Da müssen Sie die Alliierten fragen!)

Wenn die Alliierten eine diesbezügliche Vorschrift erlassen haben, so kann ich nur erklären, daß hier die Ausführungen meines Vorredners Dr. Koref zutreffen, daß wir mit Festigkeit auf einmal richtig erkannten Entschlüssen beharren müssen und daß es unsere Aufgabe ist, wenn schon einmal ein Fehler gemacht wurde, den Alliierten diese Frage vorzulegen und zu veranlassen, daß dieser Fehler behoben wird. Im übrigen, so wenig Verständnis diese Herabsetzung der Quote erkennen läßt, so wenig scheint auch in den Kreisen des Ernährungsministeriums Verständnis für die Bedürfnisse der Landwirtschaft zu obwalten.

Ich habe hier einen Erlaß vom 22. November 1946, gezeichnet von einem Beamten des Ernährungsministeriums, in dem die Frage der Ermittlung des Fleischgewichtes und der Ablieferungsmenge von Fleisch zum Gegenstand einer Weisung gemacht wird. Hier heißt es zunächst einmal (liest): „Die Kontrolle der Hausschlachtung wird durch die Gesamtheit der Gemeindeangehörigen vorgenommen werden.“ Also nicht von den amtlichen Organen, die entsendet werden, von den Fleischbeschauern, Tierärzten und Aufbringungsgorganen, auch nicht von einem Gemeinde-

organ, sondern „von der Gesamtheit der Gemeindeangehörigen“. Ferner wird hier gesagt, daß dann die Durchschrift über die Ergebnisse der Hausschlachtungen auf der Gemeindetafel öffentlich anzuschlagen ist. (Rufe: Hört!) Dadurch wird erreicht, heißt es weiter, daß einseitige Bevorzugungen nicht möglich sind, da die Dorfbewohner schon aus egoistischen Gründen darauf sehen würden, daß niemand bevorzugt wird. Aber das Beste kommt noch. Hier heißt es wörtlich (liest): „Da es in jeder Gemeinde irgendwelche Spannungen, sei es auf politischem Gebiet, sei es rein persönlicher Natur, gibt, so ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß kein Wieger und kein Bürgermeister es wagen wird, große Gewichtsabsetzungen vorzunehmen, da er dadurch einer viel zu großen Entdeckungsgefahr ausgesetzt würde.“

Man nützt hier also die kleinen und großen Spannungen aus, wie sie mehr oder weniger natürlich in jedem Dorf gegeben sind, um die Bauernschaft zu kontrollieren, um sie zu bespitzeln, und natürlich auch Verdächtigungen auszusetzen. Ich warne vor solchen Methoden; sie erinnern zu sehr an die Organisation der Dorfarmut, die dann die Aufgabe gehabt hat, die Seredeijaken und die Kulaken zunächst einmal zu beaufsichtigen und sie später natürlich zu depossedieren. Das sind so Anfangsmethoden, die wir nicht gut heißen können, und zwar auch schon deshalb nicht, weil wir Wert darauf legen, daß bei allen Aufbringungsmethoden die Würde, das Ansehen und auch das Freiheitsbedürfnis des Bauernstandes gewahrt werden. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Hohes Haus! Wenn ich nun über das System der Kontingentierung gesprochen habe, dann verweise ich darauf, daß die Kontingentierung wahrscheinlich für die Marktbeschickung einen größeren Ertrag ergeben wird als die engherzige und kontrollierte Bemessung der abzuliefernden Mengen, und zwar deshalb, weil der Bauer vor allem selbst weiß, wieviel er abzuliefern hat. Er kann seine Wirtschaft und seine Produkte schon von vornherein auf diese Lieferungsverpflichtung abstellen. Er wird die Menge ja auch abliefern und seine Lieferpflicht erfüllen, weil er froh ist, daß er dann einmal die Aufsicht und Sekkatur los wird und frei walten und schalten kann mit dem, was ihm verbleibt. Zudem, Hohes Haus, hat das Kontingentsystem den Vorteil, daß ein allfälliger Mehrertrag dem Landwirt verbleibt. Er gewinnt also ein Interesse daran, mehr zu erzeugen, weil er weiß, daß das, was mehr erzeugt worden ist, seiner Wirtschaft und seiner Versorgung zugutekommt. Ich glaube, daran sind wir alle interessiert.

Und noch mehr! Schauen Sie, der Bauer bekommt keine Zuweisungen. Die städtische Bevölkerung in den Industrieorten, die Jugend, die Greise und die Spitäler erhalten alle möglichen Sonderzuteilungen. Das ist draußen am Lande nicht der Fall. Der Bauer bekommt ja nicht einmal die notwendigen Bedarfsgegenstände für seinen Wirtschaftsbetrieb zu kaufen. Wie soll er sich nunmehr seine Hilfsmittel sichern, wenn er ordentlich wirtschaften will? Das kann er leider natürlich nur in der Form tun, daß er in einem gewissen Umfang auch über die Erzeugnisse seiner Wirtschaft verfügt, die er im Tauschwege gegen solche Hilfsmittel verwenden kann. Es ist sicherlich besser, wenn man die ganze Wirtschaft mit Geld abwickelt, aber wenn es mit Geld nicht möglich ist, dann ist es immerhin besser, der Tauschverkehr wickelt sich in Naturalien ab als mit Hilfe des Geldes, bei dem ja sogar exorbitante Preisüberschreitungen notwendig werden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man mit der Kontingentierung in der Lage sein wird, eine gewisse Erleichterung in dem Sinne zu schaffen, daß der Ablieferungserfolg von dieser Umgestaltung unseres Systems letzten Endes nur profitieren kann.

Nachdem ich eine der wichtigsten mit der Produktionsförderung und mit der Ablieferung im Zusammenhang stehenden Fragen berührt habe, erübrigt nur noch, daß ich einige Worte über das ländliche Arbeiterwesen verliere.

Das Landarbeiterproblem ist schwieriger und komplizierter, als gemeinhin angenommen wird. Gewiß spielen die Erwerbs- und Arbeitsverhältnisse auf dem Lande eine wichtige Rolle. Gewiß wird die Landflucht begünstigt durch unbefriedigend gelöste Fragen der Lohnpolitik, durch unzureichende Wohnungsverhältnisse, vielleicht auch durch unzureichende Maßnahmen auf dem Gebiete der Fürsorgepolitik, des Arbeitsrechtes und des Arbeiterschutzes und vielleicht auch durch Erschwerung des sozialen Aufstieges.

Hohes Haus! Aber wie erklärt man sich dann die Erscheinung, daß die Auswanderung und die Abwanderung vom flachen Land auch dann noch fort dauert, wenn allen Ansprüchen der Landarbeiter Rechnung getragen worden ist? Ich denke dabei an Dänemark, wo man darüber klagt, daß trotz weitestgehender materieller und sozialpolitischer Besserstellung der Landarbeiter der Zuzug in die Stadt und zur Fabrik auch weiterhin andauert. Kino, Theater, Volksbildungs- und Sporteinrichtungen, gesellige Veranstaltungen und Einrichtungen aller Art stehen den Menschen dort am flachen Lande zu Gebote, aber die Anziehungskraft des

städtischen Lebens, der massierten Volksgruppen mit ihren Freuden und Leiden, mit ihren Freiheiten und Lasten ist nicht geringer geworden.

Wir haben es mit einem Phänomen zu tun, das letztlich auf einen latenten Trieb zurückzuführen ist, der sich bemerkbar macht, seit die Menschheit besteht, und sich in allen Zeiten der Geschichte durchsetzte. Das ist der Trieb zum Massenleben, der Hang zu einer vermeintlichen Freiheit und die Flucht vor der schweren Arbeit und aus der Einfachheit und Bescheidenheit der ländlichen Verhältnisse.

Ungeachtet dieser Tatsachen muß alles getan werden — und zwar nicht allein von der Gesetzgebung und Verwaltung, sondern auch und insbesondere von Seiten der Bauernschaft selbst —, um die materielle Lage der Landarbeiter zu verbessern. Der Bauer muß auf dem Wege einer wirksamen Preis- und Marktpolitik dazu befähigt werden, die Landarbeiter ordentlich zu entlohnen und ebenso ordentlich zu versorgen. Er muß auf diesem Wege auch befähigt werden, die Wohnverhältnisse zu verbessern, um die Landarbeiter sesshaft zu machen und alle Lasten zu tragen, die ihm eine zeitgemäße soziale Fürsorge und ein modernes Arbeiter- und Arbeiterschutzgesetz auferlegen. Er muß auch aus eigenem Antrieb bemüht sein, das traditionelle Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufrechtzuerhalten und zu vertiefen, das auf der naturgegebenen Arbeits- und Schicksalsgemeinschaft zwischen Bauern und Arbeitern beruht.

Darüber hinaus muß durch ein den ländlichen Verhältnissen angepaßtes Bildungswesen, durch eine Hebung der fachlichen Qualifikation, durch die Pflege des ländlichen Sport- und Gesellschaftslebens und nicht zuletzt durch eine vernünftige Freizeitgestaltung getrachtet werden, die Masse der Landarbeiter zufriedenzustellen und sie gegen die Lockungen der Stadt und ihrer Kultur widerstandsfähig zu machen.

Es ist nicht so, wie Herr Abgeordneter Schneberger meint, daß das angeblich unzureichende ländliche Arbeiterrecht die Landflucht herbeiführt. Nein, es ist die Gesamtheit der Ursachen, die hier zusammenwirkt. Daher muß bei der Lösung der Landarbeiterfrage immer wieder aufgezeigt werden, daß die Gesamtheit der in Frage kommenden Abwehrmittel ins Auge zu fassen sei. Wenn es auf diese Weise nicht gelingen sollte, das Problem zu meistern, wird sich noch ein weiteres hinzugesellen müssen, nämlich die Gesamteinstellung zum

Landleben, zur Landarbeit und nicht zuletzt zum Begriff des Bauernstandes zu bessern.

Wir brauchen dringend eine gerechte und vernünftige Einstellung zum flachen Lande und zu seiner wirtschaftlichen und kulturellen Sonderstellung. Es ist notwendig, zu erkennen, daß das flache Land ein organischer Bestandteil des Ganzen ist, ohne den die übrigen Teile nicht leben können, und daß sie allmählich verdorren müßten, wenn dieser Zweig der Gesamtwirtschaft nicht lebensfähig erhalten bleibt. Das Prinzip der Solidarität zwischen Stadt und Land, zwischen der Landwirtschaft und den übrigen Berufsgruppen darf kein leerer Begriff bleiben. Nur durch das Zusammenwirken aller Berufsgruppen werden wir imstande sein, uns gegenüber den vielfachen Hemmungen eines modernen technischen Zeitalters durchzusetzen. Österreich braucht mehr Verständnis und Förderung der Wirtschaft und Kultur des flachen Landes und des Bauerntums, das immer noch eine der stärksten Stützen eines jeden Volkes und Staates war.

Wenn heute in der Debatte gesagt worden ist, die Politik der Österreichischen Volkspartei sei in der Hauptsache darauf gerichtet, die Interessen des Landes, der Landwirtschaft und des Bauerntums zu stützen und zu fördern, so kann ich der österreichischen Regierung zu dieser Einstellung und zu diesen Bemühungen nur aufs herzlichste gratulieren. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.) Auf diese Weise fördert sie die Gesamtinteressen am besten. Ich habe kein Verständnis dafür, daß man einer Partei die Förderung eines so wichtigen Standes nachsagt, ebensowenig Verständnis hätte ich dafür, wenn man etwa der Sozialistischen Partei die nachhaltige Vertretung der Arbeiterinteressen übel auslegen würde. In dem Zusammenwirken aller Teile des Volkes liegt die Gewähr unseres Aufstieges und die Gewähr dafür, daß wir die schwere Zeit überdauern.

Hohes Haus! Es ist selbstverständlich, daß die Österreichische Volkspartei als die stärkste Partei in diesem Hause, die in der Hauptsache die Verantwortung zu tragen hat, für diesen Voranschlag stimmt. Sie kann dies mit umso erhebenderen Gefühlen tun, als dieser Voranschlag zweifellos wieder als ein Meilenstein zu bezeichnen ist in der Richtung der Kräftigung und Förderung unseres Staates, in der Richtung der Freimachung und Unabhängigkeit unserer Republik Österreich. (Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Abg. **Kapsreiter:** Hohes Haus! Die Einbringung des Budgets ist ein neuer Mündigkeits-

beweis Österreichs. Möge die Welt hellhörig genug sein, auch dieses Zeichen zu hören, diesen Mahnruf an die Großen Vier, eine durch nichts mehr begründete Vormundschaft endlich aufzuheben. In der Generaldebatte sollte es nur möglich sein, cursorisch und durch einzelne Blitzlichter zu dem komplizierten Problem des Budgets Stellung zu nehmen. Lassen Sie mich in diesem Sinne einige Ausführungen zur Sprache bringen.

Das Budget ist in die laufende Gebarung und in den außerordentlichen Aufwand gegliedert. Es mag dahingestellt bleiben, ob es sich bei dieser Gliederung des Budgets um eine Sitte oder eine Unsitte handelt. Jedenfalls ist festzustellen, daß, wenn irgendwann die Aufstellung einer außerordentlichen Rechnung berechtigt scheinen kann, es in diesen außerordentlichen Zeiten der Fall ist, die wir vor uns haben. Dadurch kann am einfachsten der Welt bewiesen werden, wie gut und geregelt es um unsere Staatswirtschaft unter normalen Verhältnissen bestellt wäre.

Wenn wir die einzelnen Posten des Budgets flüchtig überblicken, fällt uns vorerst die Einsetzung eines relativ hohen Betrages von 125 Millionen für Zwecke der Staatsschuld auf. Es mag dahingestellt sein, ob dieser Posten vor Abschluß eines Staatsvertrages schon fundiert ist, doch sprechen viele Überlegungen und auch Wünsche der Alliierten für diese Vorsorge.

Das nächste Kapitel beinhaltet die dornenvolle Frage des Finanzausgleiches. Wir freuen uns, zu hören, daß gerade jetzt Verhandlungen zwischen den Vertretern der Länder und Städte und dem Finanzminister begonnen haben, und würden uns freuen, wenn eine einverständliche Einigung erzielt werden könnte. Es darf nicht übersehen und kann nicht genug unterstrichen werden, daß es sich hier um einen Kardinalpunkt von eminenter Wichtigkeit für unser ganzes Staatsgefüge handelt. Es geht nicht an und ist der föderalistischen Idee unseres Gesamtstaates unwürdig, daß die Länder als Bittsteller auf Zuweisungen des Bundes angewiesen sind, statt über eigene feste Erträge, respektive Ertragsanteile zu verfügen. Nicht weniger wichtig wird es aber sein, Sicherungen einzubauen, um gleichmäßige Durchführung aller Besteuerungen und aller Steuerarten in den Ländern und Städten zu gewährleisten. Wir würden sonst künstlich neue Wirtschaftszonen schaffen und sinnlose Betriebsbehinderungen oder Begünstigungen, ja Betriebverlagerungen provozieren.

Das Kapitel Pensionen hat schon im Finanz- und Budgetausschuß große Sorgen

bereitet, nicht nur wegen der beängstigenden Höhe der Gesamtauslagen aus diesem Titel, sondern auch weil wir trotz allem bemüht bleiben wollen, die Diener des Staates würdig zu versorgen und besonders bei der Umleitung vom deutschen auf das österreichische Pensionsrecht Härten für kleine Bezüge zu vermeiden. Wiederum wurde der Standpunkt wiederholt, daß es nie mehr zu einer neuerlichen Trennung zwischen Alt- und Neupensionisten kommen darf.

Nun zum Bundeskanzleramt. Beim Bundeskanzleramt ressortiert der neue Dienstpostenplan, eine Meisterleistung der Staatsverwaltung, die wir nur respektvollst quittieren können. Leider finden wir bei genauerer Überprüfung, daß von den Dienstposten der höchsten Rangklasse nicht weniger als 90 Prozent auf die Wiener Zentralstellen entfallen und nur 10 Prozent auf sämtliche Landeshauptstädte zusammengekommen. Es ist klar, daß darob in den Ländern Befremden entstanden ist und keine Steigerung der Arbeitslust unserer Beamten. Wir sind nicht gegen eine zentrale Leitung der Verwaltung durch die Ministerien in Wien, im Gegenteil, wir begrüßen sie und bejahen sie aus vollem Herzen, weil wir Österreich bejahen, aber wir sind der Meinung, daß ein Großteil der Verwaltungsgeschäfte zweckmäßiger von den Ländern durchgeführt würde, nicht aus föderalistischen Gründen, sondern weil diese Arbeiten durch die Länder volksnäher und besser besorgt werden können. Andererseits wird die Tätigkeit und das Ansehen der Ministerien, ihre Aufgabe der obersten Kontrolle, ihre freie Sicht, durch die Belastung mit Verwaltungsaufgaben sekundärer Natur nur getrübt. Wir wissen, daß es sich hier nicht um Veranlassungen des Bundeskanzleramtes handelt, aber wir müssen unsere Bedenken an dieser Stelle vorbringen und hoffen, daß die Verwaltungsreform, die ja durch die Anträge Ludwig Pittermann wieder einen Schritt weitergekommen ist, auch hier eine bessere Lösung bringen wird.

Beim Kapitel Äußeres hat sich ergeben, daß alle Parteien weniger die Höhe der vorgeschlagenen Beträge, sondern eher den zu geringen Ausbau dieses Amtes beanstandet haben. Es hat auch gerade bei diesem Kapitel die schärfste Debatte im Finanzausschuß stattgefunden, bei der sich allerdings unser Außenminister Dr. Gruber nicht weniger gut geschlagen hat als in Paris und New York. Die Vertreter aller Parteien und auch der Außenminister waren sich aber darin einig, daß Österreich frei von Bindungen trachten soll, nach allen Seiten gute und beste Beziehungen zu unterhalten. Besonders liegt

uns allen und auch dem Herrn Außenminister am Herzen, einen Weg zu eröffnen, der uns wieder dazu führt, die durch Jahrhunderte traditionelle Freundschaft Österreich-Rußland neu zu erschließen und für alle Zeit zu festigen.

Das Kapitel Inneres war überschattet von der Sorge um unsere Kriegsgefangenen. Mit tiefer Ergriffenheit nahmen wir die erschütternden Berichte des Innenministers über so viele vergebliche Schritte und Bemühungen zur Kenntnis.

Nicht weniger herzbewegend waren die Meldungen über den Verfall der öffentlichen Sicherheit und über die vielfache Rechtlosigkeit und Waffenlosigkeit unserer Behörden gegenüber Ausländern und verschleppten Personen. Auch hier hoffen wir, daß die Verhandlungen mit den Alliierten bald zu besserer Fundierung unseres Sicherheitskörpers führen mögen.

Das nächste Kapitel betrifft die Justiz. Wenn das Recht wieder das Fundament unseres Staates ist, dann müssen gerade die Träger des Rechtes entsprechend herausgestellt werden und ideell und materiell jene Rangstellung einnehmen, wie sie in den großen, alten Demokratien dem Richtertum zukommt. Damit reimt sich nicht zusammen, wenn wir hören, daß ein hoher Richter, Vorsitzender eines Volksgerichtes, mit 16 Dienstjahren ein Nettogehalt von 400 S bezieht. Aber auch den jungen Juristen, die durch die Kriegsdienstzeit gegen früher weit überaltert sind, muß eine entsprechende materielle Basis gewährt werden, damit gerade die Besten unter ihnen für den Richterstand gewonnen werden können.

Zum Kapitel Unterricht und Kunst mögen sich Berufene über das Schulwesen und die geplanten und notwendigen Reformen aussprechen.

Wir freuen uns, zu hören, daß der Herr Unterrichtsminister führende Geister aus dem Ausland an die Hochschulen zu berufen gedenkt. Wenige Wochen trennen uns von den Feiern unter der Devise „950 Jahre Österreich“, in denen uns immer wieder in Herz und Hirn gehämmert wurde, was die Welt unseren Leistungen auf den Gebieten von Kunst und Kultur verdankt. Ja, wir hörten das stolze Wort, es ließe sich gar nicht in Dollars ausdrücken, was alles Österreich der Welt geschenkt habe. Im Gegensatz hiezu müssen wir aber die Vorsorgen im Budget für Förderung der Kunst und für die Erhaltung unserer Kunstdenkmäler geradezu als armselig bezeichnen. Niemals ist die Denkmalpflege wichtiger gewesen als nach diesen Jahren der Zerstörung und Ver-

wüstung. Die Ansätze erreichen nur 680.000 S, für Zwecke der Kunstförderung, mußte die Krücke eines Beitrages zur Rundfunkgebühr geschaffen werden, um 750.000 S gesondert hereinzubekommen. Das alles in einem Budget des Ministeriums, das bei 200 Millionen Schilling an Ausgaben verzeichnet. Wir hoffen, daß hier durch interne Maßnahmen eine der Not der Zeit, der besonderen Tradition Österreichs würdige Neuregelung gefunden werden kann.

Das Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung ist eines der kleinsten Ministerien nach der Ausgabenseite. Wir freuen uns darüber und hoffen, daß es immer so bleiben wird, trotz der großen Aufgaben, die ihm zuteil geworden sind. Es wurde im Ausschuß immer wieder darauf hingewiesen, daß wir das Fehlen eines Wirtschaftsplanes sehr vermissen. Der Minister hat in beredten Worten die Schwierigkeiten dargelegt, die sich seiner Arbeit entgegenstellen. Wir hoffen also, daß er uns bald die ersten positiven Ergebnisse bringt. Ich möchte bemerken, daß wir einen Wirtschaftsplan auch trotz aller Behinderungen durch alliierte Besatzungsmächte aufstellen können. Gerade die ziffermäßige Auswirkung gewisser Maßnahmen wird mehr als noch so schöne Worte dazu beitragen, zumindest der Durchführung des neuen Kontrollabkommens und seiner Verbesserung die Wege zu ebnen. Auch die Auswirkung der Verstaatlichung wird darin ihren Niederschlag finden. Es ist möglich, daß wir bei den gegebenen Verhältnissen und der Undurchsichtigkeit der Zukunft noch keinen Vier- und keinen Fünfjahresplan aufstellen können, vielleicht nicht einmal einen zweijährigen Plan, wie die Regierung Gottwald, aber zumindest einen einjährigen Genesungsplan, und der wird nicht nur besser als gar keiner sein, sondern vielleicht für unsere momentane Lage sogar das Richtige und am schnellsten Erfüllbare. Denn auch hier gilt das Sprichwort: Doppelt gibt, wer schnell gibt.

Das Kapitel Ministerium für soziale Verwaltung erreicht die enorme Summe von 563 Millionen Ausgaben gegenüber Einnahmen von nur 117 Millionen. Der österreichische Staat kann stolz sein auf diese Leistung, und der Vorsprung, den Österreich von jeher gerade auf sozialem Gebiete aufzuweisen hatte, ist trotz der Not der Zeit gehalten worden. Allerdings in Zeiten der Not ist alles noch zu wenig, aber auch die Österreichische Volkspartei ist sich bewußt, daß auf dem Gebiete der Sozialmaßnahmen unbedingt bis zu jener äußersten Grenze gegangen werden muß, die im Wirtschaftsleben überall besteht, in Amerika wie in Rußland, unter politischen

Regimen welcher Art immer, nämlich bis zur Tragfähigkeit der Wirtschaft, jener Grenze, wo ein Zuviel durch die Schaffung von Arbeitslosigkeit wieder das Gegenteil hervorruft. Allerdings stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Sozialmaßnahmen im Gegensatz zu den Theorien des Faschismus sich wieder in erster Linie bei der Fürsorge für das Alter und die Invaliden auswirken sollen.

Das Bundesministerium für Finanzen ist ein Kapitel, bei welchem nunmehr nicht mehr die Ausgaben, sondern die Einnahmen die entscheidende Rolle spielen. Meine Ausführungen in der Budgetdebatte sind von meinem sehr verehrten Kollegen Dr. K o r e f als Klubrede, also als vielleicht demagogisch bezeichnet worden. Ich muß das umsomehr in Abrede stellen, als sie gerade von tiefem Verantwortungsbewußtsein und aufrichtiger Besorgnis getragen waren. Es ist vielleicht zu wenig beachtet worden, daß mehr als von jeder sonstigen Einwirkung des Staates oder irgendeines sonstigen Ministeriums das Gedeihen der Wirtschaft von den Maßnahmen des Finanzministers abhängig ist.

Im englischen Parlamentsleben ist der wichtigste Tag für die Wirtschaft der Tag, an welchem der Schatzkanzler mit der roten Mappe vor dem Haus erscheint, um den Budgetplan für das nächste Jahr vorzulegen. Das Wohl und Wehe vieler Erwerbszweige hängt von der Gestaltung der Steuern ab.

Es ist klar, daß das deutsche Steuersystem seit langer Zeit auf die Erfordernisse der Kriegsverhältnisse zugeschnitten war und daß die unbesehene Übernahme auf die Friedensverhältnisse, wie wir sie bei uns verzeichnen, größte Gefahren in sich birgt. Es wird seinen Grund haben, daß manche direkte Steuern allenthalben in der Welt, mit Ausnahme des besiegten Deutschlands, wo andere Gründe vorhanden waren, längst einem Abbau zugeführt wurden. Dies geschah in der Erkenntnis, daß allzuhohe Steuersätze durch die Lähmung der Produktion letzten Endes sogar zu einer Verringerung des Steuereinkommens führten, abgesehen von den Gefahren der Ausblutung des Betriebskapitals. Sogar England, dessen rigorose Steuerpolitik im Krieg und Frieden weltbekannt ist, hat durch den neuen Schatzkanzler der Labour-Regierung die Höchstsätze der Einkommensteuer auf 9 Schilling pro Pfund reduziert, also auf zirka 38 Prozent, während in Österreich noch immer Belastungen in doppelter Höhe erreicht werden.

Es wird also wohl Sache der Bemessungsvorschriften und sonstiger Reformen sein, hier einen Ausweg zu finden. In den unteren Stufen der Lohnsteuer ist ja bereits ein Anfang

gemacht worden. Was die Ermäßigung der unteren Stufe der Lohnsteuer für den einzelnen bedeutet, soll die Reform der Einkommensteuer nicht zugunsten des privaten Aufwandes, sondern zur Sicherung der Lebensfähigkeit des Betriebes und des Sparsinnes bezwecken. Bei den heutigen Steuerverhältnissen besteht ja sogar die Gefahr, daß die Gelder auf den Schwarzen Markt gedrängt werden, da sie bei Einsparung zum großen Teil von den Steuern aufgezehrt würden.

Das Kapitel Land- und Forstwirtschaft hat bereits von berufenster Seite seine Durchleuchtung erfahren. Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau hat auf dem Gebiete der Bewirtschaftung eine grundlegende, ich möchte sagen, eine revolutionisierende Änderung des Prinzips der Bewirtschaftung und der Warenverteilung eingeführt. Gegen die Sorge um Produktion und Bewirtschaftung scheint die Betreuung des Wiederaufbaues etwas in den Hintergrund getreten zu sein, da insbesondere das lang erwartete neue Gesetz zur Sicherung des Wiederaufbaues bombengeschädigter Wohnungen noch immer nicht erschienen.

Zum Kapitel Ernährungswirtschaft hat uns der Herr Bundesminister sehr aufschlußreiche Eröffnungen über dieses in diesen Zeiten wichtigste aller Probleme gegeben. Dabei ist uns fast als Mauerblümchen und nebenbei das erste Stück eines echten Wirtschaftsplanes vorgelegt worden, das uns bis jetzt vor die Augen kam. Wir danken ihm daher besonders für die Vorlage der Schätzung des Einfuhrbedarfes und der Ausfuhrmöglichkeiten im Jahre 1947, welche nicht nur den Ernährungssektor sondern die österreichische Gesamtwirtschaft umfaßt. Leider haben wir daraus entnehmen müssen, daß das wohl nur im Anleiheweg zu deckende Defizit unseres Existenzminimums an Einfuhrgütern nicht 50 Millionen Dollar und nicht 100 Millionen Dollar sondern 178 Millionen Dollar betragen dürfte. Wir sehen auch aus diesem Teilergebnis, wie mahnend und ernsthaft die Ergebnisse eines Wirtschaftsplanes das Gefüge unserer Außen- und Innenpolitik zu beeinflussen vermögen.

Dem Ministerium für Energiewirtschaft wird zur Last gelegt, zu wenig energisch den Energietransport aus dem Westen veranlaßt zu haben. Wir sind also in seinem Falle mit einer westlichen Orientierung einverstanden, die verhindern soll, daß die Energieüberflüsse unserer Alpen ins Ausland abfließen, solange wir sie im östlichen Österreich selbst dringend benötigen. Den Ausführungen des Herrn Bundesministers war zu entnehmen, daß das Ministerium auf dem besten Wege ist,

die notwendige Konzentration, die einhelliger Wunsch aller Parteien ist, im Einvernehmen mit den Ländern durchzuführen.

Das Bundesministerium für Verkehr hat vor allem das Sorgenkind unseres Staatshaushaltes, die Staatsbahnen, zu betreuen, die nicht nur materiell enorme Wiederaufbauarbeiten zu tragen sondern auch das sozial so einschneidende Problem des Abbaues der hypertrophen Zahl von Bediensteten durchzuführen haben. Die Richtlinien des Herrn Bundesministers lassen eine gerechte Lösung des Abbauproblemes erwarten, wobei wir allerdings voraussetzen, daß Demokratie und Gleichberechtigung auch in der Personalwirtschaft der Bundesbahnen oberste Richtschnur bilden.

Ähnliche Sorgen bereitet der Wiederaufbau des österreichischen Postwesens.

Eine alte Spezialität der österreichischen Finanzverwaltung bilden die Monopole und Staatsbetriebe. Es ist erfreulich festzustellen, daß auch auf dem Gebiete der Verstaatlichung, das jetzt leider fast zu einer Frage der Weltanschauung geworden ist, diese österreichische Staatsführung seit Jahrhunderten in klarer Festigkeit unbeirrt gute Wege gegangen ist. Das Salzmonopol, das uns jetzt besonders wichtige Ausfuhr Güter liefert, hat fast seine friedensmäßige Leistungsfähigkeit erreicht. Die Staatslotterien und das Branntweinmonopol tragen weiter ihren erheblichen Beitrag zu den Staatseinnahmen bei. Die Bundesforste sind noch ein Sorgenkind. Staatsdruckerei und Hauptmünzamt sind ausgeglichene Betriebe. Die Führung der Bundestheater hat es verstanden, ihre künstlerische Mission so erfolgreich zu gestalten, daß das Defizit im Verhältnis zu den früher üblichen Lasten und Leistungen als gering bezeichnet werden muß. Das Paradeferd der Monopole ist nach wie vor die Tabakregie, die durch kaufmännische Führung und Gewandtheit im Vorjahr im nächsten Jahr über eine halbe Milliarde zu den Staatseinnahmen beisteuert. Die Bundesapotheken zeigen keinen Gewinn, was in diesem Falle wieder nicht für eine notwendige Verstaatlichung spricht.

Bei Beendigung des Rundganges durch unsere Staatsbetriebe können wir uns eines Gefühles des Stolzes nicht erwehren, daß sich Österreich so rasch von den Schlägen erholt hat, so, wie der Vogel Phönix fast buchstäblich aus der Asche heraus wieder erstanden ist. Aber leider sind ihm die Schwingen noch gebunden. Möge die Tatsache des Bundesfinanzgesetzes einen weiteren Schritt auf dem Wege zu seiner Befreiung darstellen. Dem Herrn Finanzminister und seinen Mitarbeitern sei Dank gesagt für die hingebungsvolle

Arbeit an diesem großen Ziele. (Lebhafter Beifall bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

*

Der **Präsident** übernimmt wieder den Vorsitz.

Abg. Hillegeist: Hohes Haus! Selbst der wohlwollendste Kritiker, den mein Parteifreund **Koref** gewissermaßen auf den Plan gerufen hat, wird es kaum wagen können, die politische und wirtschaftliche Entwicklung dieses letzten Jahres schlechtweg als befriedigend bezeichnen zu können oder vielleicht gar als zufriedenstellend. Ich möchte von den natürlichen Schwierigkeiten absehen, die es verhindert haben, daß diese Entwicklung in einem für uns wirklich zufriedenstellenden Sinn erfolgt wäre. Aber es gibt darüber hinaus vielleicht doch Ursachen, die nicht naturbedingt sind und die also diese Entwicklung nicht in dem Maße zufriedenstellend erscheinen lassen, als es sachlich möglich gewesen wäre. Es herrscht im Gegenteil unter den breiten Massen dieses Landes vielfach eine schwere Enttäuschung, und fast möchte man manchmal sagen, eine Verbitterung und Verzweiflung, und wenn dies noch nicht zu Verzweiflungsausbrüchen geführt hat, ist das zum Teil im geduldigen Naturell unseres Volkes, zum Teil aber auch im Bestreben der verantwortlichen Menschen und namentlich auch der Gewerkschaftler zu suchen, die immer wieder darauf hingewiesen haben, daß mit Verzweiflungsausbrüchen das Problem nicht gelöst werden kann. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Das Volk erwartet durchaus keine Wunder, dies wurde wiederholt gesagt; es erwartet lediglich einen Ausweg aus einer Situation, die manchmal wirklich ausweglos erschienen ist.

Wenn wir nach den Ursachen der Enttäuschung suchen, sehen wir sie vor allem auf zwei Gebieten. Da ist zunächst einmal unsere außenpolitische Lage mit der derzeit noch immer sehr ungeklärten staatsrechtlichen Situation, und in zweiter Linie die geringen wirtschaftlichen Fortschritte, die geringen Fortschritte auf dem Gebiete des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft mit ihren sozialen Rückwirkungen. Wie sehr wir Grund haben enttäuscht zu sein, kommt uns heute gar nicht mehr so recht zum Bewußtsein; doch es hätte vor 18 Monaten wohl niemand von uns erwartet, daß wir im heutigen Zeitpunkt noch immer ein besetztes Land sein werden, daß wir noch immer auf einen Friedens- oder Staatsvertrag warten und noch immer nicht imstande sind, die bescheidensten Bedürfnisse des täglichen Lebens auf normalem Weg zu befriedigen.

Wir haben eine Konzentrationsregierung, und mein Parteifreund **Dr. Koref** hat sich zum Gedanken der Konzentration bekannt. Ich habe nicht die Absicht, gegen die Konzentration der Kräfte quer zu schießen. Ich glaube, sie ist wirklich die einzige Möglichkeit, um aus dieser für uns so verhängnisvollen Situation einen Weg zu finden. Ich glaube aber auch, man darf sich keine Illusionen machen. Man muß vor allem die eine Erkenntnis haben, daß eine Konzentration der Kräfte nur dann einen Sinn hat, wenn diese Konzentration einem gemeinsamen Ziel dient. (Beifall bei den Sozialisten.) Dieses Ziel kann nur der Aufbau eines demokratischen Staatswesens mit einer ausreichenden wirtschaftlichen Sicherung für die Bevölkerung, mit einem ausreichenden Schutz ihrer sozialen Bedürfnisse und damit die Schaffung der besten Voraussetzungen für eine wirkliche Erhaltung und Sicherung der Demokratie sein.

Wir sind innerhalb dieser Konzentration die zweitstärkste Partei. Wir sind an Mandatszahl nur wenig hinter der stärksten Partei zurückstehend, an Wählerzahl wahrscheinlich noch weniger. Wir tragen mit der Verantwortung und sind bereit, sie zu tragen. Aber es muß wohl ausgesprochen werden, daß wir gerade auf den zwei entscheidenden Gebieten, wo wir die Verantwortung mittragen sollen, und wo die Enttäuschung der Massen am stärksten ist, eigentlich nicht jenes Maß an Mitbestimmung haben, das nötig wäre. In der Wirtschaft hat man manchmal das Gefühl, als ob manche Herren der Österreichischen Volkspartei der Meinung wären, das sei ihre ausschließliche Domäne und da hätten andere nichts dreinzureden. Diese Domäne beherrschen sie nach den Grundsätzen, von denen sie glauben, daß sie die richtigen sind, die von uns aber nicht geteilt werden.

Durch das Ministerium für soziale Verwaltung sind wir erfreulicherweise vielfach in der Lage, die sozial ungünstigen Auswirkungen dieser Politik einigermaßen zu mildern und das soziale Los der arbeitenden Massen zu verbessern. Daß wir hiebei die treibende Kraft sind, und immer wieder sein müssen, ist eine Erkenntnis, die weit über unsere Parteikreise hinausgeht. Es darf wohl gesagt werden, daß uns hier die Volkspartei oft genug nur zögernd folgt, oft genug nur unter dem Druck der Furcht vor den politischen Konsequenzen. Wir wissen andererseits, daß diese Sozialfürsorge und alle diese Maßnahmen nicht im luftleeren Raum geschaffen werden können, daß sie eine Voraussetzung haben, und diese Voraussetzung ist die Schaffung einer gesunden und tragfähigen Wirtschaft.

Zur Frage der Außenpolitik möchte ich einiges unterstreichen, was hier schon gesagt wurde. Es ist eine Lebensfrage für Österreich — ich glaube diese Meinung ist Gemeingut aller Menschen im Staate geworden —, Freundschaft mit allen Großmächten und mit allen Nationen der Welt zu halten. (Beifall.)

Nun stehen theoretisch alle drei Parteien dieses Landes auf diesem Standpunkt und sie werden ihn immer und immer wieder bekräftigen, aber man wird dabei an ein altes Sprichwort erinnert: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Ich möchte dies etwas variieren und sagen: Wenn zwei dasselbe sagen, ist es auch nicht dasselbe. Man hat hier manchmal das Gefühl, und vor allem die Massen draußen haben dieses Gefühl, wenn etwa die Kommunistische Partei von dieser gleichmäßigen Freundschaft zu allen Völkern redet, so meint sie im Grunde genommen das Gegenteil dessen, was die Österreichische Volkspartei darunter versteht, wenn sie von einer gleichmäßigen Freundschaft zu allen Großmächten spricht. Wir können uns, ich glaube, das muß immer wieder gesagt werden, keine Politik leisten, die etwa als einseitig empfunden wird. Man muß zu unserer Außenpolitik das Vertrauen haben, daß sie sich niemals zu einer einseitigen Blockierung mißbrauchen lassen wird.

Ich darf ohne Überheblichkeit sagen, daß wir für unsere Partei hier beanspruchen können, daß wir es mit dieser Politik absolut ehrlich meinen und daß wir gewissermaßen wirklich der einzige Garant dafür sein können, weil eben wir die Gewähr dafür bieten, daß wir nicht gezwungen sein könnten, die Freundschaft Rußlands etwa mit der Feindschaft Amerikas eintauschen zu müssen, wie das vielleicht bei anderen Parteien möglich wäre. Diese Erkenntnis haben heute weite Kreise des österreichischen Volkes und sie sehen darin gewissermaßen den einzigen Ausweg aus dieser außenpolitisch sehr verfahrenen Situation.

Es ist nicht unsere Schuld, daß es so gekommen ist. Wir sind nicht so egoistisch zu meinen, nur wir könnten hier einen Ausweg weisen, aber wir würden uns freuen, wenn dieser Ausweg wirklich gefunden werden könnte, daß man dem Ausland und allen Mächten, auf deren Hilfe wir angewiesen sind, die Überzeugung und die Gewißheit geben könnte, daß unsere Politik wirklich nichts anderes will, als gleichmäßige Freundschaft nach allen Seiten hin. Es müßte uns gelingen, die Großmächte davon zu überzeugen, daß es auch in ihrem Interesse liegt, daß dieses unser Österreich, das sonst in den Mittelpunkt der Streitigkeiten geraten könnte, als Streitobjekt

nur dann ausgeschaltet werden kann, wenn Österreich als ein wirklich unabhängiger, als wirklich selbständiger Staat in der Lage ist, seine Lebensfähigkeit zu beweisen.

Aus diesem Grunde und auch im Interesse der Politik der Großmächte müssen wir immer wieder an sie appellieren, uns diese Lebensfähigkeit auch wirklich praktisch zu ermöglichen. Das ist ein eminent wichtiges wirtschaftliches Interesse für uns, aber zugleich ein eminent wichtiges politisches Interesse für die ganze Welt.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau ist also das Problem, das im Vordergrund der Betrachtungen steht, es ist das Kernproblem. Dabei ist das Wichtigste, das Entscheidende, daß es uns gelingt, diese Wirtschaft so rasch als möglich aufzubauen, daß es möglich wird, vor allem die Produktion zu steigern. Es muß immer wieder gesagt werden — wir haben auch den Mut dazu, es den arbeitenden Massen draußen zu sagen —, wir werden eine dauernde Hebung unseres Lebensstandards weder durch Währungsmaßnahmen noch durch Lohnerhöhungen oder sonstige Maßnahmen herbeiführen, wir werden sie dauernd nur dann herbeiführen können, wenn es uns gelingt, die Produktion zu heben, weil dies die Voraussetzung dafür ist, daß wir auch mehr konsumieren können.

Diese Besserstellung in wirtschaftlicher Hinsicht, die Steigerung unserer Produktion hängt zu einem erheblichen Teil von der Gestaltung unserer außenpolitischen Situation ab. Das wurde hier wiederholt ausgesprochen. Dies ist ein Anlaß dafür, daß wir immer wieder die Forderung erheben nach wirklicher Freiheit, nach einer wirklichen Wiederherstellung unserer Unabhängigkeit. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Besatzung bestehen vor allem in der Entgüterung unserer Produktion, in einem unheilvollen Einfluß auf die Preispolitik, in der Unmöglichkeit der Währungsanierung. Die offene Frage der Auslegung des Begriffs des deutschen Eigentums, beziehungsweise die Auslegung der Potsdamer Beschlüsse, führt zu der Tatsache der Exterritorialität von Betrieben innerhalb unseres Staatswesens mit allen ihren ungünstigen Wirkungen und Nebenwirkungen. Aber ich glaube — und das muß man auch deshalb immer wieder sagen, weil es die bequemste Ausrede ist, alles auf die Alliierten zu schieben —, daß es auch bei uns selber, auch wenn die Alliierten hier im Lande sind, wirklich eine Reihe von Maßnahmen zu setzen gilt, die notwendig sind und die dazu beitragen könnten, unsere Wirtschaft wieder in die Höhe zu bringen, und daß auf diesem Gebiete noch manches unterlassen wurde.

Dazu muß ich gerade den Vertretern der Österreichischen Volkspartei folgendes sagen: Man muß zunächst, wenn man die Wirtschaft wieder aufbauen will, neben den sachlichen und technischen Voraussetzungen auch gewisse psychologische Voraussetzungen schaffen. Diese psychologischen Voraussetzungen bestehen vor allem darin, daß man den Massen der Arbeiter und Angestellten — denen man so oft lobend gesagt hat, man danke ihnen für ihre Opferbereitschaft und für ihre Bereitswilligkeit, am Aufbau Österreichs mitzuwirken — die Gewähr dafür gibt, daß das Ergebnis ihrer Arbeit tatsächlich auch ihnen zugute kommt. (Starker Beifall bei den sozialistischen Abgeordneten.)

Die Verstaatlichung ist also, meiner Meinung nach, neben vielen anderen Gesichtspunkten auch von diesem Gesichtspunkt aus zu betrachten. Man muß neue Wege gehen, man muß beim Wiederaufbau der Wirtschaft darauf Rücksicht nehmen, daß es gilt, diese Wirtschaft nach Grundsätzen aufzubauen, die erkennen lassen, daß diese Wirtschaft eben für das Volk da ist und daß die Wirtschaft nicht etwa nur eine Profitfabrik darstellt, sondern dazu dient, die Bedürfnisse der Massen zu befriedigen.

Der Herr Abgeordnete Schumy hat darauf hingewiesen, daß die Privatwirtschaft auch nicht planlos arbeitet, denn auch sie sei in der Lage, die Bedürfnisse der Masse zu befriedigen. Wir brauchen aber gar nicht weit in die Vergangenheit zurückzuschweifen, um das Gegenteil zu beweisen; er steht da auch in einem gewissen Widerspruch gegenüber anderen Volkswirtschaftlern, die nicht gerade unserer Partei nahestehen. Es wurde hier von meinem Parteifreund Dr. Koref schon ein Wort des bekannten Nationalökonomien Doktor Dobretsberger zitiert. Ich darf dazu noch ein anderes Wort von Dr. Dobretsberger zitieren, das sehr stark in Widerspruch zur Meinung des Abgeordneten Schumy steht, und schließlich ist es das Wort und die Meinung eines auf dem Gebiete der Nationalökonomie nicht gerade unbekannten Mannes.

Er sagt (liest): „Wir sind in Zeiten schmerzhafter Krisen, in denen eine neue Gesellschaft geboren wird. Die unternehmerisch organisierte Konkurrenzwirtschaft war im 18. Jahrhundert mit dem Bürgertum aufgekomen. Sie vollbrachte in der ersten Phase großartige Leistungen: Sie revolutionierte die Technik, ermöglichte Massenproduktion, verbilligte die Erzeugnisse, spannte den Handel über die ganze Welt und versorgte eine fünffache Bevölkerungszahl reichlicher mit Gütern als jedes andere Wirtschaftssystem vor ihm.“

Heute aber hat sich dieses Wirtschaftssystem ausgelaufen; es scheitert an drei ungelösten Fragen: Massenarbeitslosigkeit, Überproduktion, internationale Spannungen. In zwei Weltkriegen geht das bürgerliche Zeitalter zu Ende.“

Ich kann das, was Dr. Dobretsberger hier sagt, nur hundertprozentig unterschreiben. Es geht tatsächlich ein Zeitalter zu Ende, es geht auch in Österreich zu Ende, und wenn man sich noch so sehr bemüht, hier das Rad der Geschichte wieder um ein Stück zurückzudrehen, und das ist es, was, wie ich glaube, vor allem zu sagen ist:

Wir haben hier in Österreich das Gefühl, daß man eben glaubt, man könnte wieder beim Jahre 1938 fortsetzen, als ob das, was in der Zwischenzeit geschehen ist, gar nicht geschehen sei. Diese Ereignisse haben — zum mindesten auf manche Kreise — gar keine Auswirkung gehabt.

Die Vertreter der vielgerühmten Privatinitiative reden uns ein, der Staat könne nicht rationell genug wirtschaften, er versinke im Bürokratismus. Der Herr Abgeordnete Schumy hat auch von einer „Vermachtung“ durch die Verstaatlichung der Wirtschaft gesprochen. Wohin uns die Privatwirtschaft geführt hat, das haben wir erlebt, und wir erleben es heute noch, wohin die Konkurrenzwirtschaft führt. Will jemand vielleicht behaupten, daß sich diese Konkurrenzwirtschaft auch heute, da also die Bedürfnisse der Massen so drängend sind, etwa gar so günstig auswirkt?

Man sehe sich doch die Entwicklung an! In allen jenen Fällen, in denen die Preise auch nur halbwegs nicht mehr kontrolliert werden, wenden sich diese Wirtschaftszweige nicht der Produktion lebenswichtiger Güter zu, sondern sie produzieren nutzlose Dinge, weil diese die Aussicht dafür bieten, daß man dabei mehr verdient als bei lebenswichtigen Gütern. Schauen Sie sich einmal die Auslagen an! Sie kriegen, weiß Gott, schmiedeeiserne Armleuchter und Schreibtischartikel in ungeheuren Mengen, wenn Sie aber einen Nagel brauchen, dann bekommen Sie keinen! Sie bekommen, weiß Gott, Kinderspielzeug und alle möglichen sogenannte „Kunstgegenstände“ aus Holz.

So aber wird nutzlos Material und Arbeitskraft für diese Produktion verschwendet und lebenswichtige Dinge, die die Masse braucht, werden nicht erzeugt, und zwar deshalb nicht, weil man dabei nicht so viel verdienen kann als bei diesem ganzen Schund, den man den Menschen anhängt und der eine Zeitlang, solange noch der Geldüberhang vorhanden war, ja auch reichlich gekauft wurde.

Daß also Privatunternehmer den Standpunkt vertreten, die Privatinitiative sei besser als eine Verstaatlichung und Planwirtschaft, das können wir irgendwie verstehen. Es ist ja schließlich ihre Existenz und sie sind in ihrem Denken noch befangen. Daß aber — und das muß immer wieder gesagt werden — der zuständige Minister, der hier von Herrn Abgeordneten Schumy so sehr in Schutz genommen wurde, in der Öffentlichkeit erklären kann, er sei im Grunde genommen gar kein Anhänger der Verstaatlichung und die Planung sei etwas, das man sehr genau überlegen müsse, das ist wohl etwas Unbegreifliches. Das muß ich schon sagen.

Es wurde bei uns unlängst in einer Gewerkschaftskonferenz folgender Vergleich aufgestellt: Man fragte, was man wohl zu einem Gewerkschaftsobmann sagen würde, der auf die Tribüne steigen und erklären würde: 'Ich bin zwar ein Gewerkschaftsobmann, aber die gewerkschaftliche Idee lehne ich ab!' Das ist ein ganz zutreffender Vergleich für das, was ich ihnen hier zu sagen habe.

Hohes Haus! Wenn diese neuen Wege zum Erfolg führen sollen, dann bedarf es mehr als nur irgendwelcher Sachkenntnisse. Es bedarf dazu einer fanatischen Überzeugung von der Möglichkeit, daß uns diese Wege aus der sozialen und wirtschaftlichen Krise, in der sich die Welt befindet, herausführen können, denn sonst müßten wir scheitern. Ich habe das Gefühl, daß man es durchaus nicht ganz ungerne sehen würde, wenn diese Pläne scheiterten, um dann sagen zu können: Da schaut her, die Verstaatlichung hat nicht zum Ziele geführt! Sie hat sich totgelaufen! Sie kann die Probleme weniger lösen als unsere vielgerühmte Privatinitiative.

Es ist das gleiche Spiel, das man schon einmal mit der Demokratie gespielt hat. Der Abgeordnete Schumy hat heute wiederholt darauf hingewiesen, daß die Demokratie zum Teil aus eigener Schuld zugrunde gegangen und daß die zügellose Freiheit und die allzu starke parteipolitische Einstellung mit als Grund dafür anzusehen sei. Doch glaube ich, wurde eines, und zwar die Hauptursache, vergessen; woran sich diese Demokratie diskreditiert hat, war, daß sie nicht in der Lage war, die soziale Frage zu lösen. Warum konnte sie diese Frage nicht lösen? Dieselben Kreise, die heute wieder erklären: Zurück zur Privatinitiative! haben damals jede Lohnerhöhung abgelehnt und jede soziale Verbesserung als „soziale Lasten“ hingestellt, die für die Wirtschaft untragbar wären. Sie haben damals durch ihr wirtschaftliches Übergewicht die politische De-

mokratie praktisch ausgeschaltet, beziehungsweise zu einer leeren Form und zu einer Farce gemacht. Sie haben dadurch die Demokratie in den Augen der Massen diskreditiert und damit den Boden für den Faschismus vorbereitet. (Beifall bei den Sozialisten.)

Was ist nun für uns die Konsequenz daraus? Wir sind auf diesem Gebiete sehr hellhörig geworden. Wir halten die Fortentwicklung dieser politischen Demokratie für außerordentlich notwendig und sind der Meinung, daß die politische Demokratie, die dem einzelnen Staatsbürger das Recht einräumt, mit dem Stimmzettel in der Hand seinen politischen Vertreter zu wählen, erweitert werden muß um das Recht, daß diejenigen, die in der Wirtschaft Arbeit leisten, auch die Möglichkeit bekommen, in der Wirtschaft ein entscheidendes Wort mitzureden. (Beifall bei den Sozialisten.) Wir fordern also die Verwirklichung der Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie! Und der Ausdruck dieser Wirtschafts- und Betriebsdemokratie, die sich da anbahnt, ist für uns das Betriebsrätegesetz.

Meine Damen und Herren! Ich möchte diese Worte mit allem Ernste aussprechen, damit sich niemand über unsere ernstesten Absichten gerade auf diesem Gebiete täuschen möge. Hier geht es nicht um ein paar Prozente oder um ein paar Schillinge, um die man feilschen mag, es geht um Grundsätze, die für uns unabdingbar sind. Das neue Betriebsrätegesetz kann sich nicht etwa so auswirken, daß es sich, wie es die Meinung der Handelskammer ist, lediglich auf die Wahrnehmung und Vertretung der Interessen der Belegschaft beschränkt. Es muß darüber hinausgehen und tatsächlich ein Stück Wirtschaftsdemokratie verwirklichen, um damit die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß sich Dinge nicht wiederholen können, die letzten Endes darin ihre Ursache gehabt haben. Wir müssen in der Lage sein, in der Wirtschaft mitzureden. Die Wirtschaft darf nicht mehr die Domäne sogenannter Wirtschaftsführer sein, die glauben, die Wirtschaft sei dazu da, damit sie ihren Geldsack füllen können. Wir müssen in der Lage sein, die Wirtschaft in jene Bahnen zu lenken, daß sie dem Gesamtwohl der gesamten Bevölkerung dienen kann. Und wir werden alles daran setzen, um eine einheitliche Front aller Arbeitnehmer auf diesem Gebiet zustande zu bringen. Wir sind nicht so ehrgeizig, dieses Problem nur als eine Angelegenheit unserer politischen Fraktion zu betrachten. Wir laden die Vertreter der Arbeiter und Angestellten inner-

halb der Volkspartei ein, sich mit uns auf diesem Gebiete, das für sie genau so wichtig ist, da es um das Mitbestimmungsrecht aller Arbeiter und Angestellten geht, auf einer gemeinsamen Linie zu finden. Dann wird es vielleicht möglich sein, den Kampf, der sonst unvermeidlich wäre und den wir auszutragen entschlossen sind, zu vermeiden.

Gegen das Ministerium für soziale Verwaltung wurde von seiten des Kollegen Altenburger, der leider nicht anwesend ist und den ich daher sehr sanft anfassen will, der Vorwurf erhoben, daß man auf dem Gebiete der sozialen Verwaltung deshalb nicht weiter komme, weil der Minister bei der Ausarbeitung von Gesetzen zu sehr parteipolitische Gesichtspunkte berücksichtige, und daß man zweitens versuche, aus den beabsichtigten sozialen Verbesserungen parteipolitisches Kapital zu schlagen, weil man sie schon in Versamlungsreden vorher angekündigt habe. Ich möchte mich zunächst mit dem zweiten, wohl geringeren und etwas dürrtigen Vorwurf beschäftigen. Vielleicht könnte der Herr Kollege Altenburger zunächst bei seiner eigenen Partei Umschau halten. Mir ist in Erinnerung, daß der Herr Bundeskanzler sogar auf einem Gebiet, das nicht unmittelbar in sein Ressort fällt, immer wieder die Gelegenheit wahrgenommen hat, jede Verbesserung, jede Kalorienhöhung zuerst in Parteiversamlungen anzukündigen. Ich nehme nicht an, daß er das nur deshalb getan hat, weil er diese als den sachlich geeignetsten Ort betrachtete, sondern darf eher annehmen, daß er daraus politisches Kapital zu schlagen gesucht hat. Ich glaube, auch andere Minister haben das schon getan, also ein allzuberechtigter Vorwurf ist das wahrlich nicht, sonst müßten sie ihm auch gegen ihre Minister erheben.

Nun, dieselbe Toleranz bitte ich auch dem Kollegen Maisel gegenüber zu beobachten. Worauf es ankommt, ist letzten Endes, daß in jedem Fall, wenn solche Ankündigungen gemacht werden, diese Ankündigungen genau so in Erfüllung gehen wie jene des Kanzlers, der mit besonderem Stolz darauf hingewiesen hat: „... ein österreichischer Bundeskanzler lügt nicht, sein Wort geht immer in Erfüllung“. Wir freuen uns, wenn das Wort des Kollegen Maisel, auch wenn es zuerst in einer Parteiversammlung gemacht und dort eine fünfzigprozentige Rentenerhöhung angekündigt wurde, in Erfüllung gehen wird, und wir werden ihm das als eine große soziale Tat anrechnen (Beifall bei den Parteigenossen), auch dann, wenn es hier im Hause Abgeordnete gibt, die grundsätzlich das Doppelte von dem

verlangen, was der Minister Maisel in der Lage ist zu geben. Sie sehen, es hat auch einen Nachteil, wenn man solche Dinge vorher ankündigt. Denn wie könnte der Kollege Elser — ich bitte meinen Freund Elser um Entschuldigung — sonst schon vorher die Möglichkeit haben, zu wissen, was er verlangen soll! (Heiterkeit.) Wir glauben, daß auf dem Gebiet der Sozialpolitik jede Demagogie sich letzten Endes rächt. Denn da muß man wohl mit allem Ernst eines sagen: wir müssen die Sozialpolitik nach den sozialen Bedürfnissen aufbauen, aber dabei gleichzeitig auf die Möglichkeiten Rücksicht nehmen und dürfen hier nicht verstiegene Forderungen erheben, die nicht so sehr den Eindruck erwecken, als wollte man den Menschen, die in Not sind, helfen, als vielmehr geeignet sind, den Eindruck zu erwecken, als liege einem lediglich daran, daraus parteipolitisches Kapital zu schlagen, weil man dann in den Zeitungen und Wahlaufufen schreiben kann: Seht, die haben unsere Interessen verraten. Wenn ihr uns gefolgt hättet, wir hätten das Doppelte von dem verlangt — aber, ich glaube nicht, dann auch wirklich erreicht.

Wir lehnen also derartige Methoden ab und glauben, daß wir auf den gesunden Sinn der Arbeiter vertrauen können. Wir glauben, den Arbeitern begreiflich machen zu können, daß jede soziale Maßnahme natürlich ihre Grenzen innerhalb des derzeitigen wirtschaftlichen Lebens hat und daß man darauf begreiflicherweise Rücksicht nehmen muß. Wir sehen auch in der Ankündigung, daß das Anfallsalter für Renten für Frauen herabgesetzt wird, zweifellos eine soziale Tat, und wir freuen uns, wenn wenigstens auf diesem Gebiet ein Anfang gemacht wird, wenn auch zugegeben werden muß, daß vor dem Jahre 1934 das Renten-Anfallsalter für Frauen noch um weitere fünf Jahre herabgesetzt werden konnte. Aber es soll ja ein Anfang sein auf dem Wege, und es wird nur in dem Maße möglich sein, weitere soziale Verbesserungen vorzunehmen, als auch die Wirtschaft sich entsprechend bessert.

Nun zum ersten Vorwurf: damit muß ich mich doch noch beschäftigen, denn es handelt sich um eine ernstere, um eine grundsätzliche Frage. Es wurde der Vorwurf erhoben, daß der Minister seine Gesetzentwürfe nach parteipolitischen Gesichtspunkten abstellt und daß deswegen die ganze Sache nicht weiterginge. Es bezieht sich das zweifellos auf das vielgerühmte und schon in Verhandlungen viel erwähnte Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz. Ja, glauben Sie denn, meine Herren von der Volkspartei,

daß, wenn der Minister den Wünschen und Forderungen der Mehrheit der Arbeiter- und Angestelltenvertreter in der Kammer und im Gewerkschaftsbund Folge leistet, das parteipolitische Interessen sind, während, wenn er Ihren Forderungen entsprechen würde, das nicht parteipolitische Interessen wären? Sie scheinen der Meinung zu sein: Parteipolitik sei nur immer bei den anderen, Sie selber haben offenbar nur rein sachliche Gesichtspunkte. Bei diesem Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz geht es um zwei Dinge. Erstens um die Selbstverwaltung, wobei wir hier gegenüber den Unternehmensvertretern natürlich in einem Gegensatz stehen. Dieser Gegensatz erklärt sich daraus, daß wir der Meinung sind, diese Sozialversicherung sei letzten Endes eine Einrichtung für die Versicherten, und daß daher bei der Installierung der Selbstverwaltung diese Versicherten auch einen ausschlaggebenden Einfluß auf diese Versicherung zu wahren haben. Wir folgen hier durchaus einem guten Vorbild in anderen Ländern. Bei meiner Anwesenheit in der Tschechoslowakei wurde mir versichert, daß dort die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsinstitute in der Weise durchgeführt sei, daß die Versicherten überhaupt allein dorthin ihre Vertreter entsenden, während der Arbeitgeber lediglich im Aufsichtsrat als Kontrollorgan Sitz und Stimme hat, aber sonst in die Angelegenheiten nichts dreinzureden hätte. Wir sind der Meinung, daß wir von der österreichischen Tradition nicht ganz abgehen sollen, daß auch die Arbeitgeber etwas mitzureden haben. Aber das geht nicht soweit, daß wir letzten Endes dann durch eine entsprechende Schlüsselung überhaupt jeden praktischen Einfluß verlieren würden.

Es geht in zweiter Linie um eine grundsätzliche Frage, nämlich, ob fünf Rentenversicherungsträger in einem Lande belassen werden sollen, dessen Einwohnerzahl sechs Millionen beträgt, während in anderen Ländern, wie zum Beispiel in England mit einer vielfachen Versichertenzahl ein Versicherungsträger genügt, oder ob wir den sachlichen Notwendigkeiten entsprechend hier eine zentrale, zentralistisch geführte Sozialversicherung aufbauen sollen, die den Bedürfnissen der einzelnen Gruppen durch entsprechende Vorkehrungen genau so entsprechen kann, wie wenn jede einzelne Gruppe einen eigenen Versicherungsträger hat.

Man hat manchmal das Gefühl, daß es hier nicht um sachliche Dinge, sondern daß

es mehr ums Persönliche geht, darum, daß nicht der eine oder der andere seinen persönlichen Wirkungskreis dabei aufgeben müßte oder verlieren könnte, und wir glauben, daß das Argument, das immer wieder in den Vordergrund gestellt wird, daß bei einer solchen Zusammenfassung letzten Endes diejenigen, die sich jetzt besser stehen, also in diesem Falle die Angestellten, geschädigt werden könnten, weil die Gefahr der Nivellierung dadurch besonders groß würde, vollkommen unzutreffend ist. Ich glaube, man malt da ein Schreckgespenst an die Wand, das absolut keine sachliche Berechtigung hat. Es ist nicht richtig, daß das zu einer Nivellierung führen muß; sie hat weder einen sachlichen Sinn, noch wäre sie aus anderen Gründen gerechtfertigt. Die höheren Rentenleistungen an die Angestellten erklären sich aus dem Umstand, daß diese Versicherung bereits seit 1909 besteht, daß die Beitragszahlung durch viele Jahre länger erfolgt ist, daß vielfach die Bemessungsgrundlage größer ist, und es wird keinem vernünftigen Menschen einfallen, nun eine Besserstellung dieser Leute deswegen in eine schlechtere Stellung zu verwandeln, weil ein gemeinsamer Versicherungsträger vorhanden ist. Außerdem besteht, nachdem meine Partei ausdrücklich versichern kann, daß sie jeder Verschlechterung der Leistungen einen hundertprozentigen Widerstand entgegensetzen wird, kaum eine Gefahr, daß eine solche wirklich eintreten würde, außer meine Kollegen aus dem Arbeiter- und Angestelltenbund, die diese Gefahr immer wieder an die Wand malen, wären nicht in dem gleichen Maße bereit, die Höhe der Renten der Angestellten zu verteidigen, wie wir es sind.

Ich darf noch ein Wort zur Preisfrage und zur Preisgestaltung sagen, weil dieses Thema bisher etwas schlecht weggekommen ist, beziehungsweise überhaupt nicht recht behandelt wurde. Selbstverständlich ist es, daß jede Erhöhung der Renten und jede Erhöhung des Einkommens der im Arbeitsprozeß stehenden Arbeiter und Angestellten dann wertlos und sinnlos wird, wenn ihnen durch die Preissteigerungen das Erreichte wieder weggenommen wird. Das würde die Preis- und Lohnschraube in Bewegung setzen, von der wir alle fürchten, daß sie letzten Endes zur Inflation führen könnte. In der Preispolitik, behaupten wir, fehlt leider jede einheitliche Zielsetzung. Wir haben das Gefühl, daß man auf dem Gebiete der Preispolitik die Dinge laufen läßt, wie sie eben laufen, daß hier ein Chaos eingetreten ist, gekennzeichnet dadurch, daß man auch bei der Preiskontrolle die Dinge laufen und die

Zügel schießen läßt, daß wir hier also einerseits Preise haben, die noch erträglich sind, daneben aber Preise für andere Produkte, die überhaupt nicht mehr zu bezahlen sind, so daß keine Möglichkeit mehr besteht, auf eine einheitliche Lohnpolitik hinzuarbeiten, dem natürlichen Gegenstück zu dieser Preispolitik.

Es ist klar — und ich möchte das hier mit Nachdruck zum Ausdruck bringen —, gerade die Arbeiter und Angestellten, gerade die Gewerkschaften sind sich absolut bewußt, daß durch die Ingangsetzung dieser Preis- und Lohnschraube eine Entwicklung ausgelöst werden kann, die letzten Endes auch für uns verhängnisvoll wäre, eine Entwicklung, die letzten Endes zur Inflation führen könnte. Aber man kann von diesen Menschen, die nur von dem Ergebnis ihrer Arbeit leben und bei denen sich dieses Ergebnis nur in Schillingen ausdrückt und nicht in Milch und Butter und in weiß Gott was sonst, was den Bauern zur Verfügung steht, wir können von diesen Menschen nicht erwarten, daß sie die Preiserhöhungen hinnehmen und aus lauter Rücksichtnahme auf die Gesamtheit verhungern und nicht mit Lohnforderungen kommen. Es ist nun einmal so: wenn man nicht in der Lage ist, Preiserhöhungen zu verhindern, dann muß man sich dessen bewußt sein, daß eine Anpassung der Löhne an die gestiegenen Preise eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit darstellt. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Für alle Fälle, glaube ich, muß man in der Preispolitik sehr rasch versuchen, zumindest theoretisch zu einer einheitlichen Auffassung zu kommen. Denn das, was jetzt geschieht, daß man auf zwei Geleisen fährt, ist auf die Dauer unhaltbar, daß man nämlich manche Produktion in bezug auf die Preise entsprechend kontrolliert, die Preise der anderen Produkte aber sich frei entwickeln läßt, so daß es einerseits eine gewisse Art von gestoppten Preisen, wenn auch nicht auf dem Preisniveau von anno dazumal, gibt, was dazu führt, daß die Produktion in eine falsche Richtung gelenkt wird, während andererseits letzten Endes mit Rücksicht auf die kontrollierten Preise, die für lebenswichtige Güter festgesetzt werden, auf diesem Gebiet ein Mangel eintritt, weil sich die Produzenten in der berühmten privatkapitalistischen Wirtschaft natürlich auf die Produktion jener Güter verlegen, bei denen sie nicht befürchten müssen, kontrolliert zu werden, wo sie also mehr verdienen können.

Wir haben nichts davon, wenn eine Preiskontrolle für lebenswichtige Güter durchgeführt wird, wenn wir diese lebenswichtigen

Güter nicht zu kaufen bekommen. Wir können uns die Preiskontrolle nur vorstellen im Zusammenhang mit einer strengen Bewirtschaftung sämtlicher Waren und Güter, und auf das kommt es vor allem in der nächsten Zeit an.

Abschließend möchte ich nun sagen, es gibt eine ganze Reihe, eine Unmenge von Problemen, die zu lösen sein werden. Sie werden bestimmt nicht gelöst werden, wenn wir nicht versuchen, uns über die Lösungsmöglichkeiten zu einigen. Aber diese Versuche werden wirklich nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn man dabei alle privategoistischen Interessen weitgehend in den Hintergrund stellt.

Ich darf hier einiges zu dem sagen, was der Herr Abgeordnete Schumy bezüglich der Bauern gesagt hat. Es ist klar, alle Stände in diesem Lande werden Opfer bringen müssen, und ich glaube, wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, es könnte einfach gelingen, in absehbarer Zeit den Lebensstandard wieder auf ein friedensmäßiges Niveau zu heben. Der Krieg und alle seine Folgen müssen schließlich bezahlt werden. Wir wehren uns nur dagegen, daß alle Lasten einseitig auf unsere Schultern abgewälzt werden. Der Bauer hat genau dasselbe Recht, sich dagegen zu wehren wie wir. Es werden also alle Opfer bringen müssen. Glauben Sie aber ja nicht, wenn Sie an uns appellieren, daß wir Verständnis für die Bauern haben sollen, daß etwa die Lage der arbeitenden Bevölkerung in der Stadt eine rosige wäre. Nicht nur, daß wir infolge der geringen rationierten Lebensmittelmengen ja viel, viel schlechter gestellt sind als sie, bekommen wir alle Bedarfsgüter, die sie vergeblich mit Geld zu kaufen suchen, ebenso wenig wie sie, haben aber auch nichts, um etwa diese Güter durch andere Güter einzutauschen, während sie dazu zweifellos in der Lage sind und davon auch reichlich Gebrauch machen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Und es ist schon einmal so, daß jede Erhöhung der Lebensmittelpreise ja tatsächlich jene Preis-Lohnschraube besonders stark in Bewegung zu setzen vermöchte, denn jede Preiserhöhung auf dem Gebiet der Lebensmittel wirkt sich unbedingt auf den Haushalt jedes einzelnen Arbeiters und Angestellten, überhaupt jedes arbeitenden Menschen aus, so daß er also gezwungen ist, bei solchen Erhöhungen sofort auch die Forderungen auf entsprechenden Lohnausgleich zu stellen.

Ich glaube, wir haben ein Recht darauf, von ihnen zu verlangen, daß auch sie eine gewisse Opferbereitschaft an den Tag legen, sie werden, auch wenn sie nicht immer diese

34. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 4. Dezember 1946. 867

erhöhten Preise bekommen, die sie verlangen und wie sie vielleicht in normalen Zeiten notwendig sein werden, um ihre Produktion, sagen wir, lukrativ zu gestalten, deswegen in der Zwischenzeit bestimmt nicht zugrunde gehen, denn es gibt sehr, sehr viele Möglichkeiten, daß sie den mangelhaften Wirkungen einer Preiserhöhung, die vielleicht nicht entsprechend ist, auf anderem Wege abhelfen können.

Wir haben hier eine Statistik — sie stammt aus dem Statistischen Zentralamt, dem ersten Jahrgang, Nr. 1, vom 25. September 1946. Darin ist zum Beispiel über den Rückgang des Rinderbestandes, der Milchkühe die Rede. Nach dieser Statistik ist die Zahl der Milchkühe in ganz Österreich um sechs Prozent gesunken. Ich darf ja annehmen, daß diese Statistik richtig ist, jedenfalls ist sie bestimmt nicht einseitig und politisch gefärbt. Gegenüber einer Gesamtzahl von 1.216.000 ist also die Zahl der Rinder seit 1938 um 70.000 gesunken. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, ob sie wirklich mit guter Überzeugung sagen können, daß die Milchablieferung etwa nur in dem gleichen Maß gesunken ist. Sie ist bestimmt in einem weit höheren Maß gesunken, und wenn wir hier Maßnahmen verlangen, richten sich diese nicht gegen jene Bauern und Menschen auf dem Lande, die ihrer Verpflichtung nachkommen, sondern gegen jene, die diese Ablieferungspflicht nicht erfüllen. Doch darf man uns deswegen nicht vorwerfen, daß wir mit der Bauernschaft nicht in einem freundschaftlichen Kontakt bleiben wollen. Im Gegenteil, wir brauchen die Bauern, aber zu meinen, daß sie uns nicht brauchen, wie man das hier schon ausgeführt hat, ist vielleicht doch etwas zu weitgehend. Sie brauchen uns letzten Endes doch: die Arbeiter in der Industrie werden jene Produkte erzeugen müssen, die als Kompensationsartikel uns die Möglichkeit schaffen werden, andere Dinge einzuführen.

Num zum Schluß. Ich glaube es ist besser, wenn man sich die Wahrheit sagt. Darüber wurde schon manches geredet und sogar hier eine hitzige Debatte darüber entfesselt. Wir

glauben, daß, wenn sich die stärkste Partei dieses Landes nicht entschließen kann, zu neuen Methoden, zu irgendwelchen neuen Wegen überzugehen, so daß man sich in Österreich wirklich noch in einem gewissen Beharrungszustand befindet, wir dadurch zu einer absoluten Politik des Fortwurstelns gezwungen sind. Es ist kein frischer Zug hier bei uns. Wenn Sie von einem anderen Land hierher kommen, haben Sie das Gefühl, als würden Sie gewissermaßen ins Mittelalter eintreten. Alle anderen Völker und Länder haben aus der jüngsten Entwicklung Konsequenzen gezogen und sind daran, sie durchzuführen. Es mag sein, daß manche dieser neuen Dinge noch nicht erprobt sind und daß man manchmal auch über das Ziel hinaus schießt. Aber bei uns herrscht auf diesem Gebiet eine Langsamkeit, eine Zaghaftheit, die letzten Endes nur jede fortschrittliche Entwicklung zu verhindern vermag. Wir verschwenden unsere Kräfte in dem Kampf um ein Abgehen von diesen Grundsätzen, die letzten Endes immer noch rückwärts gewendet sind. Man will praktisch nur dort fortsetzen, wo man 1938 aufgehört hat, und das ist nicht möglich, das verträgt sich nicht mit dem Ziel, das wir mit unserer Konzentrationspolitik beabsichtigen. Dieses Ziel strebt nicht nach rückwärts, sondern nur nach vorwärts, und nur wenn wir dieses Ziel, diesen Weg nach vorwärts verfolgen, wird es in Österreich auch aufwärts gehen! (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Damit ist die Generaldebatte beendet.

Auf Antrag des Generalberichterstatters beschließt das Haus einstimmig das Eingehen in die Spezialdebatte.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die Spezialdebatte beginnt in der nächsten Sitzung am 5. Dezember 1946, 10 Uhr.

Zur Behandlung stehen die Gruppen I, II, VII und III.

Die Sitzung wird geschlossen.

Schluß der Sitzung: 15 Uhr 45 Minuten.